FOND 500

OPIS 4

FOLDER 93

Einsatzgruppe A.

Центральный государственный архив Главархива ...

Фондообразователь Главное Управление госбезопасности Германии г. Берлин

ДЕЛО № 93

Отчет оперативной группы А полиции безопасности о положении в Прибалтике, Белоруссии, Ленинградской обл. за период с 21 июня по 15 октября 1941 г.

„21" июня 1941 г.

„15" октября 1941 г.

Фонд № 500

Опись № 4

На листах 221 Дело № 93

147—6100

ЛИСТ ИСПОЛЬЗОВАНИЯ ДОКУМЕНТОВ

Фонд № 500 год ______ опись № 4 дело № 93

Название единицы хранения ______

Дата использования	№№ использованных листов	Для какой цели использован документ	Характер использования документа (если снята копия или сделана выпись указать способ воспроизведения и кому выдано)	Должность и подпись лица сделавшего запись
4/IX-63г.	Личный состав выявлен. См. дублетное дело № 94 (ф. 500, оп. 4)			Лаврова
16./IV-81г	все дело	усовершенствование описи		Корелина
8.89г	-"-	Прокуратура [illegible] Запрос вх. 999 с от 27.8.89.		[illegible]
15.2.91	всё	изучение темы.		[illegible]
12-8-91		[illegible]		Тео Шуесте (Канада)
10.10.91	все	просмотр		Тейлор Л. (США)
20.1.92	6	C. Brandon	USHM	[illegible]
31.1.92	всё	изучение		Heim
10.3.92	"	"		S. Heim
20/3/92	все	просмотр представителем газеты „Bild"		
30.6.92			Canada	[illegible]
30.9.92		монография	просмотрено	[illegible]
3-3-93			USHMM	

з. 39

500-4-93

АННОТАЦИЯ:

Отчет Оперативной Группы "А" полиции безопасности за период с 21 июня 1941 года по 15 октября 1941 года.

Отчет охватывает деятельность Оперативной Группы "А" полиции безопасности за указанный период на территории Эстонии, Латвии, Литвы, Белоруссии и части Ленинградской области. Содержит 1У раздела:

1. Обзор.
П. Полицейская работа.
 а) Организационные мероприятия.
 б) Очищение и охранение оперативных районов.
 в) Контрразведка.
 г) Проверка лиц и ведение картотеки.
 д) Криминал-полицейская работа.

Ш. Оценка положения.
 а) Положение до вступления германских войск.
 б) Положение в жизненных р-нах до 15.Х.45 г.
 в) Еврейское влияние на жизненные р-ны Востока.

1У. Недостатки и советы к их устранению .

АННОТАЦИЮ СОСТАВИЛ:

ПЕРЕВОДЧИК СЛЕДОТДЕЛА 3 ГЛАВНОГО УПР.КОНТРРАЗВЕДКИ МГБ СССР - Гв.мл.лейтенант

(СПРОГЕ)

Верно: [подпись] -

Der Kommandeur
der Sicherheitspolizei und des SD
Litauen

Eing.:
B.-Nr.: 28 g Rs | P. S.

12

Geheime Reichssache

40 Ausfertigungen
..31..Ausfertigung

E i n s a t z g r u p p e A

Gesamtbericht bis zum 15.Oktober 1941

1

Die Einsatzgruppe A marschierte befehlsgemäss am 23.6.1941, dem zweiten Tage des Ostfeldzuges, nachdem die Fahrzeuge in einsatzfähigen Zustand versetzt worden waren, in den Bereitstellungsraum ab. Die Heeresgruppe Nord mit der 16. und 18. Armee und der Panzergruppe 4 hatte tags zuvor den Vormarsch angetreten. Es handelte sich nun darum, in aller Eile persönlich mit den Armeeführern wie auch mit dem Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Fühlung aufzunehmen. Von vornherein kann betont werden, dass die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht im allgemeinen gut, in Einzelfällen, wie z.B. mit der Panzergruppe 4 unter Generaloberst Höppner, sehr eng, ja fast herzlich war. Missverständnisse, die in den ersten Tagen mit einzelnen Stellen entstanden waren, wurden durch persönliche Aussprachen im wesentlichen erledigt.

Die Heeresgruppe Nord stiess schnell bis zur Memel vor, erreichte nach kurzen, aber vielfach heftigen Kämpfen die Düna. Von hier aus eroberte die Panzergruppe 4, rechts und links rückwärts von ihr die 16. und 18. Armee, in zügigem Vormarsch ganz Lettland, erreichte bei Ostrow und Pskow altrussisches Gebiet und drang von hier aus weiter in Richtung auf Luga vor, während der linke Flügel

der Heeresgruppe die estnische Grenze überschritt und Pernau und Dorpat erreichte. Nachdem bereits vorher auf dem rechten Flügel der Armee schwere Kämpfe stattgefunden hatten, stellte sich nunmehr der Russe mit starken Kräften und verhinderte den von Führung und Truppe erwarteten und sehnlich erwünschten raschen weiteren Vorstoss auf Petersburg, dessen Einnahme mit dem Wegfallen der wichtigsten Basis einen gewissen Abschluss des Vorstosses der Heeresgruppe nach Norden bedeutet hätte.

Unter langen und verlustreichen Kämpfen wurde der Luga-Abschnitt nunmehr bezwungen, der, wie sich ein Offizier einer Führungsstaffel ausdrückte, zu "einer heiligen Strasse des Todes" geworden sei. Auch die weitere Säuberung des altrussischen Gebietes brachte langwierige Kämpfe. Während der Russe von Osten nach wie vor stark auf die Flanke der Heeresgruppe drückte, gelang es dieser, nunmehr Petersburg zu zernieren und damit ihre grossen Operationen vorläufig zu beenden.

Für die Sicherheitspolizei zeigte sich bei diesem militärischen Vorgehen in den ersten Tagen des Ostfeldzuges, dass die spezifisch sicherheitspolizeiliche Arbeit nicht nur, wie in den ursprünglichen Abmachungen

mit dem OKH vorgesehen, im rückwärtigen Heeres- und Armeegebiet, sondern auch im Gefechtsgebiet geleistet werden musste, und zwar einerseits, weil im zügigen raschen Vorgehen die Einrichtung des rückwärtigen Armeegebietes nachhinkte, und andererseits die zersetzende kommunistische Tätigkeit und der Partisanenkampf - besonders bei Erreichen des Luga-Abschnittes - im Gefechtsgebiet selbst am stärksten sich auswirkte.

Zur Durchführung der sicherheitspolizeilichen Aufgaben musste auch erstrebt werden, in grösseren Städten zusammen mit der Truppe einzuziehen. Die ersten Erfahrungen in dieser Richtung wurden gesammelt, als ein kleines Vorauskommando unter meiner Führung mit den Spitzenverbänden der Wehrmacht am 25.6.1941 in Kowno eintraf. Auch bei der Einnahme der weiteren grösseren Städte, insbesondere Libau, Mitau, Riga, Dorpat, Reval und den grösseren Vorstädten von Petersburg war jeweils ein Kommando der Sicherheitspolizei bei den ersten Truppenteilen. Vor allem mussten hierbei kommunistische Funktionäre und kommunistisches Material erfasst, daneben aber die Truppe vor irgend welchen Ueberraschungen in den Städten selbst gesichert werden, nachdem die Truppe selbst dazu meist zahlenmässig gar nicht in der Lage war. Zu diesem Zweck wurden in den drei baltischen

-4-

Provinzen von der Sicherheitspolizei jeweils schon in den ersten Stunden des Einmarsches Freiwilligenformationen aus zuverlässigen Landeseinwohnern aufgestellt, die unter unserer Führung diese Aufgabe mit Erfolg durchgeführt hat. Als Beispiel sei nur erwähnt, dass die Truppe durch Heckenschützen in Riga links der Düna nicht unerhebliche Verluste erlitt, während nach Organisierung dieser Freiwilligenformation in Riga rechts der Düna kein einziger Soldat zu Schaden kam, wohl aber diese lettischen Formationen im Kampf mit versprengten Russen Tote und Verwundete hatten.

Ebenso wurden schon in den ersten Stunden nach dem Einmarsch, wenn auch unter erheblichen Schwierigkeiten, einheimische antisemitische Kräfte zu Progromen gegen die Juden veranlasst. Befehlsgemäss war die Sicherheitspolizei entschlossen, die Judenfrage mit allen Mitteln [illegible]d aller Entschiedenheit zu lösen. Es war aber nicht unerwünscht, wenn sie zumindest nicht sofort bei den doch ungewöhnlich harten Massnahmen, die auch in deutschen Kreisen Aufsehen erregen mussten, in Erscheinung trat. Es musste nach aussen gezeigt werden, dass die einheimische Bevölkerung selbst als natürliche Reaktion gegen jahrzehntelange Unterdrückung durch die Juden und gegen den Terror durch

die Kommunisten in der vorangegangenen Zeit die ersten Massnahmen von sich aus getroffen hat.

Nachdem die Düna und damit Riga erreicht war, setzte sich die Einsatzgruppe von dem weiteren Vormarsch der Heeresgruppe Nord zunächst ab und konzentrierte ihre Kräfte auf die Befriedung des litauischen und lettischen und später des bei Opotschka erreichten altrussischen Raumes. Die Arbeit hierbei war sehr vielgestaltig.

Beim raschen Wechsel der deutschen Truppen und bei der Fluktuierung der deutschen Dienststellen durch den Uebergang vom rückwärtigen Armeegebiet zum rückwärtigen Heeresgebiet und später zur Zivilverwaltung bzw. zum Wehrmachtsbefehlshaber änderten sich Personen und damit Ansichten bei den deutschen Dienststellen nur allzu oft und allzu rasch. Dies musste bei der Sicherheitspolizei möglichst verhindert werden, und deshalb die gleichen Führer möglichst in den gleichen Orten verbleiben. Dadurch erhielt die Sicherheitspolizei durch ihre Sach- und Personenkenntnis vor allen anderen einen wesentlichen Vorsprung. Sie kann tatsächlich für sich in Anspruch nehmen, dass sie als einzige Dienststelle eine gewisse Stetigkeit auf der deutschen Seite erreicht hat. Die Litauer, Letten und Esten, die für derartige Dinge ein

sehr feines Gefühl besitzen, haben dies auch bald erkannt und sich dementsprechend darauf eingestellt.

Die Sicherheitspolizei versuchte daher unter jeweils gleichen Gesichtspunkten die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Dinge zu steuern bzw. die weiteren hierfür zuständigen deutschen Dienststellen zu beraten. Gerade auf politischem Gebiet haben die verschiedenen zuständigen Behörden verschiedene Gesichtspunkte verfolgt. Bedauerlich war, dass das Ostministerium nicht von vornherein klare Richtlinien gegeben hatte, sodass bis heute in den Ostseeprovinzen trotz aller Bemühungen unsererseits noch keine klaren Verhältnisse herrschen. Bezeichnend für die Fluktuierung mag das Beispiel von Estland sein. Im Einvernehmen mit dem Reichssicherheitshauptamt führte die Einsatzgruppe den Esten Dr. M a e als künftigen politischen Berater der Esten mit sich. Um nicht, wie in Litauen und Lettland ein unheilvolles Durcheinander erleben zu müssen, und um die Einsetzung des Dr. Mae zu erreichen bzw. dessen Absetzung zu verhindern, mussten nacheinander verhandelt werden mit der nach Reval einrückenden Division, mit dem für Reval zuständigen Korps, mit der Ortskommandantur Reval, mit der Feldkommandantur Reval, mit der 18. Armee, mit der Heeresgruppe Nord, mit dem Befehlshaber

des rückwärtigen Heeresgebiets bei der Heeresgruppe Nord, mit dem Generalkommissar bzw. dessen Stellvertreter und mit dem Vertreter des Ostministeriums.

Nach der Eroberung von Litauen und von Lettland wurden die Einsatzkommandos 2 und 3 vom Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes im wesentlichen abgezogen und in Litauen bzw. Lettland belassen. Die Einsatzkommandoführer 2 und 3 befinden sich seit Anfang Juli dauernd in Kowno bzw. Riga.

Auch mit dem Reichskommissar wurde sofort bei seiner Einsetzung Verbindung aufgenommen, ebenso mit den Generalkommissaren, und zwar sowohl von der Einsatzgruppe wie von den Einsatzkommandos aus. Die Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar war zunächst davon abhängig, dass a) die beim Reichssicherheitshauptamt gestellte Anfrage über die Art der Einschaltung beim Reichskommissar sich verzögerte, und b) der Höhere ϟϟ- und Polizeiführer von sich aus über Einschaltung der Polizei mit dem Reichskommissar verhandelte, sodass eine eigene Initiative vor Erledigung der Fragen zu a und b nicht möglich war. Es ist vorgesehen, zu gegebenem Zeitpunkt auch von hier aus mit dem Reichskommissar über die Frage unmittelbar Verbindung aufzunehmen. Anlässe im einzelnen sind genügend vorhanden.

Nachdem der Vormarsch der Heeresgruppe Nord in Estland und bei Luga aufgehalten und schwere Kämpfe und starke russische Angriffe in der Mitte bzw. am rechten Flügel stattfanden, schaltete sich die Einsatzgruppe wieder bei den Armeen bzw. bei der Panzergruppe 4 stark ein, da die Bekämpfung der nunmehr in grossem Umfang auftauchenden Partisanen eine spezifisch sicherheitspolizeiliche Arbeit war und ist. Das Gebiet nördlich von Pleskau und zwischen Peipus- und Ilmensee mit den weit ausgedehnten Wald- und Sumpfgebieten war für den Partisanenkrieg durch die Russen geradezu ideal. Dazu kam, dass durch die Unwegsamkeit des Geländes jeder Einsatz auch kleinerer Verbände stark erschwert war. Nachdem die rein militärische Bekämpfung durch Gestellung von Wachen oder durch Einsatz auch ganzer Divisionen zum Durchkämmen der neu besetzten Gebiete versagt hatte, musste auch die Wehrmacht sich nach neuen Methoden umsehen. Gerade die Suche nach Methoden machte sich aber die Einsatzgruppe zur wesentlichen Aufgabe. Die Wehrmacht hat sich daher auch bald die Erfahrungen der Sicherheitspolizei und ihre Methoden der Bekämpfung der Partisanen zu eigen gemacht. Im einzelnen verweise ich hierbei auf die zahlreichen Berichte über die Bekämpfung der Partisanen.

Der Einsatz der Sicherheitspolizei war im weiteren Verlauf der Partisanenbekämpfung dadurch erschwert, dass die Fahrzeuge entweder nicht einsatzfähig waren, oder aber für den immer noch erwarteten Vorstoss auf Petersburg geschont werden mussten.

Für die Führung der Einsatzgruppe ergaben sich in dieser Zeit besondere Schwierigkeiten. Während die grösseren in Litauen und Lettland eingesetzten Teil der Sicherheitspolizei 700 km zurücklagen, waren andere Teil hinter der fast 600 km langen Front zur Partisanenbekämpfung eingesetzt. Zur Nachrichtenübermittlung stand ausser dem in Riga stationierten Funkwagen nur ein mittlerer und ein leichter Funkwagen für dieses weite Gebiet zur Verfügung. Auch die Benutzung der Heeresfernsprecher auf mehr als 200 km Entfernung versagte. Die ganze Führung der Einsatzgruppe war daher nur durch persönliche Fühlungnahme möglich, obwohl sich die Wege und Strassen einschliesslich der Rollbahn in einem fast unbeschreiblichen Zustand befanden. Selbst auf der Rollbahn konnte oft nur ein Stundendurchschnitt von 10 km gefahren werden. Trotzdem mussten in dieser Zeit allein von meinem Kraftwagen 15.000 km bewältigt werden Auch für die Führer der Einsatzkommandos ergaben sich bei den weiten Räumen ähnliche Schwierigkeiten, sodass sogar Kurierfahrten zu einem ernsthaften Problem

wurden. Vorübergehend wurden diese Verhältnisse noch schwieriger, als der weitere Angriff auf Petersburg nicht mehr der grossen Strasse von Pleskau über Luga folgen konnte, sondern weit nach Westen ausholen musste, sodass sich der Höhepunkt der Partisanenbekämpfung auf das Wald- und Sumpfgebiet ostwärts des Peipussees und auf die Gebiete westlich des Ilmensees verlegte. Die Arbeit der Sicherheitspolizei wurde in dieser Zeit noch durch eine Ruhrepidemie erschwert, da z.B. mit Ausnahme von einem Führer der gesamte Stab der Einsatzgruppe erkrankt und 80 % im Lazarett lagen.

Seit der Zernierung von Petersburg ist insofern eine Erleichterung eingetreten, als die Querverbindungslinien teilweise verkürzt, jedenfalls nicht mehr vom Feinde besetzt sind.

Besonders dankbar wurde für die Führung der Einsatzgruppe anerkannt, dass sehr bald nach Einrichten von Dienststellen vom RSHA ein sehr gutes und brauchbares Funk- und Fernschreibnetz eingerichtet wurde.

Bei der fortschreitenden Eroberung von Estland wurde das Einsatzkommando 1a bis auf den bei der 18. Armee eingesetzten Teil endgültig nach Estland verlegt, auf dessen Befriedung im Hinblick auf die rassisch gute Zusammensetzung der Bevölkerung besonders grosser Wert gelegt werden musste.

Nachdem von der Einsatzgruppe B Teile von Weissruthenien an die Einsatzgruppe A abgegeben wurden, wurde für dieses Gebiet das Einsatzkommando 1 b mit Verstärkung von Teilen des Einsatzkommandos 2 und 3 für zuständig erklärt.

Bei der Zernierung von Petersburg ergab sich für die Sicherheitspolizei ausser der erneut sehr starken Partisanentätigkeit in den Vorstädten die Aufgabe, die Bevölkerung, die langsam aus den Wäldern zurückkehrte, besonders zu beobachten. Da sich um Petersburg ein ausgesprochener Stellungskrieg entwickelte, wurde den Armeen empfohlen, eine Zone um Petersburg restlos zu evakuieren, eine Massnahme, die schon vorher von der Sicherheitspolizei soweit als möglich mit den zugeteilten Kräften der Waffen-SS und Ordnungspolizei durchgeführt wurde.

In diesem Gebiet wird fernerhin ein möglichst lückenloses Nachrichtennetz aufgebaut. Vom Anfang an hat die Sicherheitspolizei systematisch Nachrichten über Petersburg auf allen Gebieten gesammelt. Die 18. Armee hat zusätzlich gebeten, auch die militärische Ausspähung von Petersburg bzw. der im Raum um Oranienbaum eingeschlossenen russischen 8. Armee zu übernehmen. Ich verweise hierbei auf die bisher erstellten 9 Lageberichte über Petersburg.
In den nächsten Tagen wird noch ein zusammengefasster Bericht hierüber vorgelegt werden.

Aus der geschilderten Gesamtsituation ergab und ergibt sich, dass die der Einsatzgruppe zugeteilten Angehörigen von Stapo, Kripo und SD in der Hauptsache in Litauen, Lettland, Estland und Weissruthenien, zu einem geringen Teil vor Petersburg, die Kräfte der Ordnungspolizei und Waffen-SS jedoch in der Hauptsache vor Petersburg zu Massnahmen gegen die zurückflutende Zivilbevölkerung eingesetzt sind, und zwar jeweils unter eigener Führung. Diese Massnahme ist deshalb umso leichter möglich, weil den Einsatzkommandos in Litauen, Lettland und Estland einheimische Polizeikräfte, über deren Zuteilung die Anlage 1 Aufschluss gibt, zur Verfügung stehen und nach Weissruthenien bisher 150 lettische Hilfskräfte entsandt wurden

Anlg.1

Die Verteilung der Führer von Sicherheitspolizei und SD in den einzelnen Phasen ergibt sich aus der Anlage 2, der Vormarsch und der Einsatz der Einsatzgruppe und der Einsatzkommandos aus Anlage 3. Nicht unerwähnt möge bleiben, dass die zugeteilten Führer von Waffen-SS und Ordnungspolizei, soweit sie Reservisten sind, erklärt haben, auch später bei Sicherheitspolizei und SD bleiben zu wollen.

Anlg.2

Anlg.3

A. Der baltische Raum.

I. Organisatorische Massnahmen.

1) Aufstellung der Hilfspolizei und der Schutzmannschaften.

Angesichts der Ausdehnung des Einsatzraumes und der Fülle der sicherheitspolizeilichen Aufgaben wurde von vornherein angestrebt, dass die zuverlässige Bevölkerung selbst bei der Bekämpfung der Schädlinge in ihrem Lande - also insbesondere der Juden und Kommunisten - mitwirkt. Über die Steuerung der ersten spontanen Selbstreinigungsaktionen hinaus, auf die in anderem Zusammenhang noch näher eingegangen wird, musste Vorsorge getroffen werden, dass zuverlässige Kräfte in die Säuberungsarbeit eingespannt und zu ständigen Hilfsorganen der Sicherheitspolizei gemacht wurden. Hierbei musste den verschieden gelagerten Verhältnissen in den einzelnen Teilen des Einsatzraumes Rechnung getragen werden.

In L i t a u e n haben sich bei Beginn des Ostfeldzuges aktivistische nationale Kräfte zu sogenannten Partisaneneinheiten zusammengefunden, um in den Kampf gegen den Bolschewismus aktiv einzugreifen. Nach ihrer eigenen Darstellung hatten sie dabei 4.000 Gefallene.

In Kauen hatten sich vier grössere Partisanengruppen gebildet, mit denen das Vorauskommando sofort Fühlung aufnahm. Eine einheitliche Führung dieser Gruppen war nicht vorhanden. Vielmehr versuchte jede, der anderen den Rang abzulaufen und mit der Wehrmacht in möglichst enge Verbindung zu kommen, um künftig zu einem militärischen Einsatz gegen die Sowjetarmee

herangezogen zu werden und hieraus bei der späteren staatlichen Neugestaltung Litauens Kapital zu schlagen und eine neue lettische Armee aufstellen zu können. Während ein militärischer Einsatz der Partisanen aus politischen Gründen nicht in Betracht kam, wurde in kurzer Zeit aus den zuverlässigen Elementen der undisziplinierten Partisanengruppen ein einsatzfähiger Hilfstrupp in Stärke von zunächst 300 Mann gebildet, dessen Führung dem litauischen Journalisten Klimatis übertragen wurde. Diese Gruppe ist im weiteren Verlauf der Befriedungsarbeiten nicht nur in Kauen selbst, sondern in zahlreichen Orten Litauens eingesetzt worden und hat die ihr zugewiesenen Aufgaben, insbesondere Vorbereitung und Mitwirkung bei der Durchführung grösserer Liquidierungsaktionen unter ständiger Aufsicht des EK ohne wesentliche Anstände gelöst.

Die übrigen Partisanengruppen wurden reibungslos entwaffnet.

Neben der Aufstellung des Partisaneneinsatztrupps wurde gleich in den ersten Tagen eine litauische Sicherheits- und Kriminalpolizei aufgestellt. Unter Führung eines höheren litauischen Polizeibeamten, D e n a u s k a s, wurden zunächst 40 frühere litauische Polizeibeamte, die zum grossen Teil aus den Gefängnissen befreit worden waren, eingesetzt. Ausserdem wurden nach sorgfältiger Überprüfung die weiter erforderlichen Hilfskräfte herangezogen. Die litauische Sicherheits- und Kriminalpolizei arbeitet nach den ihr vom EK 3 gegebenen Anweisungen und Richtlinien, wird in ihrer Tätigkeit laufend kontrolliert und, soweit irgend

[illegible]ngig, zur Durchführung sicherheitspolizei-
licher Arbeiten, die mit eigenen Kräften nicht
bewältigt werden können - insbesondere Fahn-
dung, Festnehmen und Durchsuchungen - herange-
zogen. Wesentliche Teile des Fahndungsmaterials,
das von den Russen bei ihrem Rückzug ver-
schleppt worden war, ist in Wilna aufgefunden
und polizeilich ausgewertet worden.

In ähnlicher Weise wurden in Wilna und
Schaulen aus den litauischen Selbstschutzkräf-
ten, die sich dort unter der Bezeichnung "Li-
tauische Sicherheits- und Kriminalpolizei"
selbständig gebildet hatten, brauchbare Hilfs-
organe geschaffen. Insbesondere in Wilna war
eine durchgreifende personelle Säuberung not-
wendig, da sich dort zum grossen Teil arbeits-
lose Beamte und Angestellte ohne jegliche
Fachkenntnisse und zum Teil auch politisch
belastete Elemente in der litauischen Sicher-
heitspolizei zusammengetan hatten. Nach der
Entfernung der belasteten und unbrauchbaren
Personen wird auch hier unter ständiger Auf-
sicht des EK 3 von der litauischen Sicherheits-
und Kriminalpolizei durchaus brauchbare Arbeit
geleistet.

Die sich im Wilnagebiet angesichts des
dort wohnenden Völkergemischs - Litauer,
Polen, Weissruthenen und Russen - auf verschie-
denen Gebieten ergebenden Schwierigkeiten
machen sich auch bei dem Einsatz der Hilfs-
polizeiorgane bemerkbar. In den überwiegend
von Polen bewohnten Kreisen Salcininkai,
Oschmiana und Lida sind zurzeit noch polnische
Hilfspolizeien tätig. Der [illegible] Hass
zwischen Polen und Litauern hat zur Folge,

dass hier litauische Beamte nur unter deutschem Schutz Ermittlungen und Festnahmen durchführen können. Die polnische Hilfspolizei wird alsbald aufgelöst werden.

Bei der Personalergänzung innerhalb der litauischen Hilfspolizeien wird hauptsächlich auf die Partisanengruppen zurückgegriffen. Solange noch Exekutionen und Befriedungsaktionen grösseren Umfanges durchgeführt werden müssen, bleibt neben der litauischen Sicherheits- und Kriminalpolizei der obengenannte Partisanentrupp bestehen und wird voraussichtlich später in einem anderen Teil des Einsatzraumes ausserhalb Litauens eingesetzt.

Stärke und Verteilung der litauischen Hilfspolizei ist aus der Aufstellung Anlage [illegible] ersichtlich.

In L e t t l a n d hatte sich nach dem Einmarsch der deutschen Truppen ein Selbstschutz gebildet, der sich aus Angehörigen aller Bevölkerungskreise zusammensetzte und daher für polizeiliche Aufgaben zum Teil völlig ungeeignet war. Es galt, aus diesen bunt zusammengewürfelten und mannigfaltig bewaffneten Trupps eine brauchbare Truppe herauszukristallisieren und vor allem diejenigen Elemente auszuschalten, die durch den Beitritt zu den Selbstschutzformationen ihre bisherige kommunistische Einstellung oder sonst belastete Vergangenheit tarnen wollten.

In Riga wurde die erste Aufstellung von der Sicherheitspolizei selbst in Angriff genommen und ebenso wie in [illegible] grösseren Städten Lettlands zunächst Sicherheit[illegible]

gebildet, die später in eine Hilfspolizei umgewandelt wurden, die jetzt durchweg aus ausgesuchten, zuverlässigen und fachlich geschulten Kräften besteht. An die Spitze der lettischen Hilfspolizei wurde in den grösseren Städten ein Präfekt gestellt. Die Hilfspolizeiformationen gliedern sich in eine Sicherheits- und eine Ordnungspolizei. Die Sicherheitshilfspolizei, die unter ständiger Aufsicht des EK 2 arbeitet, von ihm die Arbeitsrichtlinien erhält und über ihre Tätigkeit laufend eingehend Bericht erstattet, ist in eine politische Abteilung und in eine Abteilung Kriminalpolizei aufgeteilt.

Die für ordnungspolizeiliche Zwecke aufgestellten Hilfspolizeiformationen wurden in Litauen, Lettland und Estland der deutschen Ordnungspolizei nach deren späterem Einrücken zur Betreuung und zur Aufstellung der Schutzmannschaften übergeben.

Die Besoldung der gesamten lettischen Hilfspolizei wird aus Mitteln des lettischen Polizeietats bestritten.

Nachdem als vordringlichste Aufgabe diese Organisierung der Hilfspolizei in den Städten, insbesondere in Riga, durchgeführt war, wurden in den einzelnen Kreisen Lettlands Kreispolizeichefs als verantwortliche Leiter der polizeilichen Arbeit auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten eingesetzt. Mit diesen Posten wurden geschulte Fachkräfte, meist ehemalige lettische Polizeioffiziere betraut. Da sich die Kreispolizeichefs gegenüber den ihnen unterstellten Selbstschutzführern vielfach nicht durchsetzen konnten und diese sich immer wieder

[illegible]richtigkeiten zuschulden kommen liessen, wurde der Selbstschutz - der übrigens vielfach völlig unter dem Einfluss der Ortskommandanturen stand - bald nach dem Inkrafttreten der Zivilverwaltung in Schutzmannschaften umgewandelt. Die Kreispolizeichefs, die von der Zivilverwaltung fast durchweg übernommen wurden, erstatten alle zehn Tage über die politische Lage und die polizeiliche Tätigkeit in ihrem Gebiet an den Führer des EK 2 und an den Kommandeur der Ordnungspolizei Bericht und erhalten ihre Weisungen. Am 12.9. wurde in Riga mit den Kreispolizeichefs eine erste Arbeitstagung durchgeführt. Es wurden insbesondere Fragen der Organisation behandelt und Richtlinien über die Behandlung der Juden und Kommunisten gegeben.

Da am Sitz eines jeden Gebietskommissariats eine Aussenstelle der Sicherheitspolizei und des SD besteht bezw. errichtet werden soll, die die zum Gebietskommissariat gehörenden Kreise zu bearbeiten hat, ist die Gewähr dafür gegeben, dass alle wichtigen, insbesondere die politisch-polizeilichen Vorgänge durch deutsche Polizeikräfte bearbeitet werden.

Die Schutzmannschaften werden aus Mitteln des Reiches besoldet.

Stärke und Verteilung der lettischen Hilfspolizei geht aus der als Anlage 4 beigefügten Übersicht hervor.

Anl.

Ähnlich wie in Lettland war die Entwicklung in E s t l a n d . Auch hier wurden in Reval sofort von der deutschen Sicherheitspolizei estnische Hilfspolizeiorgane in grosser Zahl aufgestellt. Auf dem Lande konnte dabei auf bereits spontan in Bildung begriffene Formationen zurückgegriffen werden. Nach Überprüfung der zum Hilfspolizeidienst herangezogenen Personen wurde in Reval eine Polizeipräfektur mit 13 Polizeirevieren, einer Kriminal-Abteilung und einer politischen Abteilung errichtet.

Aufgabe der Polizeireviere und der Kriminal-Abteilung ist die Bewahrung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die Kriminal-Abteilung hat alle ihr bekannt werdenden kriminellen Delikte selbst zu verfolgen und selbst zu bearbeiten, der Sicherheitspolizei jedoch alle Fälle laufend zu melden.

Die politische Abteilung der Polizeipräfektur untersteht in sachlicher Hinsicht unmittelbar der deutschen Sicherheitspolizei. Ihre Tätigkeit hat sich auf Fahndung, Festnahme und Vernehmung sowie die Herbeischaffung des Beweismaterials zu beschränken. Nach Abschluss dieser Arbeit werden die Akten [illegible] [illegible] zur Entscheidung [illegible] vorgelegt. Ausserdem führt die politische Abteilung alle Überprüfungen von Personen durch, die in Wirtschaftsbetrieben tätig sind oder eingestellt werden sollen. Die Überprüfungsergebnisse werden dem Einsatzkommando zur Entscheidung vorgelegt.

Neben der Hilfspolizei wurde der Selbstschutz organisiert, der unter Führung durch Offiziere der ehemaligen estnischen Armee aus zuverlässigen Esten in Hundertschaften zusammengestellt wurde.

Die Selbstschutzformationen wurden zur Durchführung von Exekutionen eingesetzt. Ihre weitere Aufgabe ist die Bekämpfung der in Estland immer noch auftauchenden versprengten Rotarmisten und Partisanengruppen. Ferner ist ihnen der Wachdienst in den heereswichtigen Betrieben, an Brücken, Lagerräumen und sonstigen sabotagegefährdeten Stellen übertragen worden. Für Gefangenentransporte stellt der Selbstschutz die Bewachungsmannschaften.

2) Neuaufbau des Gefängniswesens.

Die Gefängnisse in den baltischen Ländern wurden entweder völlig leer vorgefunden oder waren mit den von den Selbstschutzkräften ergriffenen Juden und Kommunisten belegt.

Die Bolschewisten haben bei ihrem Rückzug die Gefängnisinsassen entweder ermordet oder verschleppt. Das Gefängnispersonal war meist mit den Russen geflohen.

Da landeseigene Justizverwaltungen vorerst nicht existierten und die deutschen Gerichte erst nach Einführung der Zivilverwaltung eingesetzt wurden, wurden zunächst alle Gefängnisse ohne Rücksicht auf ihre frühere Zweckbestimmung in polizeiliche Verwaltung genommen. Das Personal für den Gefängnisdienst stellen die Selbstschutzkräfte und Hilfspolizeien.

Soweit die Aufnahmefähigkeit der Hafträume nicht ausreichte, wurden provisorische Konzentrationslager errichtet. Die Vorarbeiten zur Errichtung von grösseren Konzentrationslagern laufen.

Die als Anlage 5 beigefügten Tabellen zeigen die jetzige Belegung der Gefängnisse.

II. Säuberung und Sicherung des Einsatzraumes.

1) Auslösung von Selbstreinigungsaktionen.

Auf Grund der Erwägung, dass die Bevölkerung der baltischen Länder während der Zeit ihrer Eingliederung in die UdSSR unter der Herrschaft des Bolschewismus und des Judentums aufs Schwerste gelitten hatte, war anzunehmen, dass sie nach der Befreiung von dieser Fremdherrschaft die nach dem Rückzug der Roten Armee im Lande verbliebenen Gegner in weitgehendem Masse selbst unschädlich machen würde. Aufgabe der Sicherheitspolizei musste es sein, die Selbstreinigungsbestrebungen in Gang zu setzen und in die richtigen Bahnen zu lenken, um das gesteckte Säuberungsziel so schnell wie möglich zu erreichen. Nicht minder wesentlich war es, für die spätere Zeit die feststehende und beweisbare Tatsache zu schaffen, dass die befreite Bevölkerung aus sich selbst heraus zu den härtesten Massnahmen gegen den bolschewistischen und jüdischen Gegner gegriffen hat, ohne dass eine Anweisung deutscher Stellen erkennbar ist.

In L i t a u e n gelang dies zum ersten Mal in Kauen durch den Einsatz der Partisanen. Es war überraschenderweise zunächst nicht einfach, dort ein Judenprogrom grösseren Ausmasses in Gang zu setzen. Dem Führer der oben bereits erwähnten Partisanengruppe, K l i m a - t i s, der hierbei in erster Linie herangezogen wurde, gelang es, auf Grund der ihm von dem in Kauen eingesetzten kleinen Vorkommando gegebenen Hinweise ein Progrom einzuleiten,

ohne dass nach aussen irgendein deutscher Auftrag oder eine deutsche Anregung erkennbar wurde. Im Verlaufe des ersten Progroms in der Nacht vom 25. zum 26.6. wurden über 1.5oo Juden von den litauischen Partisanen beseitigt, mehrere Synagogen angezündet oder anderweitig zerstört und ein jüdisches Wohnviertel mit rund 6o Häusern niedergebrannt. In den folgenden Nächten wurden in derselben Weise 2.3oo Juden unschädlich gemacht. In anderen Teilen Litauens fanden nach dem in Kauen gegebenen Beispiel ähnliche Aktionen, wenn auch in kleinerem Umfange, statt, die sich auch auf zurückgebliebene Kommunisten erstreckten.

Durch Unterrichtung der Wehrmachtsstellen, bei denen für dieses Vorgehen durchweg Verständnis vorhanden war, liefen die Selbstreinigungsaktionen reibungslos ab. Dabei war es von vornherein selbstverständlich, dass nur die ersten Tage nach der Besetzung die Möglichkeit zur Durchführung von Progromen boten. Nach der Entwaffnung der Partisanen hörten die Selbstreinigungsaktionen zwangsläufig auf.

Wesentlich schwieriger war es, in L e t t l a n d ähnliche Säuberungsaktionen und Progrome in Gang zu bringen. Im wesentlichen war dies darauf zurückzuführen, dass die gesamte nationale Führungsschicht, insbesondere in Riga, von den Sowjets ermordet oder verschleppt worden war. Es gelang zwar, auch in Riga durch entsprechende Einwirkung auf die lettische Hilfspolizei ein Judenprogrom in Gang zu setzen, in dessen Verlauf sämtliche Synagogen zerstört und etwa 4oo Juden getötet wurden. Da in Riga sehr schnell eine allgemeine

Beruhigung der Bevölkerung eintrat, waren weitere Progrome nicht tragbar.

Soweit möglich, wurde sowohl in Kauen als auch in Riga durch Film und Photo festgehalten, dass die ersten spontanen Exekutionen der Juden und Kommunisten von Litauern und Letten durchgeführt wurden.

In E s t l a n d ergaben sich angesichts der verhältnismässig geringen Zahl von Juden keine Möglichkeiten zur Einleitung von Progromen. Die estnischen Selbstschutzkräfte haben lediglich in Einzelfällen besonders verhasste Kommunisten unschädlich gemacht, sich im allgemeinen aber auf die Durchführung von Festnahmeaktionen beschränkt.

2) Bekämpfung des Kommunismus.

Im Vordergrund der sicherheitspolizeilichen Arbeit in allen Teilen des Einsatzraumes stand die Bekämpfung des Kommunismus und des Judentums.

Mit der Sowjetarmee waren die Sowjetbeamten und die Sowjetfunktionäre der K.P. geflohen. Die Bevölkerung der baltischen Länder hat auf Grund der Erfahrungen der mehr als einjährigen bolschewistischen Zwangsherrschaft die Notwendigkeit erkannt, dass auch die nach dem Rückzug der Roten Armee übriggebliebenen Reste des Kommunismus beseitigt werden müssen. Diese Grundeinstellung erleichterte die sicherheitspolizeiliche Säuberungsarbeit auf diesem Gebiet wesentlich, zumal aktive nationalistische Kreise, also in Litauen die Partisanen, in Lettland und Estland die Selbstschutzkräfte, bei dieser Säuberung mitwirkten.

a) Sicherstellung des Materials.

Die auf diesem Arbeitsgebiet durchzuführenden sicherheitspolizeilichen Massnahmen waren in den baltischen Ländern im wesentlichen gleichartig. Von den Sonderkommandos wurden zunächst die wichtigsten Gebäude der kommunistischen Partei und ihrer Nebenorganisationen, Redaktionsräume der kommunistischen Presse, Diensträume der Berufsverbände und die Wohnungen der geflüchteten kommunistischen Spitzenfunktionäre besetzt und durchsucht. Diese Arbeit, die von den Sonderkommandos überall vor dem Eintreffen der Erfassungskommandos der Abwehrabteilung des OKW in Angriff genommen wurde,

wurde von den Hauptkommandos weitergeführt und auf alle Gebäude ausgedehnt, in denen irgendwelches Material zu vermuten war. Die Sicherstellung des Materials war an vielen Stellen dadurch erschwert, dass Selbstschutzkräfte in den wichtigsten Gebäuden selbst Durchsuchungen vornahmen und Material mitzunehmen versuchten, das erst wieder herbeigeschafft werden musste. In fast allen kommunistischen Partei- und Staatsgebäuden war trotz des schnellen sowjetrussischen Rückzuges der grösste Teil des Akten- und Karteimaterials von den Russen vernichtet oder mitgenommen worden. Die Nachrichtenübermittlungsgeräte waren durchweg zerstört.

Die sorgfältige Sichtung und Bearbeitung des zurückgelassenen Materials ergab trotzdem eine Fülle wertvoller Hinweise. Die Auswertungsarbeit wurde zunächst hauptsächlich darauf abgestellt, die Unterlagen für die Erfassung und Unschädlichmachung der zurückgebliebenen massgeblichen Kommunisten zu schaffen und zu vervollständigen. Zahlreiche Namensverzeichnisse gaben wertvolle Hinweise, die durch Befragung von Vertrauenspersonen und Bearbeitung der aus der Bevölkerung eingehenden Meldungen und Anzeigen ergänzt wurden.

Auch für die spätere Forschungsarbeit über den Kommunismus fiel einiges Material an. Soweit die Arbeitslage es zuliess, wurde es bereits ausgewertet. Hierbei wird zunächst angestrebt, einen möglichst genauen Einblick in die Organisation und Arbeitsweise der sowjetischen Behörden, insbesondere der GPU. zu gewinnen. Eine ziemlich genaue Übersicht gibt das bisher in Lettland, insbesondere in Riga, vom EK 2 erfasste und ausgewertete Material. Ein Sonder-

Anl. bericht hierüber ist als Anlage 6 beigefügt.

Das in Estland bisher ausgewertete Material gibt, ergänzt durch die Aussagen der festgenommenen Spitzenfunktionäre, einen Überblick über die Organisation der obersten Behörden und Dienststellen der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Auf die als Anlage 7 beigefügte Übersichtszeichnung, die gleichzeitig ein Bild von der Bedeutung der festgenommenen Funktionäre gibt, darf verwiesen werden. (Anl.)

In grösseren Mengen wurde kommunistisches Propagandamaterial erfasst. Soweit die erfassten Unterlagen, insbesondere Karten, sowjetrussische Ausbildungsvorschriften und Dienstanweisungen, in erster Linie militärisch bedeutsam waren, wurden sie unverzüglich den Abwehrstellen oder den sonst in Betracht kommenden militärischen Dienststellen übergeben.

b) Fahndung und Festnahme von Kommunisten.

Neben den Durchsuchungsaktionen wurde eine systematische Fahndung nach zurückgebliebenen kommunistischen Funktionären und Rotarmisten und der durch ihre Tätigkeit für den Kommunismus stärker belasteten Personen durchgeführt. Stellenweise hatten die Selbstschutzkräfte die berüchtigsten Kommunisten bereits spontan unschädlich gemacht.

In den grösseren Städten wurden unter Einsatz aller verfügbaren Kräfte der Kommandos und der gesamten Selbstschutzformationen sowie mit Unterstützung der deutschen Ordnungspolizei Grossaktionen durchgeführt, in deren Verlauf zahlreiche Festnahmen und Durchsuchungen erfolgten.

Nach Durchführung dieser vordringlichsten Aufgaben in den Städten wurde durch kleine Teilkommandos auch die Säuberung auf dem Lande in Angriff genommen. Hierbei leisteten wiederum die Selbstschutzkräfte wertvolle Mitarbeit. Ländliche Selbstschutzverbände haben stellenweise die in ihrem Bereich erfassten Kommunisten auf Entfernungen von 150 km zu den Einsatzkommandos transportiert.

Der Umfang der Säuberungsarbeit bei der Bekämpfung des Kommunismus ist aus der als Anlage 8 beigefügten Übersicht über die Zahl der Exekutionen ersichtlich.

Anl. 8

c) Bekämpfung der illegalen kommunistischen Arbeit.

Neben der Durchführung der Säuberungsarbeit wurde besonderes Augenmerk auf alle Versuche der Fortführung kommunistischer Tätigkeit gerichtet. Stellenweise kam es in den ersten Tagen und Wochen nach der Besetzung zu nächtlichen Feuerüberfällen auf deutsche Posten und Dienststellen. Besonders in Libau, das vor und während der Bolschewistenzeit als "röteste" Stadt Lettlands galt, hat das hier eingesetzte Teilkommando erfolgreiche Abwehrarbeit geleistet.

Vereinzelt fanden Zusammenkünfte von Kommunisten statt, bei denen die Aufnahme einer illegalen Tätigkeit erörtert wurde. Es gelang, eine ganze Reihe solcher Gruppen zu erfassen und unschädlich zu machen. Ein schnelles Zugreifen war um so notwendiger, als von vornherein damit gerechnet werden musste, dass die Bolschewisten die grössere Anzahl zuverlässiger Anhänger zum

Aufbau der illegalen Arbeit im Lande zurückgelassen hatten. Um auch diesen Kreis möglichst umfassend unschädlich zu machen, wurde ein Netz von V-Männern errichtet, das ständig ausgebaut wird. Auf diese Weise ist es in L e t t l a n d gelungen, Einblick in die meist aus Russen bestehende Terrororganisation zu bekommen, die u.a. beabsichtigt, die im Zentralgefängnis Riga einsitzenden Kommunisten mit Waffengewalt zu befreien. Acht Mitglieder dieser Organisation wurden bereits festgenommen. Zurzeit laufen Ermittlungen über eine grössere Organisation, das sogenannte "Territorialkorps zur Befreiung Lettlands". Dieses Korps ist in Gorkyj aufgestellt worden und soll aus zwei Gruppen von 12o Mann bestehen. EinTeil dieses Korps arbeitet in Riga und beschränkt sich z.Zt. noch auf das Erkunden von Sabotagemöglichkeiten.

Auch in der Provinz soll diese Organisation ihre Tätigkeit bereits aufgenommen haben. Führer des Korps ist ein aus Moskau entsandter kommunistischer Funktionär. Zu gegebener Zeit wird die Organisation, die weiter mit V-Männern durchsetzt wird, unschädlich gemacht.

Abgesehen von vereinzelter Verteilung von Hetzflugblättern, in denen zum Widerstand gegen die Besatzungstruppen und zum Ausharren aufgefordert wird, ist eine aktive kommunistische Wühlarbeit bisher in Lettland nicht festgestellt worden. Es kann mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, dass Lettland im wesentlichen von aktiven Kommunisten gesäubert ist. Dieses ergibt sich u.a. auch daraus, dass die Zahl der Sabotageakte, der Beschädigung von

Wehrmitteln und der Brandstiftungen überaus gering ist.

Im E s t l a n d wurde hinsichtlich der Aufnahme der illegalen Arbeit festgestellt, dass die Parteileitung in Moskau Ende Juli den Zentralkomitees der Bundesrepubliken den Befehl erteilt hatte, in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Gebieten geeignete Mitglieder der Partei zurückzulassen, um illegal arbeitende Gruppen zu bilden und insbesondere den Partisanenkrieg zu organisieren. Sie sollten sich zunächst einige Wochen in Reval verbergen und dann mit dem Aufbau der illegalen Parteiorganisation beginnen. Die frühzeitige Festnahme der 7 massgebendsten Funktionäre und die Flucht zahlreicher Kommunisten, die für die Mitarbeit in Betracht gekommen wären, verhinderte den zentralen Parteiaufbau in Estland. Die Festgenommenen erklärten bei der Vernehmung übereinstimmend, dass sie noch keine Verbindungen aufgenommen hätten. Die Bedeutung der festgenommenen Spitzenfunktionäre ist aus der als Anlage 7 beigefügten Übersicht über die früheren obersten sowjetischen Behörden in Estland ersichtlich.

Anl.

Im Kreis Dorpat wurden einige Terrorgruppen erfasst, die im ganzen Land Sabotage- und Terrorakte verüben sollten. Ausser der Zerstörung einiger Kabel und einem Brand in Reval sind auch in Estland bisher Sabotageakte nicht verübt worden. Auf Grund der von den festgenommenen Funktionären gemachten Aussagen laufen zurzeit noch umfangreiche Fahndungsmassnahmen,

3) Bekämpfung des Judentums.

Es war von vornherein zu erwarten, dass allein durch Progrome das Judenproblem im Ostlande nicht gelöst werden würde. Andererseits hatte die sicherheitspolizeiliche Säuberungsarbeit gemäss den grundsätzlichen Befehlen eine möglichst umfassende Beseitigung der Juden zum Ziel. Es wurden daher durch Sonderkommandos, denen ausgesuchte Kräfte - in Litauen Partisanentrupps, in Lettland Trupps der lettischen Hilfspolizei - beigegeben wurden, umfangreiche Exekutionen in den Städten und auf dem flachen Lande durchgeführt. Der Einsatz der Exekutionskommandos war reibungslos. Bei der Zuteilung von litauischen und lettischen Kräften zu den Exekutionskommandos wurden insbesondere solche Männer ausgewählt, deren Familienmitglieder und Angehörige von den Russen ermordet oder verschleppt worden waren.

Zu besonders scharfen und umfassenden Massnahmen musste in Litauen gegriffen werden. Die Juden hatten sich stellenweise - insbesondere in Kauen - bewaffnet, beteiligten sich aktiv am Heckenschützenkrieg und legten Brände an. Im übrigen haben die Juden in Litauen in besonders aktiver Weise mit den Sowjets Hand in Hand gearbeitet.

Die Gesamtzahl der in Litauen liquidierten Juden beläuft sich auf 71.105.

Bei den Progromen wurden in Kauen 3.800, in den kleineren Städten rund 1.200 Juden beseitigt.

Auch in L e t t l a n d beteiligten sich die Juden nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht als Saboteure und Brandstifter. In Dünaburg wurden von Juden derart viele Brände angelegt, dass dabei ein grosser Teil der Stadt zum Opfer fiel. Das Elektrizitätswerk brannte vollständig aus. Die hauptsächlich von Juden bewohnten Strassenzüge blieben unversehrt.

In Lettland sind bisher insgesamt 30.000 Juden exekutiert worden. 500 wurden durch die Pogrome in Riga unschädlich gemacht.

Von den 4.500 Juden, die bei Beginn des Ostfeldzuges in E s t l a n d lebten, sind die meisten beim Rückzug der Roten Armee geflüchtet. Etwa 2.000 sind zurückgeblieben. Allein in Reval wohnten fast 1.000 Juden.

Die Festnahme aller männlichen Juden über 16 Jahre ist fast abgeschlossen. Mit Ausnahme der Ärzte und der vom Sonderkommando eingesetzten Juden-Ältesten werden sie durch den estnischen Selbstschutz unter Kontrolle des Sonderkommandos 1 a exekutiert. Die arbeitsfähigen, in Reval und Pernau wohnenden Jüdinnen im Alter von 16 bis 60 Jahren wurden festgenommen und zum Torfstechen und sonstigen Arbeitsleistungen eingesetzt.

In Harku wird zurzeit ein Lager errichtet, in das alle Juden aus Estland eingewiesen werden, so dass in kurzer Zeit Estland judenfrei sein wird.

Schon nach Durchführung der ersten grösseren Exekutionen in Litauen und Lettland zeigte es sich, dass eine restlose Beseitigung der Juden nicht durchführbar ist, zumindest nicht im jetzigen Zeitpunkt. Da das Handwerk in

Litauen und Lettland zum grossen Teil in jüdischen Händen liegt und manche Berufe (insbesondere Glaser, Klempner, Ofensetzer, Schuhmacher) fast ausschliesslich von Juden ausgeübt werden, ist ein grosser Teil der jüdischen Handwerker bei der Instandsetzung lebenswichtiger Anlagen, für den Wiederaufbau der zerstörten Städte und für kriegswichtige Arbeiten zurzeit unentbehrlich. Wenngleich von den Betrieben angestrebt wird, die jüdischen Arbeitskräfte durch litauische und lettische zu ersetzen, ist eine sofortige Ablösung aller im Arbeitsprozess eingesetzten Juden noch nicht möglich, insbesondere nicht in den grossen Städten. Dagegen werden in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern z.Zt. die nicht mehr arbeitsfähigen Juden erfasst und demnächst in kleinen Aktionen exekutiert.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch der stellenweise erhebliche Widerstand der Dienststellen der Zivilverwaltung gegen die Durchführung von Exekutionen grösseren Umfanges, denen überall mit dem Hinweis darauf, dass es sich um die Durchführung grundsätzlicher Befehle handele, entgegengetreten wurde.

Neben der Organisierung und Durchführung der Exekutionsmassnahmen wurde gleich in den ersten Tagen des Einsatzes in den grösseren Städten auf die Schaffung von <u>Ghettos</u> hingewirkt. Besonders dringlich war dies in Kauen, da dort bei einer Gesamteinwohnerzahl von 152.400 30.000 Juden wohnten. Daher wurde nach dem Abrollen der ersten Progrome ein jüdisches Komitee vorgeladen, dem eröffnet wurde, dass die deutschen Stellen bisher keinen Anlass gehabt

hätten, in die Auseinandersetzungen zwischen Litauern und Juden einzugreifen. Voraussetzung für die Schaffung normaler Verhältnisse sei zunächst die Errichtung eines jüdischen Ghettos. Als von dem jüdischen Komitee Einwendungen erhoben wurden, wurde erklärt, dass anders keine Möglichkeit bestehe, weitere Progrome zu verhindern. Die Juden erklärten sich daraufhin sofort bereit, alles zu tun, um ihre Rassegenossen mit grösster Beschleunigung in den als jüdisches Ghetto vorgesehenen Stadtteil Viliampol umzusiedeln. Dieser Stadtteil liegt in dem Dreieck zwischen der Memel und einem Zufluss und ist nur durch eine Brücke mit Kauen verbunden und daher leicht absperrbar.

In Riga wurde als Ghetto die sogenannte "Moskauer Vorstadt" bestimmt. Es handelt sich hier um das schlechteste Wohnviertel in Riga, das auch bisher schon im wesentlichen von Juden bewohnt war. Die Einweisung der Juden in den Ghettobezirk war ziemlich schwierig, weil die dort noch wohnenden Letten ausgesiedelt werden mussten und der Wohnraum in Riga sehr beengt ist. Von den in Riga verbliebenen insgesamt rund 28.000 Juden sind bisher 24.000 im Ghetto untergebracht. Die Sicherheitspolizei beschränkte sich bei der Schaffung der Ghettos auf rein polizeiliche Aufgaben, während die Einrichtung und Verwaltung der Ghettos sowie die Regelung der Verpflegung der Insassen der Zivilverwaltung und im Arbeitseinsatz den Arbeitsämtern überlassen wurden.

Auch in den übrigen Städten, in denen noch eine grössere Anzahl von Juden wohnt, werden Ghettos eingerichtet.

Die Kennzeichnung der Juden durch einen gelben Davidstern auf der Brust und auf dem Rücken, die zunächst durch vorläufige sicherheitspolizeiliche Befehle angeordnet wurde, ist auf Grund entsprechender Anordnungen des Befehlshabers für das rückwärtige Heeresgebiet und später der Zivilverwaltung in kurzer Zeit durchgeführt worden.

Anl. 8 Die Zahl der bisher liquidierten Juden ist aus der als Anlage 8 beigefügten Aufstellung ersichtlich.

4) Partisanen-Bekämpfung.

In den ersten Wochen des Krieges stellten die Sowjets Partisanenregimenter auf, die den Auftrag hatten, hinter den deutschen Linien bis weit in das rückwärtige Heeresgebiet hinein Sabotageakte durchzuführen und auf jede nur denkbare Weise Beunruhigung durch Überfälle und Terrorakte hervorzurufen. Neben diesen durch die deutschen Linien geschickten Einheiten bildeten sich aus den zurückgebliebenen Kommunisten und versprengten Rotarmisten Partisanengruppen, die in derselben Weise tätig wurden. Ausserdem wurden an verschiedenen Stellen Partisanen als Fallschirmabspringer eingesetzt.

Nachdem zunächst von den sicherheitspolizeilichen Einsatzkommandos und von der Wehrmacht einzelne Teile des zu säubernden Gebietes systematisch durchkämmt wurden, ergab sich auf Grund der hierbei gesammelten Erfahrungen sehr bald, dass eine Bekämpfung der Partisanen nur auf nachrichtendienstlicher Grundlage erfolgversprechend ist. Da der Aufbau eines Nachrichtennetzes allein nicht ausreicht, wurden die den Kommandos zugeteilten lettischen Dolmetschertrupps als Zivilerkunder eingesetzt. Auf diese Weise wurden ständig zunehmende Erfolge bei der Aufspürung der Partisanen erzielt. Stellenweise wurden eigene Kräfte zur Unschädlichmachung der Partisanentrupps eingesetzt.Soweit erforderlich, wurden gemeinsam mit Wehrmachtsteilen grössere Aktionen durchgeführt. Das Nachrichtennetz wurde so ausgebaut, dass die Orts- und Feldkommandanturen

-36-

die Aufgabe der Nachrichtenanlaufstellen übernehmen und die eingehenden Meldungen an die in Betracht kommenden Truppenteile weiterleiten. Bei der eigentlichen Partisanenbekämpfung wurde eine Menge von Erfahrungen gesammelt. Durch Vernehmung von gefangenen Mitgliedern der Partisanentrupps und sonstigen Gefangenen ergab sich im Laufe der Zeit ein ziemlich vollständiger Überblick über die Zusammensetzung, die Aufgaben und die Kampfesweise der Partisanen. Diese Erfahrungen wurden sorgfältig ausgewertet und in Form von Erfahrungsberichten, die von den Armeen erbeten wurden, verwertet. Abschriften der letzten Erfahrungsberichte sind als Anlage 9 beigefügt.

Anl.

5) Sonstige sicherheitspolizeiliche Arbeiten.

1) Gelegentlich machten die Zustände in den Irrenanstalten sicherheitspolizeiliche Massnahmen erforderlich. Zahlreiche Anstalten waren von den Russen beim Rückzug aller Verpflegungsvorräte beraubt worden. Das bewachungs- und Pflegepersonal war vielfach geflüchtet. Da die Insassen aus verschiedenen Anstalten ausbrachen und zu einer Gefahr für die Sicherheit wurden, wurden

in Aglona (Litauen)	544	Geisteskranke
in Mariampol "	1o9	"
und in Mogutowo (bei Luga)	95	"
insgesamt	748	Geisteskranke

liquidiert.

In einigen Fällen baten Wehrmachtsdienststellen, auch andere Anstalten, die für Quartierzwecke benötigt wurden, in der gleichen Weise zu säubern. Da hier jedoch sicherheitspolizeiliche Belange ein Eingreifen nicht erforderlich machten, wurde den Wehrmachtsstellen anheimgestellt, mit eigenen Kräften die für notwendig erachteten Massnahmen zu treffen.

2) Die Einsatzkommandos veranlassten in grossem Umfange die Nachforschung nach Verschleppten, ferner die Exhumierung und Identifizierung von den Bolschewisten ermordeter Personen. Aus propagan-

distischen

distischen Gründen wurden hierbei die Propagandastaffeln der Wehrmacht und stellenweise auch die ausländische Presse beteiligt.

In Estland wurde die Ausgrabung der von den Russen ermordeten Esten in grösserem Umfange organisiert. Angesichts des Umfanges der in dieser Hinsicht zu leistenden Arbeit wurde in Reval eine Zentralstelle geschaffen, die unter Aufsicht der Sicherheitspolizei systematisch nach dem Verbleib der Verschleppten und Ermordeten fahndet.

Das Ausmass dieser Arbeit zeigt die Tatsache, dass allein aus Reval 30.000 Männer als vermisst gemeldet sind.

III. Spionageabwehr.

Das Netz des englischen, französischen und amerikanischen Nachrichtendienstes, das in den baltischen Ländern aufgebaut worden war, ist infolge der Flucht oder Beseitigung der Agenten zerrissen. Durch die zurzeit laufenden Ermittlungsarbeiten werden die letzten Reste unschädlich gemacht. In L i t a u e n sind bisher 28 Personen wegen Spionageverdachts festgenommen worden. Hiervon wurden den Staatspolizeistellen Königsberg und Tilsit 7 überstellt. Die übrigen Fälle sind z.Zt. noch nicht abschliessend bearbeitet.

In L e t t l a n d wurden 11 Personen wegen Spionage festgenommen. In 25 weiteren Fällen laufen die Vorermittlungen.

Es muss damit gerechnet werden, dass der feindliche Nachrichtendienst, insbesondere der englische, in nächster Zeit versuchen wird, seine Tätigkeit wieder aufzunehmen, um neben der Spionagetätigkeit Sabotageorganisationen aufzuziehen und Möglichkeiten zur Aufhetzung der Bevölkerung der besetzten Länder zu schaffen. Durch Aufbau eines ausgedehnten Netzes von V-Personen und weitere enge Zusammenarbeit mit den Abwehrstellen wird diesen Versuchen entgegengewirkt, soweit die geringe Zahl der zur Verfügung stehenden, in der Abwehrarbeit geschulten Kräften dies möglich macht.

IV. Personenüberprüfung und Karteiwesen.

Die Überprüfungen von Personen auf ihre politische Zuverlässigkeit nimmt ständig grösseren Umfang an. Ausser der Überprüfung der bei den Behörden beschäftigten Personen läuft die Überprüfung der in den wichtigsten Betrieben beschäftigten Personen. Bei der Herbeischaffung des Auskunftsmaterials leisten die Hilfspolizeien wertvolle Mitarbeit. Da die Aufstellung der Kartei der politisch nachteilig in Erscheinung getretenen Personen gleich bei Beginn der Arbeit in Angriff genommen wurde und systematisch fortgeführt wurde, sind in Lettland bereits 23.000 Personen karteimässig erfasst. Die Kartei in Litauen umfasst bisher über 10.000 Karteikarten.

V. Kriminalpolizeiliche Arbeit.

Nach der Eingliederung der baltischen Staaten in die UdSSR wurde die kriminalpolizeiliche Arbeit von der roten "Milizverwaltung" übernommen. Die bisherigen Leiter der Kriminalpolizeidienststellen wurden durchweg ihres Amtes enthoben, in Haft genommen oder ermordet. Auch die übrigen Beamten wurden nach und nach entlassen und verschickt oder in Haft genommen und durch Juden oder aus Russland gekommene Funktionäre ersetzt.

Vor ihrer Flucht haben die sowjetischen Beamten bei der Vernichtung des Akten- und Karteimaterials nicht nur alle Unterlagen über ihre eigene kriminalpolizeiliche Arbeit, sondern auch die von den ehemaligen Kriminalpolizeien übernommenen Karteien und Akten beseitigt oder verschleppt.

Die starke Inanspruchnahme der Einsatzkommandos durch die Befriedungs- und Säuberungsarbeit während der ersten Wochen und Monate machte es unmöglich, mit eigenen Kräften auch kriminalpolizeiliche Aufgaben in grösserem Umfang durchzuführen. Es wurde deshalb im Zuge des Aufbaues der Hilfspolizeien besonderer Wert darauf gelegt, aus landeseigenen Kräften das Kriponetz neu zu errichten. Es wurden zunächst Präfekten und Kreispolizeichefs eingesetzt, die frühere Kripobeamte und sonstige geeignete Mitarbeiter heranzogen. Eine sorgfältige Überprüfung dieser Kräfte und eine sehr weitgehende Kontrolle der Tätigkeit dieser Dienststellen gewährleistete ein Arbeiten nach dem von der deutschen Sicherheitspolizei gegebenen Richtlinien.

Grundsätzlich wurde in den Kripodienststellen der baltischen Länder folgende Regelung getroffen:
Die landeseigenen Kripodienststellen berichten den Einsatzkommandos oder den örtlichen Teilkommandos und Aussenstellen täglich über die bei ihnen anfallenden Vorgänge und die durchgeführten Festnahmen und Durchsuchungen. Soweit es sich um Straftatbestände handelt, bei denen deutsche Militär- oder Zivilpersonen beteiligt oder geschädigt worden sind, wird die weitere Bearbeitung nach der ersten Feststellung des Tatbestandes von der deutschen Sicherheitspolizei übernommen. Nachdem der Aufbau der kriminalpolizeilichen Dienststellen beendet ist, ist nunmehr die Errichtung eines straff organisierten kriminalpolizeilichen Netzes in Angriff genommen worden.

Weiter muss erreicht werden, dass das Fahndungswesen sehr eng an die Fahndung im Reich angegliedert wird. Vom Amt V sind Muster der im Kartei- und Fahndungswesen gebräuchlichen Vordrucke angefordert worden. Ferner wird zurzeit daran gearbeitet, die bisher in diesem Raum unbekannte vorbeugende Verbrechensbekämpfung zu organisieren. Um bis zur Einführung vorbeugender Massnahmen die schwersten Fälle zu bereinigen, werden Berufsverbrecher von den Einsatzkommandos übernommen und, sofern es der Sachverhalt geboten erscheinen lässt, exekutiert.

In L i t a u e n war das gesamte kriminalpolizeiliche Aktenmaterial von den Bolschewisten verschleppt worden, wurde aber zum Teil in Wilna aufgefunden und der litauischen Kriminalpolizei übergeben. Nach den vom EK 3 gegebe-

nen

nen Weisungen wurde das polizeiliche Meldewesen und die Fahndungsarbeit in Gang gebracht. Die Zahl der bei der litauischen Kriminalpolizei bisher angefallenen schwereren Verbrechen ist sehr gering. Am stärksten ist der Arbeitsanfall im Diebstahlsreferat. Besondere Massnahmen mussten in Kauen auf dem Gebiet der Sittenpolizei getroffen werden. Um eine weitere Verbreitung der dort besonders häufigen Geschlechtskrankheiten zu verhüten, wurden in Zusammenarbeit mit der Feldkommandantur die notwendigen Massnahmen getroffen. Es werden laufend Razzien und Streifen in Parkanlagen, Hotels und Kaffeehäusern durchgeführt, um insbesondere geschlechtskranke Prostituierte zu erfassen.

Am weitesten vorgeschritten ist der Aufbau der Kriminalpolizei in L e t t l a n d . Die Russen haben bei ihrem Rückzug hier lediglich die Strafkartei, die seit dem Jahre 1914 geführt wird, zurückgelassen, alles übrige Aktenmaterial und kriminaltechnisches Gerät aber vernichtet. Die Besetzung und Organisation der lettischen Kriminalpolizei geht aus der als Anlage 10 beigefügten Übersicht hervor. Die gleichfalls als Anlage 11 beigefügte Tätigkeitsübersicht für die Monate Juli/September 41 zeigt das Ausmass der Kriminalität und die Erfolge der lettischen Kriminalpolizei.

Anl.
Anl.

Auch in E s t l a n d ist der Aufbau der Kriminalpolizei im wesentlichen beendet (Vergl. Anlage 12). Die Aufnahme der Kripoarbeit in Estland war besonders dadurch erschwert, dass die Russen bei ihrem Rückzug sämtliche Karteien und Akten vernichtet oder verschleppt

Anl.

haben. Die Kriminalität in Estland ist äusserst gering. Bemerkenswert ist, dass z.B. in Reval innerhalb von sechs Wochen nur ein einziger Fall eines schweren Diebstahls zur Bearbeitung kam. Plünderungen und Raubüberfälle sind überhaupt nicht zu verzeichnen. Die estnische Kriminalpolizei wurde in starkem Masse zur Ermittlung und Identifizierung der von den Russen ermordeten Esten herangezogen.

B. Der altrussische Raum und Weissruthenien.

Wesentlich anders als im baltischen Raum sind naturgemäss die Verhältnisse in dem zum Raum der Einsatzgruppe A gehörenden altrussischen Gebiet und in Weissruthenien. Die sicherheitspolizeiliche Arbeit musste sich daher in diesen Gebieten in ganz anderem Rahmen bewegen.

Irgendwelche einheimischen Ordnungskräfte waren im altrussischen Gebiet nirgends vorhanden, so dass die Befriedungsarbeit durch eigene Kräfte durchgeführt werden musste. Der russische Teil des Einsatzraumes ist sehr weit und dünn besiedelt. Ausser Pleskau, Luga und Nowgorod gibt es keine grösseren Städte. Diese drei, zum grossen Teil zerstörten Städte wurden in der üblichen Weise überholt. Die Zahl der zurückgebliebenen massgeblichen Kommunisten und Juden war jedoch verhältnismässig gering. Auch in den kleineren Ortschaften waren die meisten Kommunisten Funktionäre rechtzeitig geflüchtet.

Das Schwergewicht der sicherheitspolizeilichen Arbeit in diesem Teil des Einsatzraumes lag in der Bekämpfung des Partisanenunwesens. (Siehe hierzu oben bei A II,4.)

Da Weissruthenien bisher von der Einsatzgruppe B bearbeitet und erst kürzlich übernommen wurde, wird auf die Berichterstattung der Gruppe B Bezug genommen. Zurzeit laufen die ersten grösseren Säuberungsaktionen. Von der Einsatzgruppe B wurden bisher 7.620 Juden in Borrissow liquidiert. Die im Lande verblie-

benen Kommunisten entfalten eine starke Aktivität. Nach Durchführung der nötigen Vorarbeiten wird auch in dieser Hinsicht eine umfassende Säuberung durchgeführt. Die zahlreichen Partisanentrupps schaffen in allen Teilen Weissrutheniens erhebliche Beunruhigung. Die bisher zur Partisanenbekämpfung eingesetzten Wehrmachtsteile werden durch die sicherheitspolizeilichen Einsatzkommandos, insbesondere hinsichtlich der Errichtung eines Nachrichtennetzes, unterstützt.

Weitere umfangreiche Massnahmen werden sich gegen die polnischen Chauvinisten richten, die sich Hand in Hand mit Juden und Kommunisten in äusserst starker Weise deutschfeindlich betätigen.

Der Aufbau der kriminalpolizeilichen Arbeit in Weissruthenien ist im Gange. Da in dem altpolnischen Teil Weissrutheniens von Wehrmachtsdienststellen in starkem Umfange Polen als Hilfsorgane herangezogen worden sind, die Heranziehung von Polen zu hilfspolizeilichen Aufgaben aber politisch nicht tragbar ist, andererseits aber geeignete weissruthenische Kräfte nur in sehr geringem Umfange zur Verfügung stehen, wird der Aufbau der kriminalpolizeilichen Arbeit dort erheblich langsamer durchgeführt werden können, als im baltischen Raum.

Im altrussischen Teil des Einsatzraumes muss die kriminalpolizeiliche Arbeit in Ermangelung jeglicher landeseigener Ordnungskräfte von den Einsatzkommandos selbst durchgeführt werden. Sie konnte sich naturgemäss nur darauf beschränken, aufgegriffene Schwerverbrecher und Gewohnheitsverbrecher zu [illegible]

-17 -

Übersicht über die Lage vor dem Einmarsch der deutschen Truppen.

Das Gebiet der Einsatzgruppe A, soweit es sich mit dem Bereich des Reichskommissariats Ostland deckt, ist geschichtlich und volkstumsmässig in zwei Teile zu trennen, nämlich in die ehemaligen baltischen Staaten Litauen, Lettland, Estland und Weissruthenien. Geschichtlich ist eine Trennung notwendig, weil Weissruthenien schon seit der russischen Revolution der UdSSR angehört, die baltischen Staaten jedoch erst am 17.Juni 1940 durch äusseren Druck der Sowjet-Union einverleibt wurden. Volkstumsmässig scheint eine Trennung angebracht, weil die Völker der baltischen Staaten, insbesondere die Letten und Esten, einen hohen nordischen Blutsanteil besitzen, die Einwohner Weissrutheniens dagegen vorwiegend ostisch sind.

Anlg.13

Die baltischen Staaten hatten sich vor dem 17. Juni 1940 sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht den westeuropäischen Staaten angeschlossen. Die Aussenpolitik steuerte einen ausgesprochenen proenglischen Kurs, wobei vor allem Lettland die treibende Kraft war, und stand vollständig unter dem Einfluss von Freimaurern und sonstigen jüdisch-plutokratischen Organisationen. Die deutsch-feindliche

Stimmung wurde durch geschickte Propaganda gefördert und der Gedanke unterstützt, dass die baltischen Staaten ihre Selbständigkeit den Engländern und Franzosen zu verdanken hätten, und dass nur auf Grund der engen Verbindung mit England und seiner Unterstützung ein so hohes kulturelles und soziales Niveau erreicht und so hervorragende wirtschaftliche Erfolge hätten erzielt werden können. Zur Vertiefung dieser Politik wurden besonders in Lettland englische und französische Sprachschulen gegründet, die beiden Sprachen in der Mittelschule als Hauptfächer eingeführt, Filme deutsch-feindlichen Inhalts gedreht und schliesslich die geschichtliche Entwicklung so dargestellt, dass sie zu Dank gegen England verpflichtete.

Der Lebens-und Kulturstandard war, insbesondere in Estland und Lettland, relativ hoch; der Arbeiter lebte in guten wirtschaftlichen Verhältnissen und konnte mit seinem Jahresverdienst von durchschnittlich 1 674 Lats (Lettland) ein sorgenfreies Dasein führen. Das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Geistesarbeiters betrug 2 921 Lats (Lettland) und wurde nach folgendem Index verbraucht:

	Arbeiter	Geistesarbeiter
Ernährung	42%	30%
Bekleidung	13%	14%
Wohnung	15%	15%
Sonstiges	30%	41%

-49-

Aus dem hohen Prozentsatz der Indexziffer "Sonstiges" ergibt sich, dass der Arbeiter fast ein Drittel seines Gehaltes für nicht lebensnotwendige Dinge ausgeben konnte, der Geistesarbeiter sogar beinahe die Hälfte.

Die soziale Gesetzgebung umfasste Hinterbliebenen-und Unfallversorgung, ein besonderes Gesetz sicherte dem Arbeiter Erholung und Urlaub und schliesslich war die Krankenkassenversorgung beinahe vorbildlich organisiert. Die ärztliche Betreuung war in Stadt und Land ausreichend, ebenso genügte die staatliche Gesundheitslenkung den an sie gestellten Anforderungen. In Lettland gab es z.B. 3 staatliche Säuglingsheime, mehrere Kinderheime, 84 Kindergärten; ferner wurden bedürftigen Müttern unentgeltlich Säuglingsausstattungen zur Verfügung gestellt, kinderreiche Familien erhielten besondere Unterstützung. Gleichzeitig hatten die baltischen Staaten Pensionsgesetze und verfügten über Wohlfahrtsfonds zur Versorgung nicht pensionsberechtigter Bedürftiger.

Das Schulwesen, das nach dem Weltkrieg noch völlig unentwickelt war, wurde im Laufe der folgenden 20 Jahre auf ein dem Kulturstand der Weststaaten entsprechendes Niveau gebracht. Analphabethen gab es nur noch vereinzelt in Litauen. Relativ beträchtlich war die Zahl der konfessionellen Lehr.

anstalten. So gab es z.B. in Lettland insgesamt 108 mit 14 715 Schülern, gegenüber 77 Mittelschulen mit 17 052 Schülern. Universitäten gab es in Dorpat, Riga und Kowno.

Die Kunst war ebenso wie das übrige kulturelle Leben vorherrschend jüdisch eingestellt, insbesondere in Lettland und Litauen.

Das Pressewesen war stark ausgebaut und zum Teil sogar übersteigert, wie aus der Zahl von 186 Zeitungen und Zeitschriften für das lettische 2 Millionen Volk hervorgeht.

Anlg.14

Wirtschaftlich gesehen sind die baltischen Staaten vorwiegend landwirtschaftlich ausgerichtet. Alle drei Staaten hatten eine stark ausgebaute Landwirtschaft und hochentwickelte Viehzucht. Die Erträgnisse wurden nur zum Teil im eigenen Land verbraucht, ausgeführt wurden vor allem Butter, Eier, Käse und Fleischkonserven. Die Zahl der volksfremden Landarbeiter war lediglich in Litauen beträchtlich, was durch den ohnehin zahlenmässig sehr starken Prozentsatz der dort ansässigen Polen bedingt war. Lettland benötigte für seine Landwirtschaft 1939 nur noch etwas über 12 000 Polen und über 20 000 Russen. Die Intensivierung der Bodenbewirtschaftung kommt allerdings bei weitem nicht an die deutsche heran, sodass die Hektarerträge bis zu 50% unter denen des deutschen

Reiches liegen. Auch die Anwendung von künstlichen Düngemitteln, Mechanisierung und Motorisierung lassen viel zu wünschen übrig, sodass die Zahl der notwendigen Arbeitskräfte in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Ertrag steht.

Die Industrie spielt in Estland eine gewisse Rolle. An Bodenschätzen ist vor allem Ölschiefer zu finden. Ein weiterer Grund für den relativ grosszügigen Ausbau der estnischen Industrie ist in der materiellen Denkweise der Esten zu suchen, da auf diesem Gebiet am meisten zu verdienen ist. Hervorzuhaben sind neben den Ölschieferwerken eine Zementfabrik, bedeutende Holz-und Zellstoffabriken und schliesslich eine gut ausgebaute Lebens- mittel-und Elektrizitätsversorgung. Anlg.15

In Lettland waren im Jahre 1935 ung. 14% der Einwohnerzahl in der Industrie beschäftigt. Besonders ausgebaute Industriezweige stellen die Holz-,Papier-, Nahrungsmittel und Flachsindustrie dar. Der Handel spielt auf Grund der geopolitischen Lage der Baltenstaaten von jeher eine bedeutende Rolle. In Lettland waren rund 10% der Bevölkerung in 37 830 Handelsunternehmen beschäftigt. Ein grosser Teil der Unternehmungen waren staatliche Handelsunternehmen, vor allem in den Lebensmittelbranchen und den sonstigen Artikeln des täglichen Bedarfs. Ähnlich war die Lage

in Litauen, wo insbesondere die Verteilung der landwirtschaftlichen Produkte einer Genossenschaft (Pieno Centras) oblag, die vom Staat kontrolliert wurde.

Die finanzielle Lage der drei Staaten entsprach dem jeweiligen Volkswohlstand, Lettland und Estland hatten einen ausgeglichenen Steuerhaushalt, Litauen war zeitweise zur Aufnahme von Anleihen genötigt. In Lettland verteilte sich das Steueraufkommen von 112 Millionen Lats im Jahre 1938/39 fast zu 60% auf indirekte Steuern. Am stärksten, nämlich mit 60% des Verkaufspreises waren Rauchwaren, Zucker und Branntwein belegt, dann folgte Hefe mit 40%, Bier mit 30%, ferner Textilien und Salz. Die direkten Steuern, nämlich die Einkommensteuer, Haus-und Grundbesitz-und Umsatzsteuer, betrug rund 13% der Staatseinnahmen. Der Rest des Staatsbudgets verteilte sich auf den Verdienst staatlicher Unternehmungen und sonstiger wirtschaftlicher staatlicher Beteiligungen. Die gesamten Staatseinnahmen im Budgetjahr 1938/39 betrugen mehr als 20% des Volkseinkommens Lettlands.

Die von den Baltenstaaten verfolgte Politik musste in dem Augenblick zur Katastrophe führen, als durch die Entwicklung der Kriegshandlungen die Westmächte im Ostseeraum ausgeschaltet wurden und zwischen Deutschland und Russland in Gestalt des Herbstpaktes 1939 ein "politischer Waffenstillstand" in Kraft trat. Mit einem Schlag sahen sich

die baltischen Völker allein, in einer Situation, die ihnen in erbarmungsloser Brutalität die Wirklichkeitsferne der bisherigen Politik vor Augen führte und ohne Widerstand, im Bewusstsein ihrer Ohnmacht, haben sie sich dem Zugriff Moskaus ergeben. Das Jahr bolschewistischer Herrschaft hat in den Massen der baltischen Völker die Voraussetzung für die Erkenntnis geschaffen, dass ihre Behauptung ohne den Schutz einer Grossmacht im europäischen Kulturkreis unmöglich ist. Sowohl aus der gegenwärtigen wie geschichtlichen Entwicklung heraus konnte diese Macht nur das deutsche Reich sein.

Der sowjetische Staat verfolgte vom ersten Tag seiner Herrschaft in den baltischen Ländern das Ziel, das Land in einer gewaltsamen Art, und wenn notwendig mit brutalen Mitteln zu bolschewisieren. Die einschneidensten Massnahmen betrafen das Privateigentum. So wurde zunächst der gesamte Bodenbesitz nationalisiert und damit zum Staatseigentum erklärt. Die bisher selbständigen Bauern wurden in Kolchosen zusammengefasst und bekamen für ihre Arbeit ein der Zahl der geleisteten Tagewerke entsprechendes Entgelt, das in keinem Verhältnis zu ihrem früheren Verdienst stand. Der wohlhabende Bauernstand, der 50 - 60 ha Land

als Eigentum besass, musste die 30 ha übersteigende Fläche an sog. Junglandwirte abgeben, die lediglich nach dem Prinzip der Parteizugehörigkeit ausgesucht wurden und in den meisten Fällen überhaupt keine landwirtschaftlichen Erfahrungen besassen. Die aufgeteilte Bodenfläche betrug z.B. in Lettland über 50% des Bodens und betraf über 40 000 Höfe. Neugegründet wurden über 50 000 Wirtschaften. Durch diese Aufteilung wurde ein grosser Teil der bis dahin lebensfähigen Höfe dergestalt auseinandergerissen, dass dem Altlandwirt fast keine Wirtschaftsgebäude und kein Inventar mehr blieb, während der Neulandwirt wegen der ihm zugeteilten geringen Bodenfläche von 10 ha weder Wirtschaftsgebäude noch Inventar erhalten und ausnutzen konnte. Die Folge davon war, die Lebensunfähigkeit beider Höfe, da der Altwirt mangels Geräte und lebendem Inventar seinen Boden nicht intensiv bewirtschaften konnte, der Jungwirt dagegen zur Unterhaltung der grossen Wirtschaftsgebäude völlig verschuldete. Einen weiteren Schlag für die Landwirtschaft bedeutete die Verhaftung oder Verschleppung von 4 1/2 Tausend Landwirten. Auch der Viehbestand wurde durch den Abtransport von rund 20%Arbeitspferden, 20% des Grossviehs, 15% der Schweine und 40% der Schafe stark dezimiert.

Ähnliche Enteignungsmassnahmen führten auch in der Wirtschaft einerseits zu Preiserhöhungen und andererseits zu einer Verminderung der Erzeugung. Schon im Jahre 1940 wurden sämtliche industriellen Unternehmungen nationalisiert, wobei zur Enteignung lediglich die Tatsache genügte, dass ein Betrieb in dem offiziellen Nationalisierungs-Verzeichnis enthalten war. In der Folgezeit wurden durch weitere Verordnungen auch mittlere und selbst kleinste Handwerksbetriebe enteignet. Eine besondere Erschwerung lag darin, dass lediglich die Aktiva übernommen wurden, wohingegen sämtliche Schulden, einschliesslich der für das laufende Jahr zu zahlenden Steuern und Mieten von dem ehemaligen Eigentümer bezahlt werden mussten. Dieser Umstand führte in allen Fällen noch zum Verlust des persönlichen Eigentums der Unternehmer, sodass sie ohne Existenz und völlig mittellos auf der Strasse standen. Die nationalisierten Privatunternehmen wurden als "sozialistische Unternehmen" in besondere Verwaltungseinheiten - sog. Trusts -, die Handwerks- und Kleinbetriebe in sog. Industriekombinate zusammengefasst. Die Neuorganisation der Wirtschaft war ein sehr schwerfälliger, stark bürokratischer Apparat, der bis ins kleinste den Betrieben die zu treffenden Massnahmen vorschrieb. Dadurch wurde den verantwortlichen Leitern und den Arbeitern jede Initiative und Freude an der

Arbeit genommen.

Eine weitere Beeinträchtigung und Schwächung der Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit wurde durch die Lohnregelung verursacht. Die Entlohnung erfolgte nicht nach dem Wissen und Können des Einzelnen, auch nicht nach der Verantwortung und Wichtigkeit der betreffenden Dienststellung, sondern wurde schemamässig nach bolschewistischen Grundsätzen festgelegt. So erhielt z.B. ein approbierter Arzt 30.-RM, nach 10jähriger Praxis wurde sein Gehalt auf 40.-RM erhöht. Andererseits verdiente ein ungelernter Kraftwagenfahrer mindestens ebenso viel, wenn nicht mehr. Ebenso nieder wurden auch die Betriebsleiter, hohen Staatsbeamten und Wissenschaftler bezahlt, sofern für sie Sowjet-Tarife massgebend waren.

Ähnlich entwickelte sich die Lage im Handel und Verkehr. So wurden z.B. von den 38 000 in Lettland bestehenden Handelsunternehmungen zu Beginn des Jahres1941 über 20 000 nationalisiert. Dadurch entstand ein Mangel von Geschäften, der sich besonders bei der Verteilung von Nahrungsmitteln nachteilig bemerkbar machte und zu den lästigen Schlangenbildungen vor den Lebensmittelgeschäften führte, die trotz grosser Bemühungen bis heute noch nicht restlos verschwunden sind.

Weniger eingreifend, aber ebenfalls von grosser Bedeutung für das Leben der baltischen Völker waren die Veränderungen auf sozialem, kulturellen und finanziellen Gebiet, die durch das Sowjet-Regime eingeführt wurden. Der grösste Teil der sozialen Gesetze wurde aufgehoben, die Wohlfahrtsbehörden aufgelöst oder zum geringen Teil nach bolschewistischen Vorbild umorganisiert. Die Wochenbeihilfen und Entbindungszulagen wurden stark verringert, Krankenkassenbeiträge für Medizinen nicht mehr gezahlt. Die Pensionsgesetze wurden dem sowjetrussischen Muster angeglichen, nach dem die höchste Pension Rbl. 150,- beträgt; die Durchschnittspension wurde auf Rbl. 80,- bis 100,- herabgesetzt. Darüber hinaus wurde noch der grösste Teil der verantwortlichen lettischen Angestellten und Beamten, die pensionsberechtigt waren,aus dem Pensionsverzeichnis gestrichen.

ImSchulwesen brachte der Bolschewismus eine völlige Neuordnung mit sich. Die Schulebildung wurde geändert, statt der bisherigen 12jährigen trat die 10jährige Schulzeit; in den Grundschulen genügten statt bisher 7 Jahren 4 Jahre zur Ablegung der Schlussprüfung. Der wichtigste Lehrstoff war die sog. "marxistische Interpretation". Sie sollte jeder Stunde den Stempel des Marxismus und Leninismus aufdrücken und aus jedem Wort des Lehrers zu hören sein.

Eine weitere

Störung des Schulwesens bildeten die kommunistischen Pionier-und Jugendorganisationen, die an allen Schulen gegründet wurden. Der Leiter der kommunistischen Jugendorganisation war gleichzeitig der ideelle Leiter der Schule. Durch diese Organisation, verbunden mit einem Schüler-Selbstverwaltungs-Comitée wurde schon in den Schulen ein raffiniertes Spitzelsystem aufgebaut, vor dem weder Lehrer noch Schüler sicher waren. Durch Meldung dieser Organisation wurde eine Unmenge Schüler und Lehrer verschleppt, so z.B. in Lettland nach den offiziellen Zahlen des roten Kreuzes vom 15. September 1941 insgesamt rund 4 000 Schüler und über 400 Lehrer. Beschlossen, aber nicht zur Ausführung gelangte der Plan, 17 000 Knaben in sog. Fabrikschulen unterzubringen, wo sie in 6 Monaten zu Arbeitern und Technikern herangebildet werden sollten.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Bolschewisten dem Theater und der Presse. Obwohl eine Reihe von Theatern nach dem Einzug der Bolschewisten geschlossen wurde, wurde das Theaterpersonal im Durchschnitt verdoppelt. Aufgeführt wurden fast ausschliesslich kommunistische Stücke, die ausgesprochen propagandistischen Charakter trugen. Selbst vereinzelt aufgeführte Klassiker wurden im Textbuch in marxistischem Sinne "korrigiert". Ähnlich ist die Entwicklung in der Presse, die ausschliesslich von Mos-

kau gelenkt wurde. Sämtliche leitenden Stellen wurden von meist aus Russland mitgebrachten Bolschewisten besetzt, sämtliche Zeitungen und Zeitschriften zum Sprachrohr des Kommunismus gemacht. Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt waren lediglich Übersetzungen russischer Werke mit ausgesprochen kommunistischer Tendenz.

Das Steuersystem der Sowjet-Union, das sofort nach Einmarsch der Russen in Kraft trat, kennt zwei Grundsteuern: 1.) die Umsatzsteuer, die ung. 60% des gesamten Steueraufkommens beträgt, 2.) die Einkommensteuer staatlicher Unternehmen, die ung. 15% der Budgeteinnahmen beträgt. Beide Steuern sind im Grunde Verbrauchssteuern. Mit ihrer Hilfe wird die Preisdifferenz zwischen den Gestehungskosten und dem amtlich bestimmten Verkaufspreis auf die Steuerkasse übertragen. Die Haupteinnahme der Verbrauchssteuer bildet vor allem Brot, dessen Verkaufspreis um 90% über den Gestehungskosten lag. Da das sowjetische Steuersystem vollkommen zentralisiert ist und nur ein einziges Staatsbudget für das gesamte Territorium der UdSSR aufgestellt wird, konnte den wirtschaftlichen Verschiedenheiten der drei baltischen Staaten nicht Rechnung getragen werden, sodass z.B. Litauen die gleichen Steuergesetze wie Lettland hatte, obwohl Lettland bei geringerer Einwohnerzahl eine über doppelt so grosse Industrie besitzt. Auf Grund dieser Unterschiede stiess die sowjetische Steuergesetzgebung auf so

grosse Schwierigkeiten, dass sie nur zum kleinen Teil praktisch durchgeführt werden konnte.

Aufrecht erhalten wurde die Sowjetregierung in den baltischen Staaten durch eine ausgesprochene Terrorherrschaft, die jeden Widerstand mit den brutalsten Mitteln sofort im Keime erstickte. Ein bis ins kleinste ausgebautes Spionage- und Spitzelsystem, das über das ganze Land verteilt war und mit Erpressungen und Geld aufrecht erhalten wurde, sorgte dafür, dass keine Widerstandbewegung Fuss fassen konnte. Wer eine Kritik an der bolschewistischen Staatsführung oder auch nur an der kommunistischen Idee äusserte, wurde sofort unschädlich gemacht. So sind im Laufe des einen Jahres der bolschewistischen Herrschaft nach den Feststellungen des lettischen Roten Kreuzes vom 1. Oktober 1941 im Gebiet des ehemaligen Freistaats Lettland ungefähr 14 000 Personen verschleppt, 5 000 verhaftet worden und 9 000 verschollen.

Über das weissruthenische Gebiet liegen noch keine Angaben vor, da es erst vor kurzer Zeit von der Einsatzgruppe A übernommen wurde. Über die dortigen Verhältnisse wird auf den Bericht der Einsatzgruppe B verwiesen, zu deren Einsatzbereich Weissruthenien bis vor kurzem gehörte.

Die Lage
auf den Lebensgebieten.

Der von der Einsatzgruppe A zu bearbeitende Raum umfasst die ehemaligen Freistaaten L i t a u e n, L e t t l a n d und E s t - l a n d, das Gebiet W e i s s r u t h e n i e n mit Minsk und Baranowitschi und den später zu Lettland und Estland kommenden Raum östlich der lettisch-estnischen Grenze bis zu den Valdaihöhen, Ilmensee und den Vorstädten von Petersburg. Dieser Raum ist ethnologisch, geschichtlich und wirtschaftlich sehr verschieden.

Die drei baltischen Staaten und der Raum zwischen Peipus- und Ilmensee wurden von der Einsatzgruppe A gleichzeitig mit den vordersten Linien der deutschen Truppen erreicht und bearbeitet. Wilna, Minsk und Baranowitschi wurden von der benachbarten Einsatzgruppe später übernommen

Die Zivilverwaltung erstreckt sich zur Zeit auf das Generalkommissariat Litauen mit dem Freistaat Litauen und dem Wilnagebiet, das Generalkommissariat Lettland und das Generalkommissariat Weissruthenien mit Minsk und Baranowitschi. Estland und der Raum südlich des Ilmensees sind noch rückwärtiges Heeresgebiet, das Gebiet östlich des Peipussees und nördlich des Ilmensees noch Operationsgebiet.

Allgemein lässt sich für das gesamte Gebiet sagen, dass die Lage noch sehr unklar ist, und dass die deutschen Verwaltungsstellen selbst über die zukünftige Verwaltungsform und das Schicksal der in dem Raum lebenden Völker nicht informiert sind. Darum ist auch auf allen Verwaltungsgebieten einschliesslich der Wirtschaftsverwaltung keinerlei zielbewusstes Arbeiten zu spüren, und die Massnahmen und Auskünfte der einzelnen Verwaltungsdienststellen widersprechen sich häufig in krassester Form. Dem objektiven Blick bietet sich ein Bild der Uneinheitlichkeit, das Fehlen jeder Richtlinien und ein grosser Mangel an Vorbereitung der deutschen Verwaltungsdienststellen und ihrer Angehörigen auf ihre Aufgaben. Auch der einheimischen Bevölkerung bleibt dieses Bild nicht verborgen und Aussprüche wie z.B.: "Die Deutschen können erobern, aber nicht regieren" sind keine Seltenheit.

Der wesentlichste Nachteil dieser Unklarheiten in der politischen Führung besteht darin, dass 1.) sich innerhalb der einheimischen Bevölkerung in allen Generalkommissariaten immer wieder Gruppen bilden, die sich an bestimmte Dienststellen anhängen und die versuchen, eine Dienststelle gegen die andere auszuspielen, und 2.) die willigen und zweifellos vorhandenen Kräfte - insbesondere bei den hochstehenden Völkern der baltischen Staaten - sich zersplittern und, besonders in der Wirtschaft, nicht in allen Möglichkeiten ausgenutzt werden.

Dass der Reichskommissar für das Ostland anstatt der erwarteten grosszügigen Wiederaufbau-Massnahmen Verordnungen über die Bezugscheinpflicht von Filzschuhen usw. erlässt und veröffentlicht, hat in weiten Kreisen grosse Enttäuschung und z.Tl. Spott hervorgerufen.

Aber auch die Verordnungen über die Versorgung der Bevölkerung, Preisgestaltung usw. haben selten ihren Zweck erreicht. Vor allen Dingen haben sich die allgemeinen Lebensverhältnisse der grossen Masse der Bevölkerung bisher nicht geändert.

A. Die Lage in L i t a u e n :

Da der Bevölkerung in keiner Weise Aufklärung über ihr zukünftiges Schicksal erteilt worden ist, bewegt sich der national denkende Teil durchaus noch in der Vorstellung einer kommenden litauischen Eigenstaatlichkeit mit einer gewissen Abhängigkeit vom Grossdeutschen Reich. Irgend eine Bestrebung, das litauische Volk an die germanischen Völker heranzuführen und eine Zukunftsvorstellung ohne Eigenstaatlichkeit ist nicht zu spüren. Die Begeisterung, mit der die deutschen Truppen begrüsst worden sind, ist zwar keineswegs in das Gegenteil umgeschlagen, sondern die Deutschfreundlichkeit des Grossteils der litauischen Bevölkerung

wird immer wieder und zweifellos auch aus ehrlichem Gefühl betont. Die Versuche, den Anteil der litauischen Bevölkerung am Befreiungskampf zu übertreiben und die Bedeutung ihrer Aufstände für die schnelle Durchführung der Operationen in den Vordergrund zu stellen, sollen zweifellos zu einem politischen Zweck führen. Mit der Tatsache, dass etwa 4.000 Litauer im Kampf gegen den Bolschewismus gefallen sind, wird ständig operiert. In der nationalen Jugend und den Resten des Offizierskorps besteht der ehrliche Wunsch, aktiv an der Seite der deutschen Truppen am Krieg teilzunehmen. Sie empfinden sich gegenüber anderen Völkern zurückgesetzt, weil sie glauben, mehr Recht zur Teilnahme am Kampf gegen den Bolschewismus zu haben als diese.

Der seit der Besetzung Litauens durch deutsche Truppen schnell aufgeflammte tätige Antisemitismus hat nicht nachgelassen. Zu allen Massnahmen gegen Juden stellen sich Litauer gern und unermüdlich zur Verfügung, z.Tl. führen sie heute noch eigenmächtig solche Massnahmen durch.

Von irgend einer Seite ist bisher irgend ein Auffangen der z.Tl. untätigen aktiven nationalen Jugend nicht geschehen. Nach dem Verbot der nationalen Aktivisten gibt es nationale Organisationen nicht mehr. Auf die Dauer besteht damit die Gefahr, dass diese jungen Kräfte wieder zu demokratischen Anschauungen getrieben werden oder unkontrollierbaren anderen politischen Einflüssen erliegen.

Die deutschen Verwaltungsbehörden des Generalkommissariats Litauen bedienen sich der z.Tl. noch bestehenden litauischen Behörden fast garnicht. Die Verwaltungsarbeit wird bis in die untersten Stufen von Deutschen selbst erledigt. Die eingesetzten Generalräte, von denen sehr wohl eine Verwaltungsarbeit unter deutscher Kontrolle geleistet werden kann, sind zum Nichtstun verurteilt oder höchstens mit Uebersetzungen beschäftigt. Aus der litauischen Beamtenschaft taucht auch immer wieder die naheliegende Frage auf, ob denn überhaupt das Deutsche Reich so viele Menschen abgeben könne, um die gesamte Verwaltung bis in die untersten Stufen von Deutschen durchführen zu lassen.

Inzwischen ist in Litauen in den Volks- und Mittelschulen der Unterricht wieder aufgenommen worden. Der deutsche Sprachunterricht wurde obligatorisch eingeführt, ausserdem finden in allen grösseren Städten deutsche Sprachkurse in den Abendstunden statt, die sich eines regen Besuches erfreuen. Diese Sprachkurse finden in allen drei baltischen Ländern statt und sind überall gleich stark besucht. Auch die Rundfunksender erteilen deutschen Sprachunterricht.

Die Universität Kaunas nimmt Studierende nicht mehr auf, und die deutsche Verwaltung beabsichtigt, nur noch die nächsten drei Semester weiterzuführen und dann die Universität ganz zu schliessen.

An den beiden Universitäten studierten im vergangenen Wintersemester über 4.000 Personen, das Lehrpersonal bestand aus etwa 250 Personen. Die Kauener Universität war von jeher eine Hochburg nationalen Chauvinismus und zumal die geisteswissenschaftlichen Fakultäten Stätten deutschfeindlicher Gesinnung. Es ist ferner ein Charakteristikum der litauischen studierenden Jugend, dass ein wesentlicher Prozentsatz das Studium nicht beendet und als Halbintelligenz, aber mit den Aspirationen eines Akademikers, das untere Beamtenkorps stellt. In die freie Wirtschaft, in Handel und Gewerbe ging die Jugend so gut wie gar nicht, da diese fast ausschliesslich in Händen der Juden lag. Es ist daher eine dringliche Aufgabe der Zukunft, die litauische Jugend in Handel und Gewerbe zu leiten und sie vom Hochschulstudium abzubiegen. Zu diesem Zwecke muss dem Ausbau des Fachschulwesens besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die geisteswissenschaftlichen Fakultäten sollten gänzlich geschlossen werden. Dagegen besteht das Bedürfnis, die medizinische Fakultät sowie einige Sparten der technischen weiter zu belassen. Ueber 80 % der Zahnärzte waren Juden, über 50 % der anderen Aerzte ebenfalls. Deren Ausfall führt zu einem ausserordentlichen Mangel an Aerzten, der auch nicht annähernd durch Zuzug aus dem Reich behoben werden kann.

Der für Litauen notwendige Ausbau des Verkehrsnetzes verlangt ebenfalls geschultes Personal, sodass auch die technische Fakultät bestehen bleiben müsste. Die Weiterbelassung der Veterinär-Akademie und der Landwirtschaftlichen Hochschule sind bei dem ausgesprochenen landwirtschaftlichen Charakter Litauens gleichfalls eine Notwendigkeit.

Die Schliessung der beiden Universitäten bis auf die medizinische und die technische Fakultät würde in der litauischen Oeffentlichkeit keine beonsere Reaktion hervorrufen, zumal wenn sie hinreichend auf die Erwerbsmöglichkeiten in der gesamten übrigen freien Wirtschaft hingewiesen wird, und ein gleiches in Lettland und Estland geschieht.

Von litauischer Seit wird z.Tl. darauf hingewiesen, dass die Schliessung der Universitäten als eine Massnahme betrachtet würde, durch die Deutschland Litauen seine Eigenkultur nehmen will. Um diesen Eindruck zu vermeiden, könnte an die Errichtung eines Germanistikums gedacht werden, in dessen Rahmen auch die litauische Sprachforschung einen entsprechenden Platz einnehmen könnte. Die Aufgabe des Germanistikums wäre in besonderem Masse die Heranbildung des Lehrerpersonals, indem auch die Volksschullehrer einige Semester des Germanistikums besuchen müssten.

Die litauische Bevölkerung hat im allgemeinen von der deutschen Verwaltung erwartet, dass sie sofort alles aufheben würde, was der Bolschewismus an Gesetzen, Verwaltungs- und Wirtschaftsmassnahmen usw. eingeführt hat. Ein Teil der bolschewistischen Gesetze wurde von der im Anfang bestehenden nicht anerkannten provisorischen litauischen Regierung ausser Kraft gesetzt. Die deutsche Verwaltung hat nun den grössten Teil der sowjetrussischen Gesetze in rechtlicher und formeller Hinsicht belassen und auch Verfügungen der provisorischen litauischen Regierung anulliert. Der intelligente Litauer weist darauf hin, dass es schwer ist, Verständnis dafür zu haben, dass das Grossdeutsche Reich einerseits auf Leben und Tod gegen den Bolschewismus, seine Ideologien und Einrichtungen kämpft und andererseits vom Bolschewismus erlassene Gesetze und Systeme übernimmt. Mit Unterstützung der in den besetzten Gebieten immer noch Eingang findenden Feindpropaganda verbreitet sich die Meinung, dass Deutschland nicht in erster Linie einen weltanschaulichen, sondern einen Eroberungskrieg führt.

Die Ernährungslage in Litauen ist auf dem Lande gut, in den Städten aus verschiedenen Gründen ausserordentlich schwierig. Die zur Verfügung stehenden Transportmittel reichen bei weitem nicht aus. Ebenfalls sind die Verteilungsstellen viel zu gering. Die rationierten Lebensmittel sind auch auf Karten nur nach

stundenlangem Anstehen zu erhalten, und die Stimmung der vor den Geschäften anstehenden Bevölkerung ist in Bezug auf diese Frage in den Städten ausserordentlich schlecht. Die Menschenschlagen sind der Herd der destruktiven Propaganda und Gerüchtemacherei.

Die Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte hat ihren Zweck nicht ganz erfüllt. Der Bauer hat kaum eine Möglichkeit, für den Ertrag seiner Erzeugung Einkäufe zu machen, da er weder landwirtschaftliche Maschinen noch Kleidungsstücke noch Geräte u.dergl. bekommt. Wie im gesamten Gebiet der Einsatzgruppe A ist der Bauer sehr dem Tauschhandel geneigt und versucht, seine Produkte gegen Waren abzugeben.

Die Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte macht sofort das Problem der Lohnfrage aktuell. Die Löhne wurden ganz generell um 24.- RM im Monat erhöht, für Stundenarbeit wurde entsprechend diesem Index eine besondere Ziffer gefunden. Diese Lösung der Lohnfrage hat dazu geführt, dass alle im festen Angestelltenverhältnis Lebenden, besonders die kleinsten Angestellten, einen erheblichen Vorteil vor den Stundenarbeitern geniessen. Die Sowjets koppelten seinerzeit den Lohn mit der Menge der erzeugten Güter und kamen dadurch auf einen ganz bestimmten Grundpreislohn, der aber leistungsmässig von den Arbeitern bequem übertroffen, in vielen Fällen sogar verdoppelt

und verdreifacht werden konnte, sodass viele Arbeiter durch die seinerzeit erfolgte Lohnstopverordnung, die ihnen als regelmässiges Einkommen lediglich den von den Sowjets festgesetzten Grundlohn zubilligte, in den meisten Fällen nur etwa 80 % und oft weniger als die Hälfte verdienten als zu Zeiten der Russenherrschaft. Viele Arbeiter, die seinerzeit voll beschäftigt waren, können heute nur noch als Kurzarbeiter beschäftigt werden, erreichen also nicht ihre normale Stundenzahl und erreichen folglich auch niemals einen Zuschlag in Höhe von 24.- RM. Da es sich bei diesen Arbeitern meistenteils noch um besonders geschulte Facharbeiter handelt, stehen sie sich ausserdem noch schlechter als die ungelernten Arbeiter, da diese ja naturgemäss ihre volle Stundenzahl erreichen. Die litauische Arbeiterschaft weist mit Recht darauf hin, dass sie durch diese Lohnpolitik unverdientermassen schlechter behandelt würde als andere Berufsgruppen und erwartet schon aus den Erwägungen der allgemeinen Gerechtigkeit heraus eine baldmöglichste Aenderung auf diesem Gebiet.

B. Die Lage in L e t t l a n d :

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse in Estland, wo unter der Führung von Dr. Mae ein estnisches Selbstverwaltungsorgan mit weitgehenden Befugnissen erfolgreich arbeitet, ist allmählich auch in Lettland bekannt geworden. Unwillkürlich werden daher Vergleiche zur politischen Lage in Lettland gezogen, wobei man nicht versteht, wieso Esten und Letten eine so unterschiedliche Behandlung erfahren. Die Schlechterstellung der Letten hat zu weitgehender Beunruhigung in der lettischen Bevölkerung geführt. Sie wird darüber hinaus durch eine Reihe von Vorkommnissen genährt, die als ein weiterer Abbau der Reste der lettischen Selbstverwaltung gewertet werden. Es handelt sich dabei nicht allein um die unglückliche Stellung des Generaldirektoriums für innere Verwaltung und Personalfragen unter General D a n k e r s, sondern auch um die verbliebenen lettischen fachlichen Instanzen, wie z.B. die Direktionen für Handel, Industrie und Landwirtschaft, Verkehrswesen usw., deren Tätigkeit nach und nach praktisch unterbunden wird. Teils geschieht dies durch das Einsetzen deutscher Ressortsleiter, wie z.B. für das Forstdirektorium, oder dadurch, dass mehrere Grossbetriebe aus der Zuständigkeit des Industriedepartements herausgenommen und entweder der Wehrmacht

oder der neugegründeten "Ostfaser GmbH"unterstellt werden.

Die Gründung dieser neuen Monopolgesellschaft hat besonders die Stimmung in.lettischen Wirtschaftskreisen wesentlich beeinträchtigt, da eine Ausschaltung der Letten aus dem Wirtschaftsleben befürchtet wird. Zugleich sieht man darin aber auch eine politische Massnahme, umsomehr als auch der grosse landwirtschaftliche Genossenschaftsverband "Turiba" einen deutschen kommissarischen Leiter erhalten hat.

Eine besonders ungünstige Auswirkung auf die allgemeine Stimmung zeitigte die Beschlagnahme des Hauses des "Lettischen Vereins",in dem sich gegenwärtig das Generaldirektorium befindet und das als Offizierskasino eingerichtet werden soll. Es geht hierbei nicht so sehr um die Unterbringungsfrage für das Generaldirektorium, das durch diese Heraussetzung zweifellos eine weitere Einbusse seiner bereits stark erschütterten Autorität erleidet, sondern um das Haus selbst. Das Haus des Lettischen Vereins ist immer ein Symbol der nationalbewussten Letten gewesen, wobei darauf hingewiesen werden muss, dass gerade die Kreise vom Lettischen Verein eine gewisse Verbundenheit mit den früher in Lettland ansässigen Deutschen gezeigt und sich zum westlichen Kulturkreis bekannt haben. Dem Lettischen Verein gehörten seit Gründung eine Reihe von angesehenen Letten an, deren geistige

Ausrichtung wesentlich durch das deutsche Vorbild beeinflusst war. Es waren dies vornehmlich sogenannte "anständige Letten". Umsomehr erscheint die Enteignung dieses Hauses, das zudem aus rein lettischen Mitteln errichtet worden ist, als eine Herausforderung, die gerade auf die deutschfreundlichen Kreise Lettlands eine niederschmetternde Wirkung ausübt und noch ausüben wird.

In den Kreisen der ehemaligen lettischen Wehrmacht und der Jugend wird als besonders schmerzlich empfunden, dass den Letten, von geringen Ausnahmen, die von der Sicherheitspolizei gemacht wurden, abgesehen, keine Gelegenheit gegeben wird, im Kampf gegen das bolschewistische Russland anzutreten.

Der aus Berlin zurückgekehrte bekannte Perkonkrustler C e l m i n s verbreitete in Riga die Nachrichte, dass es ihm gelungen sei, die Aufstellung einer lettischen Division in Berlin durchzusetzen. Die Genehmigung sei sowohl vom OKW als auch vom Reichsführer-ᛋᛋ und dem Ostministerium erteilt. Ungeklärt sei noch die Frage, ob diese Division im Verbande der Wehrmacht oder der Waffen-ᛋᛋ aufgestellt würde. Celmins macht zweifellos mit dieser Nachricht in seinen Kreisen Propaganda für seine Person und die Perkonkrust-Bewegung.

Die letzten grossen Erfolge der deutschen Wehrmacht im Osten haben die Stimmung des lettischen Volkes günstig beeinflusst. Die Leistungen der deutschen Soldaten werden allgemein anerkannt und bewundert.

Die Schwäche des Generaldirektoriums für innere Verwaltung und Personalfragen und die in der Öffentlichkeit bekannte Ablehnung des Generalkommissars, mit dieser Stelle eng zusammenzuarbeiten, hat einen verstärkten Zusammenschluss der Kreise um den ehemaligen lettischen Finanzminister V a l d m a n i s, der jetzt als Oberstaatsanwalt fungiert, zur Folge gehabt. Es handelt sich hierbei um Letten aus der früheren Beamtenschicht aus der Ulmaniszeit und um lettische Wirtschaftskreise, die aus dem schon unter Ulmanis verstaatlichten Teil der Industrie kommen. Durch die vorübergehende Tätigkeit Valdmanis' als Vertrauensmann in Wirtschaftsangelegenheiten beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes sind diese Personen wieder als Direktoren für führende Unternehmungen und in lettischen Wirtschaftsstellen tätig. Zu diesem Kreis gehören u.a. der frühere Direktor der Bank Lettland Klive, Industrie-Direktor Bellc und der Preisinspektor Kikut. Der lettische Vertrauensmann von Dr. Kemna, Zegars, gehörte auch zu diesem Kreis, hat sich aber scheinbar mit seinen früheren Kollegen verfeindet. Allerdings ist anzunehmen, dass

er nach wie vor dieser Clique angehört und sich nur - mit stillem Einverständnis von Valdmanis - stärker an die deutschen Behörden anlehnt, um so über Vorgänge, die von Dr. Kamna bearbeitet werden, gut unterrichtet zu sein.

Der Generalkommissar hat ebenso wie sein Stabsleiter Bönning sich verschiedentlich dahingehend geäussert, dass er an eine Mitarbeit lettischer Verwaltungsstellen nicht glaube, sondern überzeugt sei, dass von Berlin aus die Besetzung der gesamten Verwaltung mit deutschen Beamten beabsichtigt sei. Der sich zur Zeit in Riga aufhaltende Baltendeutsche Harald Sievert, ein enger Vertrauter Rosenbergs, der seit langem in der Reichsleitung mitarbeitet, hat dagegen hier in Riga wiederholt erklärt, dass er es für richtig halte, die untere Verwaltung den Letten selbst zu überlassen, und durch die deutschen Stellen nur eine Kontrolle durchzuführen.

Vom Generalkommissar ist in der Berichtszeit die Anweisung ergangen, dass die Volksschulen am 15. Oktober ihre Arbeit aufzunehmen haben. Aus der Provinz wird gemeldet, dass fast sämtliche Schulen ihre Arbeit, was Lehrkräfte, Lehrbücher und Schulräumlichkeiten anbelangt, werden aufnehmen können. Schwierigkeiten bestehen

angeblich nur in Rositten. Dort sind neben 12.000 Einwohnern ca. 15.000 Mann Wehrmacht einquartiert.

In Riga sollen 60 Schulen die Arbeit aufnehmen, von denen aber 12 nicht arbeiten, weil die Wehrmacht die Räume besetzt hat. Auch die übrigen anderen Schulen sind bei der starken Belegung durch Wehrmacht gezwungen, den Unterricht in Vor- und Nachmittagsschichten abzuhalten.

Vom Generalkommissar sind 33 Schulbücher zugelassen, davon sind 20 bereits gedruckt. Deutsch wird von der 2.Klasse an als Lehrfach gegeben, in den oberen Klassen sind 5 bis 6 Stunden wöchentlich vorgesehen. Die deutschen Sprachkurse verlaufen befriedigend. Es ist vorgesehen, laufend ergänzende Fortbildungskurse zu veranstalten.

Der Generalkommissar hat die Anweisung gegeben, die nötigen Vorarbeiten für die Eröffnung der Gymnasien in Angriff zu nehmen.

Die russische Volksgruppe hat dem Reichskommissar ein Memorandum eingereicht mit der Bitte, auch den russischen Schulen die Aufnahme der Arbeit zu gestatten. Der Reichskommissar will seine Zustimmung geben, falls der Generalkommissar die Aufsicht übernimmt.

Die lettische Universität hat alle Vorarbeiten erledigt und kann jeden Augenblick die Vorlesungen beginnen. Es haben etwa 800 Studenten darum nachgesucht, ihre Abschlussprüfung ablegen zu dürfen. Die Universität hat etwa 400 Neuaufnahmen registriert.

Die Propagandastaffel setzt ihre Vorträge über den Nationalsozialismus in der Universität fort. Die Zuhörer, Lehrkörper und Studenten zeigen reges Interesse.

In Gerichtskreisen wird die endgültige Bestätigung der Ämter erwartet. Man hofft, dass auch jüngeren Kräften die Gelegenheit zur Arbeit geboten wird, um den fühlbaren Mangel an Juristen in der Provinz zu steuern. In den Kreisen der Richter und Staatsanwälte wird der Vermutung Ausdruck gegeben, dass in allernächster Zeit die Ämter von deutschen Juristen besetzt werden und die lettischen Richter und Staatsanwälte in den besetzten Gebieten in Russland zum Einsatz kommen sollen. Ein Teil der lettischen Juristen scheint nicht abgeneigt zu sein, im besetzten Russland tätig zu werden.

Die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der lettischen Ärzte lassen immer noch viel zu wünschen übrig. Auch heute noch beziehen Ärzte die Gehälter wie zur Bolschewistenzeit. Ein Arzt mit vollendeter Universitäts-[illegible] [illegible] bezieht für einen vollen Komplekt

d.h. 5 Arbeitsstunden in einer Poliklinik und Hausvisiten, 30.- RM monatlich. Nach fünfjähriger Praxis 35.- RM, nach zehn- und mehrjähriger Praxis 40.- RM. Die Direktoren der Krankenhäuser beziehen je nach Zahl der Betten ein höheres Gehalt. Zu diesen Gehältern tritt der jetzt eingeführte Teuerungszuschlag im Betrage von 24.- RM. Um existieren zu können, müssen sich die lettischen Aerzte noch Arbeit in einer anderen Poliklinik suchen und einen zweiten Arbeitskomplekt übernehmen, d.h. 12 und mehr Stunden täglich arbeiten. (Ein unqualifizierter Kraftwagenfahrer dagegen verdient heute 74.- RM).

Die von den Bolschewisten eingeführte Heilordnung in den Polikliniken und die Verabfolgung von Krankheitsunterstützungen ist schlecht und unzureichend. Sie bedürfen dringend einer Änderung. Das gleiche gilt für die Medikamentenfrage Die Apotheken, vor allem in der Provinz, sind ohne Heilmittel.

Am [illegible].10.41 wurde die in Lettland in russischer Sprache erscheinende Zeitung "Slovo" verboten. Da die Herausgabe einer Zeitung in russischer Sprache im Hinblick auf den starken nur russisch sprechenden Bevölkerungsteil in einigen Teilen Lettgallens und in Riga unbedingt notwendig ist, werden zur Zeit Verhandlungen über eine neue russische Zeitung geführt.

Neuerdings versucht eine neue Kulturbehörde, deren lettische Leitung in Riga, General [illegible]str.3, ihren Sitz hat und die sich in Anlehnung an die 'Kraft durch Freude'-Organisation in Deutschland "Erholung und Lebensfreude" nennt, aktiv in Erscheinung zu treten. Diese Institution hat als deutschen Leiter einen Herrn D r o s s e l, der als KdF-Gauwart in Deutschland gearbeitet haben soll und zur Zeit in der Wirtschaftsinspektion tätig ist.

Die lettischen Leiter für die einzelnen Abteilungen dieser Kulturbehörde sind:

Grinberg.	Leiter der Kultur-Abteilung
Mednis, Dirigent ..	Referent für Musik
Lapenieks, ehem.Filmregisseur ..	Referent für Film- u.Theaterwesen
Pakulis ...	Leiter für die Abteilung Kunst und Veranstaltungen.

Die Organisation "Erholung und Lebensfreude" trägt sich mit der Absicht, ein lettisches Volkstheater zu gründen. Das Theater soll sich dann aus folgenden drei Abteilungen zusammensetzen:

1. Kinder-Theater
2. Wanderbühne
3. Standort-Theater Riga.

Herr D r o s s e l ist bereits durch die Eröffnung des Frasquita-Varietes bekannt geworden. Die Darbietungen dieses Theaters sind minderwertig. Herr Drossel beabsichtigt

ein weiteres grosses Variete in Riga zu eröffnen. Das Niveau wird wahrscheinlich noch schlechter sein, da geeignete Kräfte fehlen.

Wie von der Propagandastaffel gemeldet wird, scheint von deutscher Seite die Absicht zu bestehen, in Riga zwei deutsche Bühnen zu errichten. So soll die Rigaer Oper bei teilweiser Beibehaltung des lettischen Künstlerpersonals als deutsche Bühne eröffnet werden. Den Letten soll die Erlaubnis erteilt werden, ein Nationaltheater zu eröffnen.

Am 5.10.41 fand in der Aula der Rigaer Universität ein Konzert des Reiter-Chores unter persönlicher Mitwirkung des Chordirigenten Reiter statt. R. beherrschte seinen Chor so gut, dass er auch die feinste musikalische Nuancierung vollendet zum Ausdruck brachte. Das Publikum , neben den Spitzen der Militär- und Zivilbehörden zum grossen Teil Wehrmachtsangehörige und lettische Intelligenz, spendete lebhaften Beifall und zwang den Dirigenten zu wiederholten Zugaben.

Die am 8.10.41 in der Rigaer Oper stattgefundene Premiere des "Fliegenden Holländers" war ein grosser Erfolg. Die Aufführung bot in musikalischer, chorischer, bühnenbildnerischer und gesanglicher Hinsicht eine hervorragend abgerundete

Gesamtleistung. Besonderen Anteil erwarb sich der Dirigent Reiter in der souveränen Beherrschung des erweiterten Orchester-Apparates, des Chors und der Gesangsolisten. Die Opernaufführung, welche zum ersten Male völlig deutsch gesungen wurde und sprachlich gut verständlich war, wurde von den anwesenden deutschen Wehrmachtsangehörigen und dem lettischen Publikum mit reichem Beifall bedacht.

Das am 9.10.41 in der Rigaer Oper aufgeführte Sinfoniekonzert, an welchem auch der bekannte deutsche Kammer-Virtuose Prof. Freund aus Berlin in einem Violinkonzert in hervorragender Weise teilnahm, stand völlig im Zeichen des grossen deutschen Tonheroen Beethoven. Die Leistungen des aus dem Opern- und Rundfunkorchester zusammengefassten Orchesterapparates unter der temperamentvollen Führung des jungen lettischen Dirigenten Wiegner waren als sehr gut zu bezeichnen. Das Publikum spendete während der musikalischen Darbietungen viel Beifall, der sich zum Schluss bei der gelungenen Interpretation der 5.Sinfonie Beethovens zu einem Begeisterungssturm steigerte.

Am 13.10.41 fand in der Aula der Rigaer Universität ein Kammermusikabend des Rigaer Konservatoriums statt. Zur Aufführung gelangten Werke von Mozart, Beethoven, Brahms und Bach. Die Gesamtleistung

der Mitwirkenden kann als gut bezeichnet werden. Etwas missverstanden wurde der Violinpart in der Matthäus-Passion von Bach. Hier schien der ausübende Geiger den deutschen Meister Bach vollkommen entstellt als eine Art russische Romanze vorzutragen.

Die Darbietungen der beiden Veranstaltungen "Erholung und Lebensfreude" am 11.10. und 13.10. in der Wallstrasse und in der Rigaer Oper waren im allgemeinen als durchschnittlich zu bezeichnen. Man merkte besonders bei den chorischen und musikalischen Vorträgen, dass hier keine Berufskünstler mitwirkten. Die Darbietungen waren fast durchweg dilettantenhaft. Lediglich einzelne Angehörige des Rigaer Opernballetts und einige Berufskünstler zeigten grösseres Können.

Im M i t a u e r Theater wurde mit gutem Erfolg Kalderons "Lügner" aufgeführt.

Das L i b a u e r Theater hat seine Tätigkeit ebenfalls schon aufgenommen.

Die Verwaltungsarbeiten für die Eröffnung des D ü n a b u r g e r Theaters sind in vollem Gange.

Der Leiter der Kulturdirektion befasst sich mit dem Gedanken der Gründung einer lettischen Kunstagentur, die eine Anstalt der schaffenden Künstler Lettlands zur Regelung des Autorenhonorars darstellen würde.

Die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Konservatoriums und der Kunstakademie wurde von der deutschen Propaganda-Abteilung bewilligt. Die endgültige Regelung über die Frage der aus dem Konservatorium entlassenen Lehrkräfte, welche von deutschen und lettischen Stellen gemeinsam getroffen werden sollen, steht noch bevor.

Die Uebernahme sämtlicher Textilfabriken, der Papier- und Zellstoffabriken, sowie mehrerer Grosschneiderein durch die "Ostlandfaser-GmbH" hat in lettischen (politischen und Wirtschafts-)Kreisen viel Aufsehen erregt. Lettischerseits sieht man in der Gründung der Ostlandfaser GmbH, die eine Tochtergesellschaft der durch den Vierjahresplan gegründeten Ostfaser GmbH in Berlin ist und an der sich in der Hauptsache die deutschen Selbstversorger der einschlägigen Wirtschaftszweige, wie z.B. die Wirtschaftsgruppe Textil, beteiligen, eine wirtschaftliche und zugleich auch politische Ausschaltung des Lettentums aus der Wirtschaft. Verstärkt werden diese Befürchtungen dadurch, dass auf dem landwirt-

-85-

landwirtschaftlichen Sektor unter Beteiligung des Reichsnährstandes und der Reichsgruppe Handel eine weitere Monopolgesellschaft im Entstehen begriffen ist, und zwar die "Ostland-Handels GmbH", die wiederum eine Tochtergesellschaft der Osthandels GmbH ist. Diese Gesellschaft soll u.a. die landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft "Turiba" übernehmen. Mit der Gründung dieser und auch weiterer Monopolgesellschaften würden die wichtigsten Wirtschaftszweige im ehemaligen Lettland von deutschen Gesellschaften übernommen. Dabei herrscht bei den Letten vielfach Unklarheit, wieweit die Letten als Mitarbeiter herangezogen werden.

Nach hier vorliegenden Mitteilungen sollen die Verwaltungen und Belegschaften der einzelnen Werke möglichst unberührt bleiben. Die lettischen Fabrikdirektoren und Betriebsleiter sollen - sofern die fachlichen Voraussetzungen gegeben sind- weiter auf ihren Posten belassen und von der Ostlandfaser übernommen werden.

Die Unzahl von Gerüchten, die im Zusammenhang mit der "Ostland" verbreitet werden, sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass von der Presse keine näheren Erläuterungen zur Gründung der Ostland-Faser gegeben wurden. Den interessierten lettischen Kreisen ist z.B. unbekannt, dass die "Ostlandfaser" nicht ein Unternehmen reichsdeutscher Privatinteressen, sondern ein Unternehmen des Vierjahresplanes ist.

-86-

Die ablehnende Haltung der Letten ist hauptsächlich dadurch zu erklären, dass sie sowohl ihre leitenden Posten in den betreffenden Industriezweigen als auch ihren Einfluss auf die örtliche Industrie zu verlieren glauben. Zur ersten Befürchtung muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass gerade die Werke, die durch die "Ostlandfaser" erfasst werden, bis vor wenigen Jahren - von einigen Ausnahmen abgesehen - gar nicht im lettischen Besitz waren, sondern Deutschen, Juden oder Engländern gehörten. Besonders nach der Umsiedlung der Baltendeutschen haben die Letten die früheren deutschen Betriebe übernommen und sind so mühelos zu guten Einnahmen gekommen. Da die Letten im allgemeinen als Unternehmer wenig Intiative aufwiesen, wurde die Grossindustrie schon vor der Bolschewisierung in der Form von Aktiengesellschaften, die Monopolcharakter hatten und an denen der Staat massgebend beteiligt war, von den Letten organisiert. Aus diesen Gründen ist der Einwand lettischer Kreise, dass man den früheren Unternehmern die Möglichkeit einer Privatisierung nehme, im allgemeinen nicht zutreffend. Der zweite Einwand, dass mit der Gründung der Monopolgesellschaften den Letten die letzte Möglichkeit einer Teilnahme an der Selbstverwaltung auf dem Wirtschaftssektor genommen wird, ist im grossen und ganzen richtig. Durch die noch bestehenden Industrie-

und Handelsdirektionen haben die Letten, die mit den Landesverhältnissen vertraut sind, einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Wiederaufbau der hiesigen Industrie geben können. Dadurch, dass die neuen Monopolgesellschaften aus der Zuständigkeit der Industrie- und Handelsdirektionen herausgehoben werden, wird tatsächlich dieser lettischen Selbstverwaltungsinstanz der Boden entzogen. Dieser Umstand hat bereits dazu geführt, dass der Leiter der Gruppe Handwerk in der Industriedirektion L e t t w i c h und der Leiter der Industriedirektion S ch w a n k s, die sich bisher vom Generaldirektorium bewusst distanzierten und eine Einmischung von F r e i m a n i s in ihren Dienststellen mit Unterstützung von Dr. Kemna ablehnten, neuerdings versuchen, die Fühlung mit Freimanis aufzunehmen. Sie haben sich dabei mit dem Stellvertreter von Dr. Kemna in der Versorgungs- und Verteilungsstelle, dem Letten Z a g a r s überworfen, da sie der Ansicht sind, dass Z. die lettischen Belange nicht genügend vertreten habe

Bei den früheren Besitzern der Kleinindustrie und der Handwerksunternehmungen, die jetzt meist als Angestellte den Betrieb weiterführen, macht sich die Tendenz bemerkbar, mit allen Mitteln die Reprivatisierung zu erreichen.

Wenn von vielen Seiten bisher die ungenügenden Transportmöglichkeiten als Ursache für die schlechte Marktbelieferung Rigas angesehen wurde, so kann dem nach den neueren Erfahrungen nicht mehr zugestimmt werden. Die Verhältnisse im Güterverkehr haben sich seit September wesentlich gebessert. Die Zahl der beladenen Waggons hat sich auf 400 täglich erhöht (ohne Wehrmachtstransporte). Wenn diese Zahl auch weit unter der Normalzahl liegt, so konnte dennoch beobachtet werden, dass gerade die Versender von Lebensmitteln die Versandmöglichkeiten der Bahn wenig ausnutzen. Die Marktzufuhr mit der Bahn nach Riga beträgt 1/5 bis 1/6 der in früheren Jahren zugeführten Lebensmittelmenge, obwohl der Kraftwagentransport so gut wie ganz ausgefallen ist. Diese Erscheinung ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Preiserhöhung für landwirtschaftliche Erzeugnisse durchaus nicht den erhofften Erfolg gehabt hat. Die Bauern haben das Vertrauen zum Geld als Sparmittel verloren und werden in ihrer Ansicht weiter bestärkt, weil sie keine Möglichkeit haben, in der Stadt Einkäufe zu machen. Die Preiserhöhung sollte den Bauern in erster Linie die Möglichkeit bieten, ihren Bestand an landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zu ergänzen. Augenblicklich [illegible] sie aber weder [illegible] notwendige Maschinenteile für Reparaturen und wichtige Verbrauchsgüter kaufen, wie Salz, Essig, Branntwein

Kerzen, Streichhölzer, Tabak und andere Waren

Auf dem Lande entwickelt sich eine umfangreiche Tauschwirtschaft, wobei man sich von der Geldwirtschaft möglichst fernhält. Es liesse sich zwar eine zwangsweise Ablieferungswirtschaft durchführen. In diesem Falle würde jedoch bestimmt die Qualität der Ware und im Endergebnis auch ein Teil der örtlichen Industrie (wie Leinen-, Leder- und Lebensmittelindustrie) darunter leiden. Die Eröffnung von Geschäften, in denen auch die Bauern einkaufen können, erscheint daher dringend notwendig.

Im Zusammenhang mit der Lebensmittelknappheit ist in Riga an den Chef der Abteilung Wirtschaft des Generalkommissars in Riga, Dr.Kemna, ein Vorschlag zur Erhöhung der Lebensmittelrationen eingebracht worden. Der Vorschlag geht im wesentlichen darauf hinaus, die Lebensmittelrationen dem Stande im Reich anzugleichen. Es sind insbesondere Zulagen für Schwerarbeiter vorgesehen. Die praktische Durchführung einer Erhöhung der Lebensmittelration wird jedoch erst dann möglich sein, wenn die Anlieferung nach Riga grösser wird.

C. Die Lage in E s t l a n d :

Das öffentliche Leben des Landes befindet sich nach wie vor in einem Zustand des Abwartens und des Ueberganges. Da das Eintreffen der Zivilverwaltung noch nicht abzusehen ist, sind grössere Entscheidungen nicht möglich. Dem passt sich auch die Einstellung der Bevölkerung an, die bei einem spürbaren Aufbauwillen und lebhafter Anteilnahme an allen notwendigen Massnahmen sich von selbst über die Lösung der dringendsten Probleme des Alltags nicht vorwagt.

Das Vertrauen in die Arbeit der deutschen Stellen ist nach wie vor gross. Es zeigt sich darin, dass die vorliegenden Schwierigkeiten, die z.Tl. - wie die Transport- und Rohstofffrage - recht beträchlich sind, mit Verständnis getragen werden. Auf politischem Gebiet bestehen keine Ambitionen auf staatliche Selbständigkeit mehr, obwohl die freundliche Erinnerung an die zwanzig Jahre eigener Staatlichkeit noch lebendig ist. Die breiten Massen zeigen sich verhältnismässig unpolitisch und hauptsächlich daran interessiert, möglichst bald eine Grundlage zur Einordnung des persönlichen Lebensbereichs in die künftige Entwicklung zu finden, deren Bestimmung durch deutsche Kräfte vorbehaltlos anerkannt wird.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung herrscht noch völliger Uebergangszustand Das öffentliche Leben wird teils durch Anordnungen der Wehrmachtsstellen, teils durch gesetzeskräftige Verordnungen der vom Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Nord eingesetzten Estnischen Selbstverwaltung, des sogenannten "Direktoriums" geregelt.

In der Rechtspflege sind bislang nur Strafgerichte mit einer Instanz eingeführt, die ihre Tätigkeit auf Grund des estnischen Strafgesetzbuches und der Estnischen Strafprozessordnung, wie sie vor dem 21.6.1940 gültig waren, aufnehmen. Ferner sind nach Sichtung durch den Direktor für das Gerichtswesen unter der Kontrolle des SD wieder Rechtsanwälte und Notare eingesetzt worden.

Die Einführung von Zivilgerichten, die gleichfalls das vor dem 21.6.40 gültige estnische Gesetz anwenden werden, wird vorbereitet. An sonstigen Organen der Justiz haben Gerichtsvollzieher und Grundbuchämter ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen.

Auf dem Gebiete der Verwaltung ist die Lage durch den allmählichen Abschluss der Tätigkeit der Militärverwaltung gekennzeichnet. Der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes Nord hat durch besonderen Erlass angeordnet, dass Reformen jeder Art nicht zu

den Aufgaben einer Militärverwaltung gehören, also auch von der vom Befehlshaber abhängigen Estnischen Selbstverwaltung nicht in Angriff genommen werden dürfen. Dies wird sich auf die Dauer gesehen naturgemäss hemmend auswirken. Erst die baldige Einsetzung der politischen Verwaltung (Generalkommissar) wird die Lösung vieler mit dem jetzigen Uebergang verbundenen Schwierigkeiten bringen können. Es ist zu befürchten, dass bei längerem Anhalten des jetzigen Schwebezustandes Schäden eintreten, die später nur schwer behoben werden können. Auch die estnische Bevölkerung, die sich im allgemeinen sehr zurückhaltend und abwartend über die politische und wirtschaftliche Gestaltung der Zukunft äussert, hofft auf die baldige Einsetzung der Zivilverwaltung.

Nach dem Abflauen der ersten Begeisterung über die Befreiung durch die deutschen Truppen macht sich nun ein allmähliches Anwachsen des estnischen nationalen Selbstgefühls bemerkbar, das sich, ohne zur Deutschfeindlichkeit zu neigen, in einer steigenden Betonung des Eigenen, besonders wo Esten unter sich zusammen sind, äussert. Andererseits zeigt es sich jetzt, dass sich die feindliche Einstellung dem Bolschewismus gegenüber auch auf diejenigen Russen ausdehnt, die schon lange im Lande wohnen und selbst nicht als Kommunisten anzusprechen sind.

Diese Entwicklung des estnischen Nationalgefühls in kultureller und folkloristischer Hinsicht steht am Anfange und äussert sich häufig nur im Unbewussten. Fest steht, dass in dieser Beziehung ein starkes Eigenständigkeitsgefühl vorhanden ist. Die Bereitschaft, - vor allem bei allen zur Zeit irgend führend tätigen Esten -, sich in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eng in den grossgermanischen Lebensraum unter deutscher Führung einzufügen, wird dadurch nicht beeinträchtigt. Das starke Bewusstsein des kulturellen Eigenwertes kommt wohl am nächsten der Einstellung, wie sie in manchen süddeutschen Gauen bestand und zum Teil noch besteht. Gleichzeitig sind aber die Esten geneigt, auch auf kulturellem Gebiet Schöpfungen des deutschen Volkes zu pflegen und aufzunehmen. Sie betonen aber dabei, mindestens unausgesprochen, dass sie "auch etwas zu bieten haben".

Die stärkste völkische Minderheit in Estland ist die russische. In der kleinbäuerlichen russischen Bevölkerung in den Grenzgebieten ist die Sympathie für den Kommunismus noch unverändert. Von der städtischen Intelligenz, die sich vorwiegend aus "weissrussischen " Emigranten rekrutiert, lässt sich dies nicht sagen, jedoch tritt nun zutage, dass in diesen Kreisen unter der Bolschewistenherrschaft die Auffassung stark verbreitet gewesen ist,

der Bolschewismus habe im Laufe der Zeit sein Gesicht gewandelt und es habe eine evolutionäre Entwicklung eingesetzt, an deren Ende man ein wiedergenesenes "Mütterchen Russland" erhofft. Besonders die Person von Molotow ist in diesem Zusammenhang oft und gern als die eines innerlich nationalen Russen genannt worden.

Über die örtlichen Schweden liegen noch keine ins einzelne gehenden Meldungen vor. Ihr Eigenleben konzentriert sich zur Zeit fast ausschliesslich auf das kirchliche Gebiet. Durch Umsiedlungen hat die in dem von den Sowjets zum Festungsbezirk erklärten Gebiet ansässige Volksgruppe stark gelitten.

Weniger von rassenpolitischen Gesichtspunkten ausgehend, als aus der Erinnerung an eine in der Bolschewistenzeit und auch noch jetzt bewiesene Haltung zeigt sich die estnische Bevölkerung in den Grenzgebieten äusserst ablehndnd dem örtlichen Russentum gegenüber. Immer wieder wird seine Umsiedlung nach Osten verlangt. Vom Rassenpolitischen her gesehen ist dieses Verlangen insoweit bedeutsam, als es sich hier um einen rassisch den Esten unterlegenen Bevölkerungsteil handelt, der durch seinen beachtlichen Geburtenüberschuss starke Ausdehnungstendenzen in den rein estnischen Teil zeigt.

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, das zur Zeit vom Estnischen Sozialdirektorium nach reichsdeutschem Muster reorganisiert wird, wirkt sich die Verminderung des Aerztebestandes in den letzten zwei Jahren aus. Durch Umsiedlung nach Deutschland und Verschleppung nach der USSR ist die Zahl von 974 (1939) auf heute 616 gesunken. Die Aerzteschaft ist heute fast ausschliesslich an Kliniken und Heilanstalten beschäftigt. Für die Praxis kommen nur wenige in Betracht. Ein eigentlicher Aerztemangel besteht jedoch nur auf dem flachen Lande. Eines der wichtigsten Probleme der heutigen Gesundheitsführung in Estland ist die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die in der Zeit der Sowjetherrschaft eine Zunahme erfahren haben.

Im Mittelpunkt der Betrachtungen der estnischen Hochschulkreise steht die Frage der Wiedereröffnung der Universität Dorpat und der Technischen Hochschule in Reval. Z.Zt. ruht der Lehrbetrieb an beiden Anstalten. Das wissenschaftliche Personal sieht sich auf die Forschungsarbeit in den Instituten angewiesen. Da bis jetzt amtlich noch nichts über das weitere Schicksal der beiden wissenschaftlichen Lehranstalten bekanntgegeben worden ist, werden von den Universitätskreisen immer wieder Vorstösse unternommen, um namentlich die Eröffnung der Universität Dorpat wieder zu erreichen.

Durch Besprechungen mit dem Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft beim Reichskommissar fuer das Ostland, Prof. S p o h r, ist dem Rektor der Universität Dorpat und seinen führenden Mitarbeitern bekannt, dass Spohr folgendes plant:

a) Schaffung einer Uebergangs- und Abwicklungszeit für alle Hochschulen im Reichskommissariat Ostland mit dem Abwicklungstermin 15.1.1943.

b) Im Zusammenhang damit beschleunigte Wiedereröffnung der Universität Dorpat mit Beschränkung auf beide oberste Jahrgänge (letzte Semester) und mit dem Ziel raschen Studienabschlusses.

c) Von Januar 1943 ab Aufbau einer völlig neuen Universität unter deutscher Führung, als gemeinsame Universität aller vier ostländischen Generalkommissariate und mit dem Auftrag kultureller Ausstrahlungen nach den benachbarten nordischen Ländern (Finnland, Schweden). Den vier Völkern des Reichskommissariats Ostland sollen hierbei folkloristische, sprachwissenschaftliche und kulturelle Lehrstühle überlassen werden.

d) Ausgliederung der theologischen Fakultät und ihre Verselbständigung zu einer Theologischen Hochschule

c) Studium jüngerer Lehrgänge ab sofort im Reich.

Der Rektor der Universität Dorpat, Prof. Kant, hat sich auf Wunsch Spohr's zur Uebernahme der Leitung und Verantwortung für den Uebergangszustand bereit erklärt, obwohl er früher ein besonderer Anhänger der estnischen Eigenstaatlichkeit und der Pflege der Beziehungen zu Finnland war. Es besteht der Eindruck, dass er den ihm übertragenen Auftrag - sobald die von Spohr angestrebte Regelung durch Verordnung festgelegt ist - loyal durchführen wird. Bei den personellen Säuberungsaktionen der Aussenstelle Dorpat der Sicherheitspolizei und des SD in den stark liberalen und bolschewisierten Universitätskreisen, bei denen bisher rund ein Drittel des Personalbestandes entfernt wurden, hat Kant grösstes Verständnis und aktive Mitarbeit gezeigt.

Auf dem Gebiete des Schulwesens stellt eine wichtige Frage die des Lehrpersonals dar. Da zur Zeit der Sowjetherrschaft viele Lehrer sich durch die Ausübung des Unterrichts in vorgeschriebenem Sinne (gewöhnlich unter Zwang) vor ihren Schülern exponiert haben, werden Versetzungen und

Ausscheidungen erforderlich. Die beschleunigte Durchführung dieser Massnahmen wird bedingt durch die Notwendigkeit, die beschäftigungslos in hohem Masse sich selbst überlassene Jugend umgehend wieder einer festen Lenkung zuzuführen, um den sich aus Zeit und Umständen ergebenden schädlichen Einflüssen, namentlich in krimineller Hinsicht, zu steuern.

Als altes Einflussgebiet deutscher Kultur ist Estland reich an Kulturdenkmälern, die für deutsche Geschichtsforschung und Kunstpflege unersetzliche Werte darstellen. Wenn auch ein Teil dieser Kunstschätze von den Bolschewisten verschleppt worden ist, so ist der wertvollste Teil erhalten geblieben und auch von den Kriegshandlungen nicht versehrt worden. Nicht zuletzt hat sich hier in zahlreichen Fällen die Treue estnischer Museums- und Archivbeamter zu den ihnen anvertrauten Kulturwerten in positivem Licht gezeigt, indem z.B. die Objekte vergraben oder sonst versteckt und so vor dem Zugriff der Sowjets gerettet wurden.

Die estnische Presse beschränkt sich z.Zt. auf in den grösseren Städten erscheinende einzelne Mitteilungs- und Informationsblätter. Von der Estnischen Selbstverwaltung wird die Herausgabe einer grossen politischen Tageszeitung geplant, um den Grund zu einer systematischen Propaganda- und Aufklärungsarbeit zu legen.

Ausser der Presse stellen z.Zt. die einzigen Propagandamöglichkeiten Funk und Film dar. Um den zerstörten Gross-Sender Turgel (Türi) zu ersetzen, ist aus dem Reich ein fahrbarer Sender in gleicher Stärke herangeholt worden.

Innerhalb der Bevölkerung besteht ein starkes Bedürfnis nach deutscher Literatur, die geeignet ist, Aufklärung über die wichtigsten deutschen Lebensprobleme und ihre Behandlung im Reich zu geben. Deutsche Zeitungen sind sehr begehrt und werden sofort nach Erscheinen im Handel ausverkauft.

In Nordestland ist durch die Kriegshandlungen die Einbringung der Ernte um etwa einen Monat aufgehalten worden, z.Zt. aber bereits überall abgeschlossen. Schwierigkeiten bestehen bei der Beschaffung von Treibstoffen für die beim Drusch notwendigen Motoren. Bei der Kartoffelernte haben sich die vorzeitigen Fröste der letzten Tage insoweit schädigend ausgewirkt, als die noch einzubringenden Kartoffeln nur noch für die Spritherstellung verwendbar sein werden.

Eine grosse Schwierigkeit bedeutet für die Bauern die Beleuchtungsfrage. Da die ländlichen Wirtschaften in der Regel keinen elektrischen Strom, sondern Petroleum zu

Beleuchtungszwecken verwenden, macht sich der Mangel an diesem Stoff empfindlich spürbar. Verschiedene Verrichtungen müssen unterlassen werden. So wird z.B. in manchen Gegenden statt dreimal nur zweimal am Tage gemolken, was praktisch einen Ausfall von 10 % der Milchproduktion bedeutet.

Das brennendste Problem auf dem Lande stellt die Regelung der Besitzverhältnisse dar, die durch die bolschewistische Nationalisierung vollkommen verwirrt worden sind. Hier stehen sich Altbauern und neuangesetzte Siedler gegenüber, wobeidie Furcht der letzteren, das ihnen von den Sowjets übereignete Land bald wieder abtreten zu müssen, sich hemmend auf ihre Arbeitsleistung auswirkt.

Auf dem Arbeitsmarkt stellt die dringlichste Frage der Einsatz der arbeitslosen Frauen dar. Die Zahl der arbeitslosen Männer nimmt täglich ab und beträgt in Reval z.B. nur etwa 2.000 gegenüber rund 18.000 arbeitslosen Frauen. Das Überwiegen der letzteren ist bedingt durch die tiefen Lücken, die die Verschleppungsaktionen der Sowjets in der männlichen Bevölkerung hervorgerufen haben. Man plant, die beschäftigungslosen Frauen auf das Land zu verteilen, um die Städte für den Winter zu entlasten. Es wird die Einführung einer Art von Arbeitsdienstpflicht erwogen.

CONTINUED

TOP

Film Identification

Century

A&P

1303 Geneva Avenue
St. Paul, MN 55119

PRECISION[SM] RESOLUTION TARGETS

LEFT

RIGHT

150 MM

6″

PA-3 8½″x11″ PAPER PRINTED GENERAL TARGET

END

FOND 500

OPIS 4

FOLDER 93

CONTINUED

Arbeitslosenunterstützungen werden kaum gezahlt. Die Hauptlast der sozialen Fürsorge liegt auf der jüngst begründeten "Estnischen Volksgemeinschaftshilfe", die durch freiwillige Sammlungen, so durch eine z.Zt. laufende "Opferwoche" , die Mittel aufzubringen sucht. Bis jetzt sind die Eingänge jedoch bisher verhältnismässig gering geblieben. An Bargeld sind insgesamt etwa 50.000 Mark eingekommen

Das Interesse der Arbeiterschaft konzentriert sich neben der vielbesprochenen Preis- und Lohnfrage auf die Probleme der Versicherung, Ueberstundenentlohnung, Sonntagsarbeit und ärztlichen Hilfe, die noch nicht grundsätzlich angeschnitten worden sind.

Ein starkes Hindernis für den Aufbau der Industrie bedeutet das Fehlen von Kraftstrom, da die Wiederherstellung der meist zerstörten Kraftzentralen längere Zeit in Anspruch nimmt und z.Zt. nur in beschränktem Umfang eine Stromversorgung möglich ist. Vor Ende Januar 1942 wird nicht mit der vollen Arbeitsaufnahme der Elektrizitätswerke gerechnet.

Für die wieder betriebsfähigen Fabriken, so in der Leder-, Textil- und Papierindustrie, stellt das Hauptproblem die Beschaffung von Rohstoffen dar. Sollte dies in absehbarer Zeit, sobald die Vorräte erschöpft sind,

nicht gelöst werden, muss hier die Arbeit eingestellt werden. Die früher ansehnliche Zellstoffindustrie des Landes ist völlig zerstört. Gute Aussichten für eine zukünftige Entwicklung haben die Phosphor- und die Oelschieferindustrie, die weitgehende Ausbaumöglichkeiten aufweisen, ebenso die Baustoff- und die Torfindustrie, letztere insoweit, als fehlende Maschinen und Arbeitskräfte zu beschaffen sind.

Ausser Lebensmittelhandlungen sind die Ladengeschäfte noch immer geschlossen, sodass praktisch von einem Handel nicht gesprochen werden kann. Die Warenknappheit begünstigt namentlich auf dem flachen Lande das Aufblühen eines Tauschhandels. Es mangelt besonders an Petroleum als Treibstoff und Beleuchtungsstoff.

Auf dem Gebiete des Handwerks gibt die Auflösung der kollektivistischen sog. "Artels" dem einzelnen Handwerker seine Selbständigkeit wieder. Soweit Arbeitsmaterial vorhanden, sind die Handwerker vollauf beschäftigt. Gewisse Schwierigkeiten bereiten noch die vorgeschriebenen Festpreise, die vom Gewerbetreibenden als zu niedrig empfunden werden.

Eine der grössten Schwierigkeiten beim Wiederaufbau bedeutet der umfassende Mangel an Transportmitteln, dem erst allmählich Abhilfe geschaffen werden kann. Die Eisenbahn hat bereits mit dem beschränkten Güterverkehr begonnen. In Reval rollen durchschnittlich täglich 100 Waggons an, zum grössten Teil mit Lebensmitteln.

Zur Entlastung der Eisenbahn wird in den nächsten Tagen ein regelmässiges Ueberlandverkehrsnetz eingerichtet, das teils mit Kraftwagen, zum grössten Teil als eine Art von Naturallast von den örtlichen Pferdebesitzern bedient werden wird. Es ist daran gedacht, in regelmässig befahrenen Linien eine reibungslose Warenverteilung sicherzustellen.

Wenn auch der grösste Teil der Banken wieder arbeitet, zeichnet sich der Geldmarkt durch fast völliges Fehlen an Barmitteln aus. Ueber die Feldkommandanturen und das Wirtschaftskommando werden den Selbstverwaltungen Darlehen zur Verfügung gestellt. Sie stellen deren fast einzige Einnahme dar, denn die einlaufenden Steuersummen halten sich in geringster Höhe. Schwierigkeiten, die interne Bestimmungen der Reichskreditkassen in Bezug auf die Finanzierung der estnischen Selbstverwaltung machen, sollen z.Tl. durch Berliner Besprechungen behoben werden. Die

Steuern des früheren estnischen Staates bzw. der UdSSR können nicht beibehalten werden, da die Verhältnisse sich zu sehr geändert haben. Seitens der estnischen Selbstverwaltung wird ein neues Steuersystem ausgearbeitet, innerhalb dessen die Kopfsteuer jährlich 2 Mill. RM, die Grundsteuer 1 1/2 Mill. RM ergeben soll. Ferner wird eine Verbrauchssteuer eingeführt. Vom alten System werden die Boden-, Tabak- Sprit- und Umsatzsteuer beibehalten. Einnahmen am Zoll- und Spritmonopol sind entweder weggefallen oder stark vermindert. Es wird angenommen, dass der Gesamtunterschuss für 1941 sich auf rund 10 Mill. RM belaufen wird.

E. Die Lage in W e i s s r u t h e n i e n .

Die Einsatzgruppe A hat das Gebiet des Generalkommissariats Weissruthenien übernommen, ohne dort irgendwelche Unterlagen, Berichtsmaterial, Mitarbeiter usw. vorzufinden. Sowohl die Dienststelle in Minsk als auch die in Baranowitschi hat ohne wesentliche Orientierung durch die Vorgänger sich völlig neu einarbeiten müssen und eine gewisse Zeit gebraucht, um die Verhältnisse zu übersehen.

Deshalb muss bezüglich der Lage auf den Lebensgebieten auf die vermutlich beim Reichssicherheitshauptamt vorhandenen Berichte der Einsatzgruppe B über dieses Gebiet hingewiesen werden. Weiter wird verwiesen auf einen unmittelbar von der Dienststelle Minsk des Ek 1b an das RSHA abgesandten Bericht.

Das Generalkommissariat Weissruthenien ist vorwiegend vor die Schwierigkeit zweier Probleme gestellt, nämlich:

1.) der schwierigen Situation in der Volkstumsfrage,
2.) der immer wieder auftretenden kommunistischen Banden- und Partisanengruppenbildung.

Der Raum, der zum grossen Teil lange unter polnischer Herrschaft stand, zeigt merkliche Einflüsse polnischer Kultur und Gedankenwelt. Trotzdem sehr viele Juden noch dort leben, bilden nicht diese, sondern zweifellos die Polen die akute Gefahr. Der Pole unterscheidet sich von den dort lebenden Weissruthenen und Grossrussen durch seine Intelligenz, sein Nationalbewusstsein und seine Abhängigkeit von der römisch-katholischen Kirche. Die deutschen Verwaltungsstellen haben aus naheliegenden Gründen ebenso wie die Wehrmacht zur Hilfeleistung auf Polen zurückgreifen müssen, und es hat sich bisher in jedem Falle herausgestellt, dass die Polen und auch die Weissruthenen, die röm.katholischen Glaubens sind, keineswegs als irgendwie zuverlässig gelten können.

Eine Organisierung einer Widerstandsbewegung, ähnlich der des Generalgouvernements oder anderer polnisch-nationaler Organisationen, wird dadurch verhältnismässig erleichtert, dass die Eisenbahnbeamten, die die Züge ins Generalvouvernement begleiten, fast durchweg Polen sind.

Ueber die Gesamtlage auf den Lebensgebieten im Generalkommissariat Weissruthenien wird in Kürze noch berichtet.

Jüdischer Einfluss auf die Lebensgebiete im Ostland.

Bei der Feststellung und Beurteilung des jüdischen Einflusses im Ostland müssen folgende Punkte beachtet werden:

1.) In den drei baltischen Staaten hat sich der Einfluss des Judentums erst nach der Machtübernahme des Bolschewismus entscheidend zur Geltung gebracht. Vorher war die Lage der Juden in den drei Staaten Litauen, Lettland und Estland verschieden. Im Nachstehenden werden diese Staaten deshalb auch getrennt behandelt.

2.) Während sich für die Zeit der Selbständigkeit der drei Staaten Litauen, Lettland und Estland statistische Unterlagen vorfinden oder erarbeiten liessen, ist während der bolschewistischen Zeit vom Juni 1940 bis zum Ausbruch des Ostkrieges statistisches Material nicht vorhanden.

3.) Im altsowjetrussischen Teil des Gebietes Ostland sind bei der Stellung, die der Jude im Bolschewismus hatte, ebenfalls statistische Unterlagen nicht vorhanden. Die für diesen Raum getroffenen Feststellungen beruhen zum grossen Teil auf

Aussagen unterrichteter Personen, die in Altsowjetrussland gelebt haben und die Verhältnisse dort kennen. Nur zum kleineren Teil konnte vorgefundenes Aktenmaterial ausgewertet werden.

A. Der Jude in L i t a u e n .

In der Zeit des unabhängigen Litauens haben die Juden eine beherrschende Rolle in der Politik im allgemeinen nicht gespielt. Auf dem Wege über die Wirtschaft und über gesellschaftliche Beziehungen war ihr Einfluss auf das öffentliche Leben jedoch in den Jahren von 1918 bis 1926 recht bedeutend. In den damaligen litauischen Kabinetten befand sich jeweils ein jüdischer Minister für jüdische Angelegenheiten, trotzdem die jüdische Fraktion im damaligen Parlament nur etwa 5 bis 6 Sitze innehatte. In der allgemeinen Politik waren Juden nur als Viceminister tätig, z.B. der Jude Dr. Rachmibewitsch als Viceminister für Finanzen, Handel und Industrie, der Jude Dr. Rosenblum als Vice-Aussenminister.

Nach dem politischen Umsturz im Jahre 1926 in Litauen, als die Partei der "Tautininkai", die judenrein war, die Macht übernahm, verschwanden die Juden ganz von der politischen Rampe. Auch die Parlamente der Jahre 1931 bis 1940 hatten keinen jüdischen Abgeordneten mehr. Innerhalb der litauischen Beamtenschaft gab es kaum Juden.

Auch ein stärkerer Einfluss auf kulturellen Gebieten war nicht festzustellen. Die Universität in Kaunas hatte einen jüdischen Professor und wenige Dozenten. Der Rundfunk, der bis zum Jahre 1926 ab und zu jüdische Sendungen gab, war später völlig judenrein Das litauische Schulwesen beschäftigte jüdische Lehrer nicht. Die Juden hatten dagegen während der ganzen Zeit ein gut organisiertes eigenes jüdisches Schulwesen in Litauen. - Während auch in den litauischen Theatern mit Ausnahme einiger jüdischer Orchestermitglieder kaum Juden beschäftigt waren, bestand in Kauen ein privat betriebenes, sehr gut besuchtes jüdisches Theater.

Bis zum Einmarsch der Bolschewisten war der Einfluss der nach einer Zählung vom Jahre 1923 in Litauen lebenden 153.743 Juden, die damit 7.58 % der Gesamtbevölkerung darstellten, insbesondere auf die Wirtschaft beschränkt. Der Handel mit Holz, Getreide, Textilien, Leder, Tabak, Petroleum und verschiedenen Lebensmitteln lag fast völlig in ihrer Hand. Bis zum Jahre 1931 gehörten über

70 % der litauischen Juden dem wohlhabenden Mittelstande, der sich aus Industriellen, Kaufleuten, Händlern und freien Berufen zusammensetzte, an. - Die seit 1931 mit staatlicher Förderung eingerichteten Wirtschaftstruste und Genossenschaften ergaben eine starke Konkurrenz gegen den fast völlig verjudeten Einzelhandel und bewirkten, dass von diesem Jahre ab die Zahl der jüdischen Handarbeiter und Handwerker ständig zunahm. Gleichzeitig nahm die Zahl der jüdischen Mitglieder legaler oder illegaler marxistischer Organisationen zu.

Die Verhältnisse in dem ehemaligen polnischen Gebiet um Wilna und der Stadt Wilna selbst waren, abgesehen von dem prozentual höheren Anteil der Juden in der Gesamtbevölkerung, gleich. Die Stadt Wilna selbst hatte bei 208.000 Einwohnern im Jahre 1938 80.000 Juden.

Nach dem Einmarsch der Bolschewisten in Litauen fanden sich die vielen schon vorher illegal für den Bolschewismus arbeitenden Juden schnell mit den neuen Herren zusammen. Das Wirtschaftsressort des Zentralcomitees der Kommunistischen Partei kam sofort unter die Leitung des Juden Schmerl-Meinin. Auch an die Spitze der übrigen Ressorts traten fast durchweg Juden. Sie führten in der Hauptsache die

Nationalisiğerung und Enteigung durch und sorgten dafür, dass der grösste Teil der jüdischen Kaufleute und Industriellen als Direktoren ihrer früheren Betriebe verblieben. Auch die Direktoren der nationalisierten Betriebe, die früher nicht in jüdischem Besitz waren, wurden Juden.

Vor der bolschewistischen Zeit schon hatten sich in Litauen vereinzelt antisemitische Strömungen gezeigt, die jedoch nicht beachtenswerte organisatorische Formen annahmen. Der einzelne Litauer duldete im allgemeinen den Juden nur als Wirtschaftspartner, soweit er nicht überhaupt wirtschaftlich vom Juden abhängig war. Mischehen haben zwischen Litauern und Juden nur selten stattgefunden. Die Tatsache, dass mit der Bolschewisierung Litauens gleichzeitig der Jude im öffentlichen Leben beherrschend auftrat, hat beim Litauer einen starken Antisemitismus hervorgerufen, der weite Kreise des litauischen Volkes ergriff und nach dem Einmarsch der deutschen Truppen Formen annahm, wie sie beim deutschen Antisemitismus nie gesehen wurden. Es fanden überall Progrome statt, und die Bereitwilligkeit der litauischen Bevölkerung, an der schnellen Befriedung des Landes mitzuhelfen, war sehr gross. Bei den Befriedungsarbeiten ergab sich einwandfrei, dass der grösste Teil der bolschewistischen Funktionäre auf allen Gebieten jüdisch war, und dass die Macht-

übernahme des Bolschewismus in Litauen von den Juden nicht nur begrüsst, sondern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert worden war.

Im Wilnagebiet tritt im Blick der litauischen Bevölkerung die Judenfrage trotz ihrer grossen Zahl hinter dem polnischen Problem zurück. Das stärkste Argument der litauischen Bevölkerung im Wilnagebiet gegen die Polen ist das teilweise sehr enge Zusammengehen mit den Juden.

B. Der Jude in L e t t l a n d .

Während es in Litauen schon im Jahre 1620 Judensiedlungen gab, sind in Lettland bzw. im damaligen Livland erst Anfang des 18. Jahrhunderts die ersten Juden eingewandert. Im Jahre 1728 gab es in Riga bereits 19 jüdische Familien mit zusammen 60 Personen. Im Jahre 1867 wurden in Riga 5.254 Juden = 5,1 % der Bevölkerung, im Jahre 1935 43.672 Juden = 11,3 % der Bevölkerung gezählt.

Im damaligen Herzogtum Kurland traten Juden etwas früher auf, und es hat sich dort auch frühzeitig der Begriff des "Hofjuden" entwickelt. 1797 wurden 3.685 männliche Juden, die

als Hofjuden auf den Schlössern der Gross-
grundbesitzer beschäftigt wurden, gezählt.
In Kurland gab es vor dem Weltkrieg etwa
50.000 Juden. Diese Zahl verringerte sich
durch die Abschiebungen in das Innere Russ-
lands während des Weltkrieges auf etwa 20.000.

Lettgallen, der Teil Lettlands, der am läng-
sten unter polnischer Herrschaft stand, hatte
im Jahre 1856 etwa 18.000 Juden, im Jahre
1897 wurden bereits 63.851 gezählt. Aus die-
sem Gebiet ist nach dem Weltkrieg eine starke
Abwanderung nach Riga, nach Polen und nach
Deutschland zu beobachten gewesen, sodass
nach der Volkszählung von 1935 in Lettgallen
nur noch 28.000 Juden lebten.

Die Gesamtzahl der Juden in Lettland betrug
im Jahre 1935: 93.479 oder 4,79 % der Be-
völkerung.

Anlg.16

Ähnlich wie in Litauen spielten die Juden
in Lettland vor der Zeit des Bolschewismus
nur auf wirtschaftlichem Gebiet eine Rolle.
Ihr Einfluss auf die Politik geschah indi-
rekt durch wirtschaftliche und gesellschaft-
liche Beziehungen. Ulmanis, der Diktator
Lettlands, war befreundet mit dem Juden D
Dubin, der als einflussreichster Jude galt
und den politischen Einfluss des Judentums
personifizierte. Das lettische Judentum
war im allgemeinen zionistisch ausgerichtet

-114-

und hat im Gegensatz zu Litauen keinen so grossen Einfluss auf die illegale marxistisch-bolschewistische Strömung gehabt, sondern den aussenpolitischen englandhörigen Kurs auch in ihren eigenen Reihen gestützt. - Im Parlament waren die Juden in den Jahren 1932 bis 1934 durch 3 bis 5 Abgeordnete vertreten.

Anlg.17

Ueber die Verteilung der Juden auf die einzelnen Berufe gibt Anlage 17 Auskunft.

Bei der bolschewistischen Machtübernahme in Lettland im Juni 1940 trat im Gegensatz zu Litauen zunächst nicht so sehr der einheimische Jude in Erscheinung. Die aus Sowjetrussland kommenden Funktionäre waren jedoch in der Hauptsache Juden, die sofort begannen, ihre Rassegenossen in Lettland zu schulen und die Zionisten auszuschalten. Ausser wenigen bekannten lettischen Kommunisten wurden in die meisten öffentlichen Stellungen Juden eingesetzt. Es sind in der bolschewistischen Zeit in Lettland eigentlich nur da, wo hohes technisches Können erforderlich war, Letten in ihren Stellungen geblieben, und auch dann nur in untergeordneten Stellen und mit kleinerem Einkommen. Vor 1940 gab es in Lettland keine Juden, die Staatsbeamte oder überhaupt in der Staatsverwaltung tätig waren. In der Sowjetrepublik Lettland waren sehr schnell alle einträglichen und einflussreichen Staatsstellungen in der Hand der Juden. Im übrigen

wurde aus den Personalregistern der Polizei-, Gerichts- und Einwohnermeldebhörden in Lettland alsbald die Frage nach der ethnologischen Herkunft und Muttersprache gestrichen.

Interessant sind die Zahlen dernach den bisherigen Feststellungen von der NKWD während der bolschewistischen Herrschaft in Lettland drangsalierten Letten usw. Die Gesamtzahl der verhafteten und nicht wieder entlassenen Personen in Lettland beträgt 27.768. Davon waren 22.825 Letten, 2.665 Russen, 787 Polen und 227 Deutsche und 810 Uebrige, unter diesen auch die wenigen Juden.

Der Jude war zur Zeit der lettischen Selbständigkeit von der Laufbahn des Gerichtsbeamten vollständig ausgeschlossen. In der bolschewistischen Zeit ist die Hälfte der Richter Juden gewesen, in den höheren Instanzen - insbesondere in dem Tribunal - betrug die Zahl der jüdischen Richter bis zu 80 %. Im Freistaat Lettland waren 19,6 % der Rechtsanwälte Juden, nach einem halben Jahr bolschewistischer Herrschaft 32,7 %. Der prozentuale Anteil der Juden an der Zahl der Studenten der juristischen Fakultät der Universität Riga stieg von 3 auf 21,8 %

Die Tatsache, dass im Freistaat Lettland der Jude verhältnismässig wenig offen spürbaren Einfluss auf die kulturellen Lebensgebiete hatte, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Letten eifersüchtig

darüber wachten, dass die eigene lettische Kultur, die von ihnen künstlich auf Grund von Fälschungen und Nachahmungen usw. aufgerichtet wurde, in keiner Weise Beeinträchtigung erfuhr. In Wirklichkeit war das ganze lettische Kulturleben ein Wettstreit zwischen deutschen, westeuropäischen, russischen und jüdischen Kultureinflüssen. Dem Bolschewismus gelang es schnell, diese lettischen Kulturbestrebungen auszuschalten und, ohne allerdings bei dem Hauptteil der lettischen Bevölkerung Anklang zu finden, die rein kommunistische Linie durchzusetzen. Träger dieser Kulturbestrebungen waren durchweg eingewanderte oder einheimische Juden, die auch sofort nach der bolschewistischen Machtübernahme in die leitenden Stellen der lettischen Presse kamen.

Lettland hatte früher eigene Schulen für sämtliche nationalen Minderheiten und ein gut ausgebautes lettisches Schulwesen. Es gab im Jahre 1933 bei 1.502 lettischen Grundschulen 100 jüdische Grundschulen. Beim Einmarsch der deutschen Truppen war das Verhältnis 1.190 : 41. Gymnasien gabe es 1933: 55 lettische und 14 jüdische, beim Einmarsch der deutschen Truppen: 50 lettische und 10 jüdische. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nach der bolschewistischen Machtübernahme sofort sämtliche Schulen jüdische Kinder aufnehmen mussten und jüdische Lehrer erhielten. Dafür wurde ein Teil der jüdischen

Schulen sowie aber auch ein Teil der lettischen Grundschulen aufgelöst.

Bei den Rigaer Hochschulen waren immatrikuliert:

im Wintersem.1939/40:	6.418 Letten,	430 Juden	
" " 1940/41:	6.271 "	778 "	.

Das bekannte Rigaer Konservatorium hatte

1933/34:	208 lettische und	55 jüdische	Schüler
1940:	273 " "	124 "	"

Die Lehrkräfte des Konservatoriums waren zuletzt fast ausschliesslich Juden, nachdem ein grosser Teil der lettischen Lehrkräfte entlassen worden war. Diese Juden waren zum Teil nicht einmal Fachkräfte. Praktisch wurde das Konservatorium in der bolschewistischen Zeit von dem sogenannten "Rat der Zöglinge" geleitet, der nur aus Juden bestand. - Gleichfalls unter jüdische Leitung wurde die Kunstakademie gestellt, deren lettischer Leiter und ein Teil der Dozenten verschickt wurden.

Das gesamte Verlagswesen Lettlands wurde von den Bolschewisten unter der Bezeichnung "Waps" zu einem Trust zusammengefasst und unter jüdische Leitung gestellt. Hier waren es insbesondere Jüdinnen, die ohne fachliche Befähigung die Leitung einzelner Abteilungen in Händen hatten. Eine dieser Jüdinnen war bisher Weberin in einer Strumpffabrik gewesen. Bücher konnten nur

gedruckt werden, wenn sie von der sogenannten "Hauptverwaltung für Literatur" begutachtet wurden. Diese Zensurstelle setzte sich aus 25 Zensoren zusammen, von denen 12 nachweislich Juden, 2 kommunistische Russen und 11 Letten waren. Von den letzteren dürfte ein Teil ebenfalls Juden mit lettischen Namen gewesen sein.

Im Filmwesen, das schon vor dem Einmarsch der Bolschewisten zum Teil in jüdischen Händen war, wurde der jüdische Einfluss besonders stark. Alle Filmtheater und Filmverleihanstalten wurden von Juden geleitet. Schon vorher wurden bolschewistische Filme, die als Spielfilme galten, von jüdischen Filmverleihern und Theaterbesitzern eingeführt und gezeigt. Aus diesem Grunde war im Jahre 1939 mit staatlicher Unterstützung geplant worden, Juden als Filmtheaterbesitzer nicht mehr zuzulassen. Diese Pläne kamen nicht zur Durchführung, und die mit staatlicher Subvention gegründete "Film-A.G.", die die Pläne durchführen sollte, wurde von den Bolschewisten sofort liquidiert.

Die in Lettland bestehenden Museen waren bis zum Januar 1941 von den Bolschewisten unbeachtet geblieben und erst von diesem Monat ab wurden vereinzelt Leiter ausgewechselt oder Beauftragte der Bolschewisten in die Leitung der Museen entsandt. Diese waren durchweg Juden. Das gleiche gilt von der Lettischen Staatsbibliothek.

Das hauptsächliche Eindringen der Juden in die lettische Wirtschaft geschah in der Zeit nach dem Weltkrieg. Es ist zweifellos so, dass die Juden mit starker englischer Kapitalhilfe in den Jahren nach der Errichtung des Freistaates Lettland einen grossen Teil der Industrie und des Handels an sich gerissen haben. Einzelne Industrie- und Handelszweige, wie z.B. die Bekleidungs-, Textil- und Lederindustrie waren fast ausschliesslich in jüdischen Händen. Insgesamt wurden im Jahre 1935 22% aller Industriearbeiter in jüdischen Unternehmungen beschäftigt. Nach einer Statistik des Jahres 1934 waren 28,5 % der in Lettland bestehenden Handelsunternehmungen in jüdischen Händen, während der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung 4,8% betrug. (s.Anlg.18)

Anlg.18

An den nicht anonymen Handelsbetrieben verschiedener Wirtschaftszweige war die prozentuale Verteilung des jüdischen Besitzes wie folgt:

Schuh- und Lederwaren	55,3 %
Textilwaren	49,8 %
Landwirtschaftl.Erzeugnisse..	38,6 %
Baumaterialien	49,4 %
Möbel	29,7 %
Juweliere	48,0 %

Die Beteiligung von Juden an anonymen Gesellschaften ist genau nicht zu erfassen. Sie dürfte in Anbetracht der starken Verjudung der lettischen Privatbanken erheblich gewesen sein.

Auch im lettischen Handwerk war der Jude - allerdings prozentual nicht so stark wie im Handel - beteiligt. Es gab in Lettland Handelsbetriebe, die Juden gehörten, ohne dass der Jude in dem Handwerk, das er betrieb, überhaupt ausgebildet war. Andererseits gab es aber auch jüdische ausgebildete Handwerker, z.B. Schneider, Schuster und Kürschner.

Während der Ulmaniszeit war es das Bestreben der lettischen Staatsführung, das Baltendeutschtum möglichst aus der Wirtschaft auszuschalten. Diese Situation hat das Judentum ausgenutzt, sodass der jüdische Anteil an der Wirtschaft von Jahr zu Jahr stieg, z.B. stieg die Zahl der jüdischen Unternehmungen des Grosshandels von 1935 bis 1939 von 1.023 auf 15.545 an. Das bolschewistische Regime hat zwar auch die meisten jüdischen Unternehmer enteignet und die Betriebe nationalisiert, in den meisten Fällen blieben aber die Juden als Leiter dieser Betriebe da, während im allgemeinen Letten, soweit sie nicht Kommunisten waren, ersetzt wurden. In Riga sind z.B. vor der Bolschewistenzeit 20 bedeutende Pelzgeschäfte gewesen, von

-121-

denen 18 in jüdischem Besitz waren. Nach der Nationalisierung hatten alle 20 Geschäfte jüdische Betriebsleiter.

In der bolschewistischen Wirtschaft, insbesondere im Handel, genossen die Juden auch dann, wenn sie nicht eine kommunistische Tätigkeit nachweisen konnten, uneingeschränktes Vertrauen. Es sind zwar aus Lettland auch Juden verschleppt worden, jedoch handelte es sich bei diesen fast ausschliesslich um solche, die in der Zionistenbewegung eine Rolle spielten, oder die das Missfallen ihrer eigenen Rassegenossen erregt hatten.

Es ist festgestellt worden, dass Juden sich vielfach Berufsbezeichnungen ohne Ausbildung zugelegt haben, wie z.B. der Direktor der Poliklinik in Riga von den Bolschewisten eingesetzt wurde, trotzdem er nur zwei Semester Medizin in Zürich studiert hatte. Technischer Direktor einer grossen Sperrholzfabrik wurde ein Jude, der sich als Ingenier bezeichnete, ohne überhaupt jemals eine technische Ausbildung genossen zu haben.

C. Der Jude in Estland.

Estland gehörte bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zu einer Sperrzone des Russischen Reiches, in die der Zuzug jüdischer Elemente von auswärts verboten war. Deshalb ist das Judentum in Estland zahlenmässig unbedeutend gewesen. Im Freistaat Estland wurden bei einer Gesamtbevölkerung von 1,2 Millionen Einwohnern rund 4.500 Juden gezählt, von denen 2.200 in Reval, 920 in Dorpat, 260 in Walk und 250 in Pernau lebten. Auf dem flachen Lande lebten in Estland insgesamt etwa 80 Juden. Die Juden drängten sich fast ausschliesslich in der Wirtschaft und in freien Berufen, besonders als Rechtsanwälte und Ärzte, zusammen. Ueber die Hälfte aller Juden kam selbständig dem Erwerbsleben nach und beschäftigte Angestellte. Der prozentuale Anteil der Juden in der Wirtschaft war wesentlich höher als der Anteil an der Gesamtbevölkerung. Die estnische Grossindustrie war z.B. zu 11 % in jüdischen Händen.

Als einzige völkische Minderheiten in Estland hatten die Deutschen und die Juden das Recht einer eigenen Kulturselbstverwaltung entsprechend einem estnischen Gesetz vom Jahre 1924.

[illegible] spielten die Juden auch in Estland hinter den Kulissen über ihren wirtschaftlichen und freimaurerischen Einfluss. Trotz der stets antisemitischen Haltung des estnischen Volkes hat sich der jüdische Einfluss, stark unterstützt vom dem Ausland, erhalten und ständig zugenommen. Eine Aktivierung des Antisemitismus der Esten ist nie erfolgt.

Das Judentum Estlands hat entgegen der dem estnischen Volk immer vorgetäuschten Loyalität und Ergebenheit bei der bolschewistischen Machtübernahme in seiner Gesamtheit eine Schwenkung vollzogen und sich zur Verfügung gestellt. Ein Teil der jüngeren jüdischen Generation war kommunistisch beeinflusst und z.Tl. auch organisiert. Die hervorstechendste Gestalt des bolschewistischen Umsturzes ist der Jude Gutkin aus Reval, der Sohn des Vertreters der Judenschaft im estnischen Staatsrat. Er war NKWD-Agent und trat mit dem ebenfalls als Organisator des Volksselbstschutzes im Umsturz hervorgetretenen Revaler Juden [illegible] ganz in den Dienst der NKWD über.

Genau wie in den anderen baltischen Ländern wurde zwar das jüdische Privateigentum ebenfalls nationalisiert, die Juden selbst jedoch fast überall als Leiter in ihren früheren Unternehmungen belassen. Eine grosse Zahl von [illegible] [illegible] erhielt bei der

Nationalisierung ebenfalls jüdische Leiter. Durch die Bolschewisierung wurden gleich nach dem Umsturz in grossem Masse Juden nach Reval und den anderen estnischen Städten gebracht. Diese sind ausnahmslos vor den deutschen Truppen geflohen.

In Estland war das NKWD während der bolschewistischen Herrschaft die stärkste Position der Juden. Von dort aus übten sie ihren Einfluss, nicht immer sichtbar, aber entscheidend, auf sämtliche Lebensgebiete aus. Eine grosse Zahl einheimischer Juden wurde beonders in Reval in das NKWD aufgenommen. Die Volkskommissare der Wirtschaft in Estland waren durchweg Juden. Auch hier sind Juden ohne jede Vorbildung in Fachstellungen gekommen, z.B. wurde ein jüdischer Schuhmacher Direktor einer Handschuhfabrik.

Die Presse Estlands wurde von den Bolschewisten mit Juden durchsetzt. Auch der grösste Teil der Kulturinstitute ging in die Hände von Juden über, die sofort das in Sowjetrussland übliche Kulturleben einführten.

Die Tätigkeit der Juden und ihr Einfluss während der bolschewistischen Zeit hat den instinktiven Antisemitismus des estnischen Volkes aktiviert und den Esten erkennen lassen, dass der Jude vom Bolschewismus nicht zu trennen ist.

D. Der Jude im altsowjetrussischen Gebiet.

Die Berichterstattung muss sich auf den Raum beschränken, den die Einsatzgruppe A seit längerer Zeit besetzt hat. Die weissruthenischen Gebiete um Minsk und Baranowitschi sind von der Einsatzgruppe A erst vor kurzem übernommen worden. Entsprechende Unterlagen wurden dabei nicht übernommen, sodass für diesen Raum auf die Berichterstattung der Einsatzgruppe B hingewiesen werden muss.

In dem altsowjetrussischen Raum zwischen Ilmen- und Peipussee ergibt sich folgendes Bild:

In der Zarenzeit waren dem Juden vielerlei in den einzelnen Gebieten verschiedene Beschränkungen auferlegt. Er trat fast ausschliesslich im Handel , und zwar vorwiegend auf dem Lande und als ambulanter Händler auf. In den Grosstädten durften nur wenige Juden wohnen, und zwar nur in den Vorstädten. Der Jude hatte in der Zarenzeit kaum irgend einen Einfluss und hat sich deshalb immer sehr stark an den revolutionären Bewegungen des Russischen Reiches beteiligt. Allerdings wurde die Judenfrage im Zarenreich ganz vom Standpunkt der Religion gesehen.

Die verschiedenen während der Zarenzeit erfolgten Progrome fanden nach den Berichten älterer Gebietskenner auch in dem Raum zwischen Peipus- und Ilmensee ihren Niederschlag, insbesondere haben heftige Progrome auf dem Lande und in den Kleinstädten im Jahre 1917 stattgefunden. Das Gelingen der Oktoberrevolution brachte den Juden völlige Freiheit, und sie strömten damals in die grossen Städte. Nach dem Sowjetgesetz über die Nationalitäten wurden Juden nun auch nicht mehr als "Juden", sondern nur noch als "Hebräer" bezeichnet. Der Gebrauch des Wortes "Jude" stand unter Strafe.

Nach den vorliegenden Berichten und Aussagen ist in der ersten Zeit des bolschewistischen Regimes die Tatsache, dass allmählich überall Juden an führende Stellen kamen, noch beachtet worden; in den späteren Jahren war die Bevölkerung daran gewöhnt, dass im Sowjetstaat ein grosser Teil der führenden Persönlichkeiten Juden waren. Die an sich traditionell antisemitisch aus der Strenggläubigkeit der Bevölkerung geborenen Anschauungen verschwanden von Jahr zu Jahr im gleichen Masse wie die Gottlosigkeit zunahm. Es ist interessant festzustellen, dass nach allen vorliegenden Berichten die Bevölkerungsteile, die sich nach dem

Einmarsch der deutschen Truppen der Kirche wieder zuwandten, gleichzeitig auch eine antisemitische Einstellung hervorkehrten. Nach den Aussagen und Agentenberichten aus Petersburg lassen sich dort ebenfalls antisemitische Strömungen feststellen, die aber zunächst wegen des starken Terrors keine Aussicht auf Aktivierung haben.

Bei der Beurteilung der Frage des jüdischen Einflusses auf die bolschewistischen Lebensgebiete muss beachtet werden, dass ein grosser Teil von Juden, insbesondere solcher, die im öffentlichen Leben stehen, Namensänderungen vorgenommen hat und durch die Annahme von besonders typisch russischen Namen das Judentum zu verbergen sucht.

Die überschwenglichsten Lobesbücher auf den Bolschewismus und seine führenden Männer sind von Juden. Besonders haben sich auch jüdische Emigranten aus Deutschland durch Herausgabe geschickter Schriften dabei einen Namen gemacht. Lion Feuchtwanger, der im Jahre 1936 nach Sowjetrussland kam, hat im Jahre 1938 nach den politischen Prozessen ein Buch herausgegeben, das weite Verbreitung gefunden hat, weil es Stalin und den Bolschewismus in einer bisher nicht gekannten Weise verherrlicht.

Aus dem bisher vorgefundenen Propaganda-material der Kommunistischen Partei ist ersichtlich, dass Propagandaschriften in den meisten Fällen von Trägern jüdischer Namen hergestellt worden sind, dabei können die Träger russischer Namen auch noch Juden sein.

Die Mischehen zwischen Juden und russischen Kommunisten sind in der Bevölkerung als solche bekannt, trotzdem darüber nicht gesprochen werden durfte.

Der Jude trat besonders als Redner in den kommunistischen Parteiversammlungen hervor. Nach den Berichten ist in der Bevölkerung bekannt gewesen, dass Juden es verstanden, sich auch in der Roten Armee politische und Offiziersstellen zu verschaffen und selten als gemeine Soldaten dienten. Aus der Aussage eines Politruks geht hervor, dass sich in seiner Gruppe auf dem Höheren Militärpädagogischen Institut in Moskau, auf dem er ausgebildet wurde, unter 15 Teilnehmern 4 Juden und 1 Jüdin befanden. Die Jüdin hatte innerhalb der Gruppe die Stellung eines Politruks inne.

Am stärksten ist der Einfluss der Juden in der Sowjetunion neben dem Gebiete der Propaganda und Presse auf dem Gebiet des Films und des Theaters zu spüren. Nach

den Feststellungen im Gebiet der Einsatzgruppe und den Berichten aus Petersburg sind etwa 80 % aller leitenden Posten auf diesem Gebiet in jüdischen Händen, etwa 40 % der Schauspieler und Sänger und etwa 70 % der Orchestermitglieder sind Juden. Das Leningrader Konservatorium hat einen fast rein jüdischen Lehrkörper, die Schüler sind zu 60 % Juden. Bei der zweitgrössten sowjetrussischen Filmgesellschaft "Lenfilma", die in Petersburg sass, gab es vier leitende Stellungen, wovon eine, die Stellung des Direktors, mit einem Russen, die anderen drei mit Juden besetzt waren. Sämtliche Regisseure der Lenfilma waren Juden und 70 % allen sonstigen Büro- und Regiepersonals. Bekannte bolschewistische Regisseure der "Lenfilma" sind die Juden Dziga, Aisenstein und Chaifiz.

Die Lehrerstellen auf dem Lande und in den kleineren Städten sowie auch die niederen Lehrerstellen in Petersburg waren durchweg nicht von Juden besetzt. In Höheren Schulen unterrichteten Juden in Fächern politischen Charakters, z.B. Staatsbürgerkunde, Volkswirtschaftslehre, Geschichte usw. Nach den Berichten sind von den Direktoren der 370 Petersburger Schulen 130 Juden. Das Personal des Volkskommissariats für Petersburg besteht zu 40%

aus Juden. Die vorhandenen Volksbibliotheken, die gleichzeitig ein Mittel der bolschewistischen Propaganda waren, sind durchweg in jüdischen Händen. Eine der grössten öffentlichen Bibliotheken, die "Saltikow-tschedrin-Bibliothek" in Petersburg mit ca. 10 bis 11 Millionen Bänden, ist völlig jüdisch geleitet.

Ueber die Zusammensetzung der Lehrkörper auf den Petersburger Hochschulen konnte folgendes in Erfahrung gebracht werden: Historiker, Juristen und Mediziner = 60 % Juden, Techniker = 20 bis 25 % Juden. Die Studentenschaft hat etwa ein Drittel Juden, die historische und juristische Fakultät etwa 50 %, die medizinische Fakultät etwa 70 %. Am stärksten waren die Juden in den politischen Instituten vertreten. In Petersburg soll das Judentum nahezu 90 % der führenden Parteidogmatiker stellen.

Ein sehr stark mit Juden besetztes Amt ist angeblich das Volkskommissariat für Rechtswesen in Petersburg, wo das Gesamtpersonal 60 % Juden enthält.

In der Wirtschaft traten Juden sowohl in kleineren Städten und auf dem Lande als auch in Petersburg überall in leitenden

Stellen in Erscheinung. Besonders stark war die Einrichtung der Kooperativen von Juden durchsetzt. Aus Petersburg wird berichtet, dass dort die Leitung der grossen Magazine sowie wirtschaftliche Verwaltungsposten fast durchweg mit Juden besetzt sind Wenig Juden gab es unter der gelernten und ungelernten Fabrikarbeiterschaft. Das Petersburger Handwerk soll verhältnismässig viel Juden haben (bis zu 30 %), die Handwerkskartelle sollen fast ausschliesslich von Juden geleitet werden.

Die allgemeine Erscheinung ist nach den bisher getroffenen Feststellungen, dass der Jude es verstanden hat, sich Einfluss auf allen Gebieten, die seiner Mentalität entsprechen, zu verschaffen. Im ganzen bisher besetzten altsowjetrussischen Raum und nach den Berichten aus Petersburg ist festzustellen, dass in allen führenden politischen und wirtschaftlichen Organisationen, Kartellen und sonstigen Einrichtungen irgendwo ein Jude sass. Wenn dieser auch meist nicht als Leiter oder Direktor fungierte, so hatte er doch den Posten des Zweiten oder Dritten inne. Auch in allen bisher festgestellten NKWD-Dienststellen waren die wichtigsten Posten von Juden besetzt, wenn auch meist nicht die Leiterposten.

Auf den jüdischen Einfluss im bolschewistischen Regime sind zweifellos folgende Tatsachen zurückzuführen.

1.) Jeder Versuch eines völkischen Denkens ist zu Gunsten des Dogmas einer proletarischen Internationale unterdrückt worden. Erst in den letzten Jahren, als zu befürchten stand, dass gerade dadurch der nationale Wehrwille leiden würde, ist der Gesamtpropaganda eine gewisse nationalrussische Note gegeben worden, die aber bewusst von allem Völkischen frei war.

2.) In Politik und Wirtschaft der Sowjetunion ist die Anonymität der Verantwortung zum Prinzip erhoben. Es gibt in keiner Institution einen eigentlichen verantwortlichen Leiter oder Führer, sondern der Führungseinfluss ist neben diesem in manchmal äusserlich unscheinbaren Nebenstellungen mitverankert.

3.) Die Emanzipierung der Frau in Sowjetrussland, deren Anfang weit in die Zarenzeit zurückreicht, aber wohl auch damals schon jüdisch beeinflusst gewesen ist, hat tief in die Reihen des arbeitenden nicht-intellektuellen Volkes hineingegriffen. Die maskuline Frau im männlichen Beruf ist im gegenwärtigen Bild der Sowjetunion eine Tatsache.

Wie weit die zweifellos festzustellende Enterotisierung des öffentlichen Lebens auf jüdischen Einfluss zurückzuführen ist, lässt sich zur Zeit noch nicht bestimmen Das gesamte öffentliche Leben in den bisher besetzten Gebieten zeigt jedenfalls die Erscheinung, dass das geschlechtliche Triebleben des Menschen auf die primitivste Stufe einer rein körperlichen Funktion zurückgeschraubt ist, was an sich dem russischen Volkscharakter keineswegs entspricht.

Aus allen vorliegenden Nachrichten ergibt sich, dass der starke Einfluss des Judentums auf alle Lebensgebiete in Sowjetrussland in der nichtjüdischen Bevölkerung wohl bekannt war. Jede antisemitische Regung in der Bevölkerung wurde aber durch Terror, genau wie jede Gegenströmung gegen den Bolschewismus überhaupt, unterdrückt. Es kann angenommen werden, dass eine Abschwächung des bolschewisitschen Terrors vor allen Dingen ein Aufleben aktiver antijüdischer Haltung der Bevölkerung auch in den unbesetzten Gebieten zur Folge haben würde.

Übelstände und Vorschläge zu ihrer Beseitigung.

1.) Unklarheit bei den deutschen Dienststellen über die zukünftige Verwaltungsform.

Unklarheit über die Form der Teilnahme der ansässigen Völker an der Leitung von Staat und Wirtschaft.

Vorschlag:

a) Klarheit bei den deutschen Dienststellen über die Zukunft der baltischen Völker und ihre Verwaltungsform, und
b) Klarheit über die Art der Mitwirkung der geeigneten Einheimischen bei Verwaltung und Wirtschaft zu schaffen.

2.) Unklarheit der Frage der Teilnahme der baltischen Völker am Krieg gegen Sowjet-Russland.

Vorschlag:

a) entweder Teilnahme innerhalb der deutschen Wehrmacht ohne eigene Einheiten, was gleichbedeutend mit einer späteren Eindeutschung sein müsste, oder

b) generelles Verbot, anders als im polizeilichen Dienst innerhalb des eigenen Lebensraumes verwendet zu werden und strikte Durchführung dieses Verbotes.

3.) Die aktive Jugend der baltischen Völker, insbesondere die akademische Jugend, hat noch keine politische und völkische Führung.

Vorschlag:

Schaffung von mehr oder weniger getarnten Jugendorganisationen, die voneinander unabhänig und unter deutscher Kontrolle stehend die politische und weltanschauliche Führung der Jugend übernehmen.

4.) Die deutsche Propaganda ist nicht ausreichend.

Vorschlag:

Systematische Durchführung einer Propaganda, die nichts voraussetzt und sich insbesondere auch der Mittel bedient, die bisher zu wenig berücksichtigt wurden, nämlich der lettisch- und russischsprachigen Presse, des Schrifttums in den Volkssprachen und der nicht deutschsprachigen Kultureinrichtungen. Voraussetzung hierbei ist völlige Klarheit über das anzustrebende politische und völkische Ziel und die Verwaltungsform.

5.) Aus dem umgesiedelten Baltendeutschtum und aus den zur Umsiedlung zugelassenen Litauern, Letten und Esten finden sich mit Unterstützung reichsdeutscher Stellen in den baltischen Ländern immer mehr Personen ein, die nicht erwünscht sind. Es sind dies Personen, die a) alsbald kleinliche Rache an den eingesessenen Völkern oder ihnen bekannten Personen für mehr oder weniger erlittene Unbill üben wollen, und b) ausgesprochen liberalistische Wirtschaftseinstellung haben und versuchen, sich aus eigennützigen Motiven einen Posten in der Wirtschaft zu erringen.Diese Personen haben auf irgendwelche Weise Empfehlungsschreiben reichsdeutscher Dienststellen erhalten, trotzdem sie von anderen Baltendeutschen, insbesondere von den baltendeutschen ᛋᛋ-Führern, wegen ihrer bekannten liberalistischen Einstellung und individualistischen Wirtschaftsauffassung abgelehnt werden.

Vorschlag:

Strenge Kontrolle der zur Einreise zugelassenen Umsiedler durch das Reichssicherheitshauptamt.

6.) Preis-und Lohnfestsetzungen im Gebiet Ostland stehen nicht miteinander im Einklang. Während die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, also den Hauptprodukten der Ernährung der Bevölkerung, sehr erhöht worden sind, sind die Löhne und die niederen Gehälter dieser Erhöhung nicht nachgekommen. Abgesehen davon bringen die Preiserhöhungen den Bauern keinen Nutzen, da sie für das Geld keine Waren erhalten.

Vorschlag:

Vereinfachung der deutschen Wirtschaftsverwaltung und Angliederung der Interessen der einzelnen Wirtschaftszweige. Hereinnahme vernünftiger zuverlässiger Einheimischer, die die Landesverhältnisse genau kennen, als Berater.

7.) Unklarheit besteht durchweg noch über die Frage, ob und wie weit eine Reprivatisierung in den baltischen Ländern durchgeführt wird.

Vorschlag:

Diese allgemein und wesentlich interessierende Frage, die auf die Gesamtstimmung der Bevölkerung erheblichen Einfluss hat, muss propagandistisch behandelt werden. Wenn a) eine Reprivatisierung durchgeführt werden soll, so muss

so muss dies so bald wie möglich bekanntgegeben werden, wenn auch die Durchführung zu einem späteren Zeitpunkt geschieht und wenn b) eine Reprivatisierung überhaupt nicht oder nur in geringem Rahmen durchgeführt werden soll, so muss heute schon in geschickter Weise diese Tatsache propagandistisch vorbereitet werden. Eine plötzliche Bekanntgabe der Zielsetzung in dieser Frage würde entweder einen Run auf Wirtschaft und Industrie zur Folge haben, bei dem nach allen Erfahrungen gerade die Sieger bleiben, die es zwar nicht verdient, aber die besseren Ellenbogen oder Beziehungen haben, oder es würde eine solche Misstimmung, Arbeitsunlust und naheliegender Vergleich mit dem bolschewistischen System erfolgen, dass einerseits sicherheitspolizeiliche Schwierigkeiten und andererseits wirtschaftliche Sabotage entstehen müsste.

8.) Unklarheit über die Zuständigkeit der Polizei beim Reichskommissariat und über die Einschaltung des späteren Befehlshabers der Sicherheitspolizei als politischen Referent beim Reichskommissar.

Nachdem das Reichssicherheitshauptamt grundsätzlich der Einschaltung des BdS als politischen Referenten zugestimmt hat, hat der Höhere SS-und Polizeiführer in Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Einschaltung der Polizei in verwaltungsmässigen Dingen auch hierüber verhandelt.

Vorschlag:

Die Fragen der Einschaltung der Polizei beim Reichskommissariat und die Einsetzung des jeweiligen BdS als politischen Referenten bei den Reichskommissaren auch beim Ostministerium anzuschneiden und zur Klärung zu bringen.

9.) Unklarheit besteht über den internen Aufbau der Polizei im Ostland.

Ein SS-und Polizeiführer hat verlangt, dass die Sicherheitspolizei firmiert als "SS-und Polizeiführer - Kommandeur der Sicherheitspolizei", und dass der Führer der Sicherheitspolizei alle Berichte, Schreiben, Eingaben usw. an gleichgestellte und höhergestellte Stellen dem SS-und Polizeiführer zur Unterschrift vorlegt. Das würde bedeuten, daß der unmittelbare Berichtsweg innerhalb der Sicherheitspolizei nicht mehr gewährleistet ist.

ᛋᛋ-und Polizeistandortführer haben verlangt, dass die Sicherheitspolizei in dem betreffenden Ort sich ihnen unterstellt, unter ihrer Bezeichnung ihre Schreiben herausgibt, bzw. überhaupt lediglich als Abteilung des ᛋᛋ-und Polizeistandortführers tätig wird.

Ein ᛋᛋ-und Polizeistandortführer hat in einem Fall eine Erschiessung aus dem sicherheitspolizeilichen Sektor durchgeführt, ohne sich mit dem örtlichen Führer der Sicherheitspolizei in Verbindung zu setzen.

Ein Gebietskommissar hat fernerhin verlangt, dass der ᛋᛋ-und Polizeistandortführer nur als Abteilung des Gebietskommissars tätig wird.

In allen diesen Fällen hat die Sicherheitspolizei darauf hingewiesen, dass die Sicherheitspolizei nach Einsatzgruppen und Einsatzkommandos bis jetzt gegliedert ist.

Vorschlag:

Den internen Aufbau der Polizei baldmöglichst zu klären. Dabei ist es notwendig, darauf hinzuweisen, dass der Befehlshaber der Sicherheitspolizei die unmittelbare Befehlsbefugnis an den Kommandeur der Sicherheitspolizei, und dieser wiederum an die Aussenstellen der Sicherheitspolizei hat, d.h., dass der ᛋᛋ-und Polizei-

führer und die ϟϟ-und Polizeistandortführer in den internen Aufbau der Sicherheitspolizei nicht eingeschaltet werden.

10.) Wie dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD bereits persönlich gemeldet, hat das Hauptamt Ordnungspolizei die Besetzung der ϟϟ-und Polizeistandortführer mit Offizieren der Ordnungspolizei gerade für diese Städte angeordnet, an denen besonderes sicherheitspolizeiliches Interesse besteht. Bei dem Mangel an Führern in der Sicherheitspolizei wird es dann nicht mehr möglich sein, ausser in den Orten, in denen von der Sicherheitspolizei die ϟϟ-und Polizeistandortführer gestellt werden müssen, noch ϟϟ-Führer einzusetzen. Damit besteht die Gefahr, dass sicherheitspolizeilich besonders wichtige Städte nur mit Unterführern besetzt werden können.

Vorschlag:

Mit dem Hauptamt Ordnungspolizei zu klären, dass in sicherheitspolizeilich besonders wichtigen Städten Führer der Sicherheitspolizei und des SD als ϟϟ-und Polizeistandortführer eingesetzt werden.

11.) Soweit hier bekannt geworden ist, hat die Ordnungspolizei die meisten als ϟϟ-und Polizeistandortführer vorgesehenen Offiziere der Ordnungspolizei gleichzeitig mit der Ernennung zum ϟϟ-und Polizeistandortführer jeweils um einen Dienstgrad befördert, sodass ausschliesslich Stabsoffiziere der Ordnungspolizei als ϟϟ-und Polizeistandortführer bekannt wurden.

Vorschlag:

Auch bei der Sicherheitspolizei diejenigen ϟϟ-Führer, die im Osten verbleiben und die an wichtige Stellen gestellt werden, tunlichst zu befördern.

12.) Die zivilen, insbesondere militärischen Dienststellen stellen immer wieder die Frage nach der allgemeinen innen-und aussenpolitischen Lage, da sie mit Recht annehmen, dass die politisch ausgerichteten Führer von Sicherheitspolizei und SD laufend unterrichtet sind. Ausser den zusammengestellten grossen Berichten über die Erfahrungen der Sicherheitspolizei im Osteinsatz haben bisher weder die Einsatzgruppenchefs noch die Einsatzkom-

mandoführer irgendwelche politischen Nachrichten erhalten.

Vorschlag:

Die Chefs der Einsatzgruppen und die Führer der Einsatzkommandos mit allen Berichten über Innen-und Aussenpolitik und mit Ereignismeldungen zu versehen.

Verzeichnis der Anlagen.

Anlage 1a: Gesamtpersonalbestand der Einsatzgruppe A.

" 1b: Verteilungsplan der Angehörigen der Einsatzgruppe A auf die Einsatzkommandos.

" 2: Standorte der Führer der Einsatzgruppe A.

" 3: Vormarschstrecken der Einsatzgruppe A.

" 4: Stärke und Verteilung der Hilfspolizei.

" 5: Belegung der Gefängnisse.

" 6: Sonderbericht über die GPU. in Lettland.

" 7: Uebersicht über die obersten Dienststellen der Estnischen Sozialistischen Sowjet-Republik.

" 8: Uebersicht über die Zahl der bisher durchgeführten Exekutionen.

" 9: Erfahrungsbericht über die Bekämpfung der Partisanen.

" 10: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan der Kriminalpolizei Lettland.

" 11: Tätigkeitsübersicht der Lettischen Kriminalpolizei.

" 12: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan der Kriminalpolizei in Estland.

" 13: Das Volkstum der baltischen Länder.

" 14: Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen in den baltischen Ländern.

" 15: Zahl der Beschäftigten der Hauptwirtschaftsgruppen in den baltischen Ländern.

" 16: Zahl der jüdischen Bevölkerung nach Kreisen.

" 17: Anteil der Juden an Wirtschaftszweigen.

" 18: Anteil der Juden an der Zahl der lettischen Handelsbetriebe.

GESAMTSTÄRKE DER EINSATZGRUPPE A

E.K.
1a
105

0,9%
1 WEIBL. ANGEST.
16,2 %
STAPO
18
10,5 %
KRIPO
11
7,8%
SD
8
VERWALTUNG
2,9%
3
22,1%
KRAFTFAHRER
23
25
SS-RESERVISTEN
24%
1,9%
2 FUNKER
13,7%
DOLMETSCHER

E.K.
1b
110

11%
STAPO
12
5,4 %
KRIPO
6
2,7%
SD
3
1,8%
VERWALTUNG
2
30,9%
KRAFTFAHRER
34
26
SS-RESERVISTEN
23,7 %
0,9%
1 FUNKER
6
DOLMETSCHER
5,4%
20
HILFSPOLIZEI
18,2%

E.K.
2
170

2,4%
4
WEIBL. ANGEST.
15,6 %
STAPO
26
7,8 %
KRIPO
13
4,8%
SD
8
VERWALTUNG
2,4%
4
29,4%
KRAFTFAHRER
50
41
SS-RESERVISTEN
23,6%
0,8%
FERNSCHREIBER
1,2%
2 FUNKER
18
DOLMETSCHER
10,8%

E.K.
3
141

10,5%
20,6 %
STAPO
29
7%
KRIPO
10
7%
SD
10
VERWALTUNG 1
0,7%
24,3%
KRAFTFAHRER
34
32
SS-RESERVISTEN
22,9
0,7%
1 FUNKER
8
DOLMETSCHER
5,6%
1 WEIBL. ANGEST.
0,7%
15
HILFSPOLIZEI

STANDORTE DER FÜHRE

AM 1. 7. 1941

ZAHL DER FÜHRER (OHNE VERWALTUNG, DOLMETSCH
WAFFEN-SS UND ORDNUNGSPOLIZEI):

E.K.s 24

STANDORTE DER FÜHRER

AM 1. 7. 1941

ZAHL DER FÜHRER (OHNE VERWALTUNG, DOLMETSCHER, WAFFEN-ϟϟ UND ORDNUNGSPOLIZEI):

OSTROW
RIGA
2
2
LIBAU
1
MITAU
OPOTSCHKA
ROSITTEN
BAUSK
JAKOBSTADT
ROSENOW
SERESCH
ZEIMEHAI
SCHAULEN
5
ILLUXT
DÜNABURG
MEMEL
TILSIT
KAUEN
6
GUMBINNEN
10
5
WILNA
MINSK
ORTELSBURG
BARANOWITSCHE
WARSCHAU

RIGA
2
2
OSTROW
MITAU
OPOTSCHKA
ROSITTEN
BAUSK
JAKOBSTADT
ROSENOW
SERESCH
MOSKAU
ZEIMEHAI
SCHAULEN
5
ILLUXT
DÜNABURG
KAUEN
6
WILNA
10
5
MINSK
BARANOWITSCHE

STANDORTE DER F

AM 1. 8. 1941

ZAHL DER FÜHRER (OHNE VERWALTUNG,
WAFFEN-SS UND ORDNUNGSPO

E.K.s 25
STAB 5

HELSINKI
ST. PETERSBURG
URITZK
KRASNOJE SELO
PUSCHKIN
SLUZK
KRASNOGWARDEISK
TOSSNO
NAOVA
NARWA
KINGISEP
KIKERINO
MESHNO
TSCHUDOWO
REVAL
ANIJA
WESENBERG
I. WORMS
I. DAGÖ
I. MOHN
I. ÖSEL
ARENSBURG
TURGEL 1
MUSTWEE 1
KALLASTE
PESJE
LUGA
GDOW
NOWGOROD
PERNAU 1
DORPAT 2
NOWOSELJE 2 4
STARAJA RUSSA
UTORGOSCH
PLESKAU
PORCHOW 2
OSTROW 1
RIGA 5 4
LIBAU 1
MITAU
OPOTSCHKA 1
ROSITTEN
BAUSK
JAKOBSTADT
ROSENOW
SERESCH 1
ZEIMEHAI
SCHAULEN 1
ILLUXT
DÜNABURG 1
MEMEL
TILSIT
KAUEN 4
GUMBINNEN
WILNA 1

STANDORTE DER FÜHRER

AM 1. 8. 1941

ZAHL DER FÜHRER (OHNE VERWALTUNG, DOLMETSCHER, WAFFEN-SS UND ORDNUNGSPOLIZEI):

E.K s 25

HELSINKI
ST. PETERSBURG
URITZK
KRASNOJE SELO
PUSCHKIN
SLUZK
KRASNOGWARDEISK
TOSSNO
NARWA
KINGISEP
KIKERINO
NAOVA
MESHNO
TSCHUDOWO
REVAL
ANIJA
WESENBERG
I. WORMS
I. DAGÖ
I. MOHN
I. OSEL
ARENSBURG
TURGEL
MUSTWEE
KALLASTE
GDOW
PESJE
LUGA
NOWGOROD
PERNAU 1
DORPAT 2
NOWOSELJE 2 4
STARAJA RUSSA
UTORGOSCH
PLESKAU
PORCHOW 2
OSTROW
RIGA
MITAU
OPOTSCHKA
ROSITTEN
BAUSK
JAKOBSTADT
ROSENOW
SEBESCH 1
ZEIMEHAI
SCHAULEN 1
ILLUXT
DÜNABURG 1
MOSKAU
KAUEN
WILNA

OSTROW 1
RIGA 5 4
LIBAU 1
MITAU
OPOTSCHKA 1
ROSITTEN
BAUSK
JAKOBSTADT
ROSENOW
SERESCH 1
ZEIMEHAI
MOS
SCHAULEN 1
ILLUXT
DÜNABURG 1
MEMEL
TILSIT
KAUEN 4
GUMBINNEN
WILNA 1
ORTELSBURG
MINSK
BARANOWITSCHE
WARSCHAU

2
OSTROW
1
RIGA
5
4
MITAU
OPOTSCHKA
1
ROSITTEN
BAUSK
JAKOBSTADT
ROSENOW
SERESCH
1
MOSKAU
ZEIMEHAI
SCHAULEN
1
ILLUXT
DÜNABURG
1
KAUEN
4
WILNA
1
MINSK
NOWITSCHE

STANDORTE DER [cut off]

AM 1. 9. 1941

ZAHL DER FÜHRER (OHNE VERWALTUNG [cut off]

WAFFEN-ꞩꞩ UND ORDNUNGSP [cut off]

STANDORTE DER FÜHRER

AM 1. 9. 1941

ZAHL DER FÜHRER (OHNE VERWALTUNG, DOLMETSCHER, WAFFEN-SS UND ORDNUNGSPOLIZEI):

E.K.s 29
STAB 8

FRONTLINIE

OSTROW
RIGA
5
LIBAU
1
MITAU
OPOTSCHKA
ROSITTEN
BAUSK
JAKOBSTADT
ROSENOW
SERESCH
MO
ZEIMEHAI
SCHAULEN
1
ILLUXT
DÜNABURG
1
MEMEL
TILSIT
KAUEN
4
GUMBINNEN
WILNA
2
ORTELSBURG
MINSK
1
BARANOWITSCHE
WARSCHAU

OSTROW
RIGA
5
MITAU
OPOTSCHKA
ROSITTEN
BAUSK
JAKOBSTADT
ROSENOW
SERESCH
MOSKAU
ZEIMEHAI
SCHAULEN
1
ILLUXT
DÜNABURG
1
KAUEN
4
BINNEN
WILNA
2
MINSK
1
BARANOWITSCHE

STANDORTE DER

AM 1.10.1941

ZAHL DER FÜHRER (OHNE VERWALTU
WAFFEN-SS UND ORDNUNG

E.K.s 30

HELSINKI
ST. PETERSBURG
URITZK
KRASNOJE SELO
PUSCHKIN
SLUZK 1
TOSSNO 2
NAOVA
KRASNOGWARDEISK 1
KINGISEP
KIKERINO
MESHNO 1 4
TSCHUDOWO
NARWA 1
REVAL 3
ANIJA
WESENBERG
WORMS
I. DAGÖ
I. MOHN
I. ÖSEL
ARENSBURG
TURGEL
MUSTWEE
KALLASTE
GDOW
PESJE
LUGA 1
NOWGOROD
PERNAU 1
DORPAT 1
NOWOSELJE
STARAJA RUSSA 1
UTORGOSCH
PLESKAU
PORCHOW
OSTROW
RIGA 5
LIBAU 1
MITAU
OPOTSCHKA
ROSITTEN
BAUSK
JAKOBSTADT
ROSENOW
SEBESCH
ZEIMEHAI
SCHAULEN
ILLUXT
DÜNABURG 1
MEMEL
TILSIT
KAUEN 5
GUMBINNEN
WILNA 2

STANDORTE DER FÜHRER

AM 1.10.1941

ZAHL DER FÜHRER (OHNE VERWALTUNG, DOLMETSCHER, WAFFEN-SS UND ORDNUNGSPOLIZEI):

OSTROW
RIGA
5
OPOTSCHKA
LIBAU
1
MITAU
ROSITTEN
BAUSK
JAKOBSTADT
ROSENOW
SERESCH
ZEIMEHAI
ILLUXT
SCHAULEN
DÜNABURG
1
MEMEL
TILSIT
KAUEN
5
GUMBINNEN
WILNA
2
ORTELSBURG
MINSK
1
BARANOWITSCHE
1
WARSCHAU

OSTROW
RIGA 5
MITAU
OPOTSCHKA
ROSITTEN
BAUSK
JAKOBSTADT
ROSENOW
SERESCH
ZEIMEHAI
MOSKAU
SCHAULEN
ILLUXT
DÜNABURG 1
TILSIT
KAUEN 5
MBINNEN
WILM 2
MINSK 1
BARANOWITSCHE 1

VORMARSCHST
DER EINSATZG

HELSINKI
ST. PETERSBURG
15.10. URITZK
KRASNOJE SELO 3.10.
PUSCHKIN
SLUZK
TOSSNO
KRASNOGWARDEISK
8.10.
MESHNO
27.8. NAOVA
27.8. TSCHUDOWO
REVAL 28.8
ANIJA 25.8.
8.8. WESENBERG
NARWA
23.8. KINGISEP
KIKERINO
I. WORMS
I. DAGÖ
I. MOHN
I. ÖSEL
ARENSBURG 23.9.
29.7. TURGEL
10.7. PERNAU
1.8. MUSTWEE
1.8. KALLASTE
31.7. GDOW
18.7. DORPAT
PESJE
LUGA
NOWGOROD
NOWOSELJE 28.7.
STARAJA RUSSA
5.8. UTORGOSCH
10.7. PLESKAU
PORCHOW 28.7.
OSTROW 12.7.
2.7. RIGA
28.6. LIBAU
1.7. MITAU
BAUSK 29.6.
29.6. ZEIMEHAI
28.6. SCHAULEN
27.6. MEMEL
27.6. TILSIT
10.7. ROSITTEN
OPOTSCHKA 12.7.
3.7. JAKOBSTADT
9.7. ROSENOW
SERESCH 12.7.
8.7. ILLUXT
DÜNABURG
2.7. KAUEN 29.6.
GUMBINNEN
WILNA
MO

VORMARSCHSTRECKEN DER EINSATZGRUPPE A

OSTROW 12.7.
RIGA 27.
1.7. MITAU
28.6 LIBAU
OPOTSCHKA 12.7.
10.7. ROSITTEN
8.7. JAKOBSTADT
9.7. ROSENOW
SERESCH 12.7.
BAUSK 29.6.
29.6. ZEIMEHAI
28.6. SCHAULEN
8.7. ILLUXT
DUNABURG 11.7.
27.6. MEMEL
27.6. TILSIT
27. KAUEN 28.6.
16.7. WILNA
GUMBINNEN 27.6.
23.9. MINSK
ORTELSBURG
13.9. BARANOWITSCHE
WARSCHAU
E.K. 1a
E.K. 1b
E.K. 2
E.K. 3
STAB

RIGA
2.7.
1.7.
MITAU
BAUSK
29.6.
29.6.
ZEIMEHAI
28.6.
SCHAULEN
3.7.
JAKOBSTADT
10.7.
ROSITTEN
OSTROW
12.7.
OPOTSCHKA
12.7.
9.7.
ROSENOW
SERESCH
12.7.
8.7.
ILLUXT
DÜNABURG
11.7.
KAUEN
2.7.
28.6.
15.7.
WILNA
MINSK
23.9.
23.9.
BARANOWITSCHE
MOSKAU
E.K. 1a
E.K. 1b
E.K. 3

151

Anlage 4

Stärke und Verteilung der litauischen
und lettischen Hilfspolizei.

Behörden der lettischen Hilfspolizei.

Generaldirektion der inneren Sicherheit.

Administrative Abteilung und Finanzabteilung		5o Beamte
Rigaer Präfektur		
Abteilung der Polizeireserve		
Adress-Büro		
Administrative Abteilung		
Wirtschaftsabteilung		
Äussere Abteilung und Passabteilung		112 Beamte
Politische Polizei		
R i g a	217	
Mitau	33	
Libau	33	
Dünaburg	33	
Wolmar	33	
Schwanenburg	33	
Rositten	33	415 Beamte
Kriminalpolizei		
R i g a	151	
Dünaburg	23	
Mitau	23	
Libau	23	22o Beamte
Schutzmannschaft (der Ordngspol.)		
13 Polizeibezirke Stadt Riga		
Abteilung d.berittenen Polizei		
Hafenpolizei		1.37o Beamte
	Übertrag	2.167 Beamte

153

Übertrag	2.167 Beamte
Rekrutierungsreserve d.Hilfspol.	1.200 Beamte
Konzentrationslager-Verwaltung	860 Beamte
Libauer Präfektur	207 Beamte
Dünaburger Präfektur	176 Beamte
Eisenbahnpolizei	145 Beamte

K r e i s p o l i z e i

Kreis Riga	240 Beamte
" Wenden	81 "
" Madohn	85 "
" Wolmar	115 "
" Walk	108 "
" Libau-Hasenpoth	107 "
" Goldingen	79 "
" Windau	87 "
" Mitau	181 "
" Tuckum	66 "
" Talsen	52 "
" Bausk	57 "
" Jakobstadt	67 "
" Illuxt	75 "
" Dünaburg	170 "
" Rositten	160 "
" Ludsen	111 "
" Abren	104 "
	6.700 Beamte

G e f ä n g n i s s e

in der Stadt Riga:

Verwaltung	24	
Zentralgefängnis	284	
Termingefängnis	100	
Gefängnis für Minderjährige	29	437 Beamte
Übertrag		7.137 Beamte

-3-

154

Übertrag 7.137 Beamte

In der Provinz:

Dünaburg	186	
Wolmar	186	
Rositten	1o6	
Mitau	1o6	
Libau	1o6	
Libauer Untersuchungsgefängnis	39	
Wenden	1o6	
Windau	26	
Tuckum	23	
Marienburg	23	
Madohn	23	
Ludsen	23	
Jakobstadt	23	
Walk	32	1.oo8 Beamte

Erziehungs- und Besserungsanstalten:

Staatliche Erziehungs-Besserungsanstalt f.Jungen in Irlava	49	
Staatliche Erziehungs-Besserungsanstalt f.Mädchen in Rodenpois	24	73 Beamte

Insgesamt: 8.218 Beamte

F.d.R.

Kanzleiangestellte

Litauische Hilfspolizei.

Litauisches Sicherheitsdepartement in Kauen	14o Beamte
Sicherheits- und Kriminalpolizei	
Kauen Stadt	233 Beamte
Kauen Land	129 "
Schaulen	33 "
Telschen	28 "
Ponewisch	21 "
Miriampol	35 "
Wilna	131 "
Meldeämter	
Kauen, Wilna	83 Beamte
Insgesamt:	833 Beamte

F.d.R.

Kanzleiangestellte

156

Anlage 5

Belegung der Gefängnisse.

157

Gefängnisse in Litauen.

Vom EK 3 wird zurzeit die Belegung der Gefängnisse in Litauen festgestellt.

In K a u e n sind in Haft:

im Zentralgefängnis	52o Personen, davon 5o Juden,
im Polizeigefängnis	69 Personen, davon 3 Juden.

F.d.R.
Kanzleiangestellte

158

Gefängnisse in Lettland.

	Gefängnis	Polit.Häftlinge	Krimin.Häftlinge	
1.	Zentralgefängnis R i g a	2.837	63	
2.	Termingefängnis R i g a	672	24	
3.	Dünaburg	181	15	
4.	Wolmar	5o7	21	
5.	Mitau	921	45	
6.	Libau	4o4	12	
7.	Wenden	222	14	
8.	Windau	143	3	
9.	Truckum	1o1	7	
1o.	Madohn	145	1	
11.	Jakobstadt	84	8	
12.	Marienburg	83	1	
13.	Ludsen	167	16	
14.	Rositten	597	13	
				insgesamt:
	insgesamt:	7.o64	243	7.3o7

F.d.R.

Kanzleiangestellte

159

Gefängnisse in Estland.

	Gefängnis	Belegungs-möglichkeit	z.Zt.belegt	Bemerkungen
1.	Zentralgefängnis Reval	1.200	2.600	—
2.	Frauengefängnis Reval	350	—	wir z.Zt. belegt
3.	Harku	700	400	KZ-Lager (Juden)
4.	Murru	500	40	KZ-Lager
5.	Pernau	500	950	—
6.	Dorpat	500	400	—
7.	Fellin	400	1.000	—
8.	Wesenberg	400	500	—
9.	Petschur	500	2.700	—
10.	Narwa	200	300	—
11.	Werro	200	350	—
12.	Walk	150	200	—
13.	Weissenstein	80	150	—
14.	Hapsal	80	160	unbelegt
15.	Arensburg	80	—	Kolonie
16.	Laitz	300	—	Anstalt f.Minderjährige. D.Belegung wird augenblicklich durchgeführt
	insgesamt:	6.140	9.750	

F.d.R.

[signature]

Kanzleiangestellte

N. K. G. B. Sowjet-Lettlands

161

A n l a g e   6

Sonderbericht über die GPU.
in Lettland.

Einrichtung und Einteilung des NKGB (Tscheka) in Lettland.

Bis zum März 1941 bestand die Tscheka als gesonderte Verwaltung unter der Bezeichnung U.G.B. - Upravlenije gosudartvenoi bezopasnosti - Staatssicherheitsverwaltung - bei der NKWD. - Narodni komisiariat vnutrenich djel - Volkskommissariat für innere Angelegenheiten. Im März 1941 wurde sie selbständiges Kommissariat und führte die Bezeichnung NKGB. - Narodni komisiariat gosudarstvenoi bezopasnosti - Staatssicherheitskommissariat. (Dieses Kommissariat blieb in den Räumen des früheren lettischen Innenministeriums (Ecke Freiheit- und Säulenstrasse), während die NKWD. die Räume des früheren lettischen Landwirtschaftsministeriums bezog.) Aufgabe der Tscheka war die Verfolgung, Untersuchung und Bekämpfung von Verbrechen politischen Charakters sowie die Überwachung der Gefängnisse in bezug auf politische Häftlinge.

Die Tscheka wurde von einem Volkskommissar geleitet - narkommissar - der seinen Sekretär und Gehilfen hatte - zamnarkom - Gehilfe des Volkskommissars. Die Tscheka gliederte sich in mehrere Abteilungen, die ihrerseits wieder in Unterabteilungen mit eigenen Sekretariaten aufgeteilt waren. An der Spitze einer Abteilung bezw. Unterabteilung stand ein Vorsteher - natschalnik - und sein Gehilfe - zamnatschalnik. Die niederen Tschekisten wurden - abhängig von den Abteilungen, in denen sie arbeiteten - als ältere operative Bevollmächtigte, operative Bevollmächtigte, Gehilfe des operativen Bevollmächtigten, Untersuchende - sledavatjeli - jüngere Untersuchende, Verfolgende - ustanovotschniki - usw.bezeichnet.

Ausser diesen Dienstbezeichnungen hatten die Tschekisten, ähnlich wie in der Armee, auch ihren Dienstrang. Dieser wurde jedoch nur nach Beendigung der 1 ½ jährigen Tschekistenschule in Moskau verliehen und erst danach wurden entsprechende Rangabzeichen an den Aufschlägen

getragen (z.B. Vorsteher der Archivabteilung, jüngerer Leutnant der Staatssicherheit Kottnatschalnik archivnowo otdjela, mladschi leitenant gosudarstvennoi bezopasnosti Kott).
Die Hauptabteilungen der Tscheka bezw. NKGB. waren folgende:

1.) Sekretariat
2.) S.P.O. - Geheime politische Abteilung -
3.) K.R.O. - wahrscheinlich Spionageabwehrabteilung -
4.) Untersuchungsabteilung - Sledtschast -
5.) R.O. - ähnlich der Untersuchungsabteilung -
6.) O.K. - Personalabteilung -
7.) A.Ch.F.O. - administrative Wirtschafts- und Finanzabteilung -
8.) Innere Gefängnisabteilung
9.) Gefängnisabteilung
10.) Archivabteilung
11.) Autotechnische Abteilung
12.) Abteilung II
13.) Abteilung III
14.) Abteilung IV
15.) Abteilung V
16.) Postabteilung
17.) Kommandantur.

Ausser den erwähnten Abteilungen bestand noch in jedem Kreise eine Tscheka, die als Teil der Haupttscheka galt und ihr direkt unterstand. Der Aufbau der Kreistscheka war ähnlich wie bei der Haupttscheka (zwar in engerem Bestande, doch ebenfalls mit den Abteilungen schon als Unterabteilungen und wurden nicht weiter unterteilt wie bei der Haupttscheka). Ferner bestand noch eine besondere Eisenbahn-Tscheka. Die Eisenbahn-Tscheka, und zwar die DTO - NKGB - D.T.O. dorozni transportni otdjel - Wege-und Transportabteilung - unternahm Säuberungsaktionen unter den Eisenbahnbeamten und war wahrscheinlich

scheinlich der Tscheka unterstellt. Die Heeres-Tscheka mit der Bezeichnung "Osobi otdjel" - besondere Abteilung - arbeitete in den Reihen der R.K.K.A. - Roten Armee der Arbeiter und Bauern - und hatte wahrscheinlich Verbindung mit der Moskauer Zentrale ausserhalb der Rigaer Tscheka. In Riga stand ausserdem noch eine besondere N.K.W.D.-Truppe, die die Aufgabe hatte, verschiedenen Wachdienst zu versehen, so bei der Tscheka und an Gefängnissen, Aufstände zu unterdrücken usw. Diese Einheiten trugen die gleichen Uniformen wie die Tschekisten - Mützen mit rotem Band und blauem Oberteil - und zählten zur O.O., NKWD. Pribewo, d.h. sie waren ein Teil des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten im gesonderten Wehrkreis des Baltikums.

Die Leitung der Tscheka.

Der Leiter bezw. Kommissar der Tscheka - narkom - leitete mit seinen Stellvertretern - zamnarkom - die Arbeit der Haupttscheka, deren direktes Arbeitsgebiet die Stadt Riga war, der Kreis- und Eisenbahntscheka. Der Kommissar und die Stellvertreter unterschrieben die Verhaftungs- und Verschickungsbeschlüsse der Tscheka - postanovlenija na arest i viselenije - und bestätigte wahrscheinlich auch die Todesurteile.

1.) Sekretariat.

Das Sekretariat führte nur die technische Kanzleiarbeit durch und hatte keinerlei Verhaftungen und Verfolgungen auszuführen. Zum Sekretariat zählte auch der "Diensttuende der Tscheka". Dieser half dem Hauptsekretariat, überwachte den Fernsprecher und hatte drei Kraftwagen zu seiner Verfügung, die er auf Anordnung der Abteilungen ausschickte. Als Diensttuende wurden die Leiter der Abteilungen oder Unterabteilungen

bezeichnet, wie auch deren Gehilfen, die älteren operativen Bevollmächtigten und deren Gehilfen herangezogen.

2.) S.P.O. - sekretni polititschestki otdjel -
- Geheime politische Abteilung -

Die S.P.O. - Abteilung mit ihrem Netz geheimer Nachrichtenüberbringer sammelte Nachrichten über einzelne Personen und Organisationen und führte Verhaftungen durch. Verhöre und Verfolgungen hingegen wurden hier nicht durchgeführt. Jeder Tschekist hatte seine eigene "Linie" (Arbeitsgebiet), so z.B. Schutzwehr, ehemalige Polizeibeamte usw. und ein eigenes Netz von geheimen Nachrichtenüberbringern. Wenn ein Tschekist genügend Material gegen eine Person gesammelt hatte, übergab er dieses Material der Untersuchungsabteilung - sledtschast. Hierbei konnte er die Verhaftung der verdächtigen Person selbst vornehmen oder sie auch der Untersuchungsabteilung überlassen. Die S.P.O. wurde eingeteilt in Verwaltung und Unterabteilungen.

a) Verwaltung.

Vorsteher und Gehilfen, die die Arbeit aller Abteilungen leiteten. Die Leitung hatte auch ihr Netz von geheimen Agenten. Auf welchen "Linien" diese arbeiteten, ist noch nicht geklärt.

b) Sekretariat.

Hier wurden die technischen Kanzleiarbeiten durchgeführt.

c) S.P.O. Abteilung I

beschäftigte sich mit Weissrussen der "lettischen nationalen Legion", Sozialdemokraten, ehem. Polizeibeamten, Beamten der ehem. Politischen Verwaltung, Gerichtsangestellten und dem Bauernbund.

d) S.P.O. Abteilung II

beschäftigte sich mit den Ärzten, Schauspielern, Rechtsanwälten, Universitäten, Schülern, Lehrern und allen Jugendorganisationen.

e) S.P.O. Abteilung III

beschäftigte sich mit der Kirche, dem "Perkonkrust", 'Jauna Latvija", Tevija Sargs, der Stellmacher-Partei, den Juden, Schutzwehrleuten und ehemaligen Staatsmännern.

f) S.P.O. Abteilung IV

bearbeitete die ehemaligen Offiziere und Weissgardisten.

g) S.P.O. Abteilung V

war zuständig für Proklamationen, Agitation und antistaatliche Bewegungen.

3.) K.R.O. - kontrrazvetki otdjel -
- Spionageabwehrabteilung -

Die nähere Zusammenstellung der K.R.O. - Abteilung ist nicht geklärt. Die Abteilung beschäftigte sich mit Ausländern, die im Spionageverdacht standen, Weissgardisten, den Offizieren der filatelistischen und Esperanto-Linien. Ausserdem fielen der Abteilung die Angelegenheiten aller Fremdstämmigen zu - mit Ausnahme von Letten, Russen und Juden, soweit sie nicht Verbindung mit dem Ausland hatten. Die Abteilung hatte ihr eigenes geheimes Nachrichtennetz und führte auch Verhaftungen durch.

4.) Untersuchungsabteilung - sledtschastj -

Die nähere Unterabteilung ist noch nicht bekannt. Hier wurden die Verhafteten und auch Zeugen vernommen. Beim Verhör wurde Folter, Drohung und dergleichen angewandt. In der letzten Zeit wurden im Einvernehmen mit der Leitung der Tscheka ohne Gerichtsspruch Entschliessungen über Erschiessungen gefasst und auch die Urteilsvollstreckung durchgeführt.

Ob die Untersuchungsabteilung ihr eigenes Nachrichtennetz hatte, ist noch nicht geklärt.

5.) R.O.

Die R.O.-Abteilung war ähnlich der Untersuchungsabteilung. Ihre Arbeit und nähere Einteilung ist nicht -6-

164

bekannt.

6.) O.K. - Personalabteilung - otdjel kadrov -

Hier wurden die Personalangelegenheiten der Tschekisten geregelt und die eigenen Tschekisten mit einem geheimen Nachrichtennetz umgeben. Diejenigen Tschekisten, die sich schwerere Übertretungen zuschulden kommen liessen, wurden abkommandiert. Sie kehrten jedoch nie wieder zurück. Es ist anzunehmen, dass die Abkommandierung Erschiessung bedeutete. Die nähere Einteilung der Abteilung ist nicht geklärt.

7.) A.Ch.F.O. - Administrative Wirtschafts- und Finanzabteilung -

Diese Abteilung regelte die wirtschaftlichen Angelegenheiten. Sie zahlte die Löhne, gab Bescheinigungen aus, regelte Wohnungsangelegenheiten usw. Nähere Einteilung ist nicht bekannt.

8.) Innere Gefängnis-Abteilung.

Diese Abteilung überwachte die im Hause der Tscheka befindlichen Arresträume und Kammern.

9.) Gefängnis-Abteilung.

Diese Abteilung verwaltete die äusseren Gefängnisse. Sie hatte ihr eigenes Netz von Geheimagenten, mit deren Hilfe sie die Verhafteten aushorchte und die Entlassenen und die Angehörigen von Verhafteten überwachte.

10.) Archiv-Abteilung.

Im Archiv sammelte und ordnete man die Materialien der N.K.G.B. und der früheren politischen Verwaltung.

11.) Autotechnische Abteilung.

Sie verwaltete die Garage und die der Tscheka zur Verfügung stehenden Kraftwagen.

-7-

12.) Abteilung II.

führte im Masstab Lettlands eine Kartei über Verhaftete, Verdächtigte, Verschickte und Erschossene, wie auch über die geworbenen Geheimagenten, Residenten und geheimen Nachrichtenüberbringer.

13.) Abteilung III.

Diese Abteilung beschäftigte sich mit der unmittelbaren Verfolgung und nahm auch Verhaftungen vor. Ein Teil der Tschekisten zog Nachrichten ein und führte Überwachungen und Observationen durch. Zur erfolgreichen Ausführung dieser Aufgabe wechselten die Tschekisten ihr Äusseres und die Kleidung und hatten die verschiedensten gefälschten Dokumente zur Verfügung. Diese Abteilung III hatte auch ihr eigenes Nachrichtennetz.

14.) Abteilung IV

beschäftigte sich mit der Herstellung der verschiedensten gefälschten Dokumente, wie Pässen, Bescheinigungen u.a. Sie fotografierte, verglich Handschriften, Fingerabdrücke und nahm andere Expertisen und chemische Analysen vor.

15.) Abteilung V.

Diese Abteilung wurde in der letzten Zeit gegründet und beschäftigte sich mit Telegrammen und Chiffres.

16.) Postabteilung

empfing, verteilte und versandte die Post.

17.) Kommandantur.

Die Kommandantur gab die Durchlasscheine heraus und überwachte den Wachdienst.

<u>Die Abteilung der Kreis-N.K.G.B.
und die Eisenbahn - D.T.O. - N.K.G.B.</u>

Die Kreis- und Eisenbahnabteilungen waren direkt der Hauptverwaltung der Tscheka unterstellt und übten in ihrem Gebiet die gleichen Funktionen aus wie diese. Wie bisher festgestellt mit einer Ausnahme: in ihrem Bereich fehlte die Abteilung II, d.h. sie führten keine Karteien über Verhaftete, Verdächtigte, Erschossene und über Agenten. Diese führte, wie schon erwähnt, im gesamtlettischen Masstab die Haupttscheka.

<u>Schaffung des Netzes der Geheimagenten.</u>

Die Tschekisten, und zwar die Abteilungs- und Unterabteilungsvorsteher, die operativen Bevollmächtigten und auch ein Teil ihrer Gehilfen hatten ihr geheimes Nachrichtennetz: Agenten, Residenten und geheime Nachrichtenüberbringer. Solche Netze hatten bestimmt die S.P O., K.R.O., Gefängnisabteilung, Abteilung III, Kreis- und Eisenbahnabteilungen. Ob die anderen Teile Agenten hatten, ist nicht geklärt.

Die Mitarbeiter des geheimen Netzes wurden "Geheimmitarbeiter" genannt - sekretnije sotrudniki. Sie wurden freiwillig oder auf erzwungenem Wege geworben. Jedem Geheimmitarbeiter wurde ein Pseudonym zugeteilt. Die Tschekisten forderten von ihm eine Unterschrift, etwa folgenden Inhaltes:

> "Ich, der Bürger N.N., gebe mittels Unterschrift der N.K.G.B. das Versprechen, alle mir bekannten Nachrichten über sowjetfeindliche Äusserungen und Feinde der Sowjeteinrichtungen zu übermitteln. Über meine Beziehungen zur N.D.T.K. werde ich auch zu meinem allernächsten Verwandten nichts verlautbaren, widrigenfalls ich die volle Verantwortung für Verbreitung von Staatsgeheimnissen zu tragen habe. Verbindung werde ich nur

mit der Person aufrecht erhalten, die mir bezeichnet wird. Alle einzuliefernden Unterlagen unterschreibe ich mit dem Wort: - irgendein Pseudonym - Unterschrift."

Der geheime Nachrichtenüberbringer -

- sekretni oswedometel -

war ein Bürger, den die Tschekisten freiwillig oder durch Drohungen für den Dienst der NKGB. geworben hatten und der ohne besonderen Auftrag oder Hinweise Nachrichten über antikommunistische Äusserungen, die er in seiner Arbeitsstelle, bei Verwandten oder Bekannten gehört hatte, überbrachte. Diese Nachrichtenüberbringer warb jeder Tschekist für seine "Linie". Sie zählten als geworbene Mitarbeiter. Ein Monatsgehalt empfing der Nachrichtenüberbringer nicht, dagegen erhielt er für besonders wichtige Nachrichten einmalige Zahlungen bis zu 300 Rubel. Meistens empfing er jedoch keinerlei Vergütung, denn die Spionage und Verrat an seinen Mitbürgern wurde als Ehrenpflicht jedes Sowjetbürgers angesehen.

Der Agent.

Der Agent war Nachrichtenüberbringer mit einem Pseudonym mit besonderen Aufgaben. Er hatte bestimmte Personen zu verfolgen und wurde auf besondere Dienstreisen geschickt. Die Löhnung der Agenten war die gleiche wie die der Nachrichtenübermittler. Auch diese konnten gezqungenermassen geworben sein, arbeiteten aber zumeist freiwillig und kamen aus den zuverlässigen kommunistischen Reihen. Den gezwungenen Agenten wurde dauernd mit Verhaftung gedroht.

-1o-

141

Der Resident.

Wenn ein Tschekist bereits soviel Agenten geworben hatte, dass er von ihnen nicht mehr die Nachrichten in Empfang nehmen konnte, übergab er die minderwertigeren Agenten einer besonderen Person, die ein Mittelding zwischen Agent und Übermittler sein könnte. Diese Person wurde "Resident" genannt. Er nahm die Nachrichten der ihm zugewiesenen Agenten entgegen und vermittelte sie an die Tschekisten weiter. Diese Residenten konnten auch zwangsweise geworben sein, kamen aber meist aus den Reihen der Partei oder anderer kommunistischer Organisationen.

Nachrichtenübermittler und Agenten konnten die Tschekisten nur mit Genehmigung des Abteilungsleiters, Residenten jedoch nur mit Genehmigung des Volkskommissars oder seines Stellvertreters werben.

Das Zusammentreffen mit den Residenten, Agenten oder Nachrichtenübermittlern geschah auf der Strasse, in konspirativen Wohnungen oder - in seltenen Fällen - im Dienstgebäude der Tscheka. Die Zusammenkünfte nannte man "Javka". Die konspirativen Wohnungen hiessen K.K. oder "Kukuschka". Sie waren meist unbewohnt und lauteten auf den Namen irgendeiner Behörde oder eines mit gefälschten Dokumenten ausgestatteten Tschekisten.

Die Nachrichtenübermittler, Agenten und Residenten erhielten keinerlei Ausweispapiere. Es war ihnen auch nicht bekannt, dass eine Kartei über sie geführt wurde. Das geheime Netz der Mitarbeiter kannte sich untereinander nicht. Zum Zwecke der Überprüfung dieser geheimen Mitarbeiter gaben die Tschekisten oftmals gegenseitig auf, einander zu folgen und sich gegenseitig zu beobachten.

....

F.d.R.
Kanzleiangestellte

172

Anlage 7

Übersicht über die obersten Behörden
und Dienststellen der Estnischen
Sozialistischen Sowjet-Republik.

Die obersten Behörden und Dienststellen der Estnischen Sozialistischen Sowjet-Republik

Zentralbehörden in Moskau

Staat:

Vertreter der Zentralregierung Moskau in ESSR
Boris Botschkarev (mit Schiff geflüchtet)

Präsidium des Obersten Rats der ESSR:

Vorsitzender:
Johannes Wares-Barbarus.

Oberster Rat der ESSR
(Parlament)

Rat der Volkskommissare der ESSR:

Vorsitzender: Joh. Lauristin
Vertreter: Neme Ruus

Stv. u. Vors. d. Staatl. Planungskommission: O. Sepre.
Stv. u. VK. f. Bildungswesen: N. Andresen.
Stv. u. VK. f. Staatskontrolle: E. Päll.
Stv. u. Chef d. Sportkomitees: A. Kress.

Volkskommissare für:

Leichtindustrie: A. Weimer.	**Justiz:** A. Jöeäär.	**Kommunalwirtsch.:** A. Raadik.
Landwirtschaft: G. Ebels.	**Staatssicherheit:** B. Kumm.	**Finanzen:** P. Keerdo.
Sozialvers.: Lüüs.	**Gesundheit:** Dr. Hion.	**Arbeit:** Wihalem. — **NKWD:** A. Murro.

VK. d. örtl. Industrie Reval: Sauer.

Partei:

Zentralkomitee der Komm. Partei:

Erster Sekretär: Säre.
Zweiter Sekretär: Karotamm.
Mitglieder:
Oskar Cheer (Komm. Jugend).
Neme Ruus (Agitation und Propaganda).
Erich Kadakas.
Sekretäre: Arbon.
Feodor Okk.
Instruktor der Organisationsabteilung: Oswald Tuul.

Illegales Zentralkomitee:

Vorsitzender: Säre.
Mitglieder: Cheer.
Ruus.
Kadakas.
Mitarbeiter: Arbon.
Für Partisanenarbeit: Okk.
Kandidat: Vellmann.

Sekretär: Karl Tooming.

~~Rot~~ unterstrichene Funktionäre befinden sich in Haft.

175

Anlage 9

Tätigkeits- und Erfahrungsberichte
über die Bekämpfung der Partisanen.

146

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD.
Einsatzgruppe A.

Riga, den 29.9.41.

Erfahrungsbericht über die Bekämpfung der Partisanen.

In den ersten Wochen des Ostfeldzuges wurden im Gebiet der Heeresgruppe Nord in täglich zunehmendem Umfang hinter den deutschen Linien bis weit in das rückwärtige Heeresgebiet hinein Überfälle auf einzel fahrende Kraftfahrzeuge und kleinere Kolonnen Sabotageakte an Eisenbahnlinien, Strassen und Brücken, Zerstörungen von Telefon- und Telegrafenanlagen, Vernichtung von Vorratslagern usw. verübt. Urheber dieser Sabotageakte waren die im Rücken der deutschen Front eingesetzten roten Partisanengruppen, zu deren Bildung Stalin in seiner Rede, die in der Zeit vom 3. bis 7.7.1941 täglich im Rundfunk wiederholt wurde, aufgefordert hatte.

Die Tätigkeit der Partisanen ist keineswegs mit dem Heckenschützenunwesen in den Feldzügen in Polen und im Westen zu vergleichen. Während es sich dort um wenig vorbereitete, zum Teil improvisierte Aktionen der verhetzten Zivilbevölkerung handelte, haben die Sowjets mit den Partisanengruppen eine von langer Hand vorbereitete Organisation zum Einsatz gebracht. Die Aufstellung von Partisanengruppen ist nicht eine Erfindung dieses Krieges. Vielmehr hat sich die sowjetische Militärliteratur schon seit langer Zeit mit dem Wert der Organisation und der Arbeitsweise der Partisanen ausführlich beschäftigt.

-2-

Während der ersten Wochen des Ostfeldzuges war über Stärke, Organisation und Kampfesweise der Partisanen nur wenig bekannt. Eine systematische Bekämpfung des Partisanenunwesens war deshalb zunächst überaus schwierig und stellenweise wenig erfolgreich. Da die Zahl der Überfälle und Sabotageakte ständig zunahm und die Aktivität der Partisanen nicht unwesentliche Verluste an Menschen und Material zur Folge hatte und auch eine erhebliche Beunruhigung hinter den deutschen Linien hervorrief, musste an eine systematische Bekämpfung der Partisanen herangegangen werden.

Die Einsatzkommandos der Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei haben sich von Anfang an an der Bekämpfung des Partisanenunwesens beteiligt. Eine enge Zusammenarbeit mit der Wehrmacht und der Austausch der bei der Partisanenbekämpfung gesammelten Erfahrungen brachte im Laufe der Zeit eine genaue Kenntnis über die Entstehung, Organisation, Stärke, Ausrüstung und Arbeitsweise der roten Partisanen. Die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei beschränkten sich nicht darauf, die in ihrem Wirkungsbereich auftauchenden Partisanentrupps zu bekämpfen, sondern waren bemüht, dazu beizutragen, die Abwehrtätigkeit zu intensivieren und hierbei die besonderen Möglichkeiten der sicherheitspolizeilichen Arbeit nutzbar zu machen. Russische Überläufer und Kriegsgefangene sowie ergriffene Partisanen wurden sorgfältig vernommen. Das bei ihnen vorgefundene Material wurde in mühsamer Kleinarbeit zusammengestellt und die bei den einzelnen Einsatzkommandos in der Bekämpfung der Partisanen gesammelten Erfahrungen wurden ausgewertet.

172

Die wesentlichen Ergebnisse dieser Arbeit seien nachstehend zusammengefasst:

I. Entstehung und Organisation der Partisanen.

Schon beim ersten Auftreten der Partisanengruppen zeigte sich ihre unterschiedliche Zusammensetzung.

1) Aus Aussagen von russischen Kriegsgefangenen, Überläufern und ergriffenen Partisanen ergab sich, dass in Petersburg seit Kriegsbeginn 1o Partisanenregimenter aufgestellt worden waren. Jeder der 1o Petersburger Militärbezirke hatte die Auflage erhalten, 1 Regiment in Stärke von 1.ooo Mann aufzustellen. Die Regimenter gliederten sich in 1o Bataillone mit je 1oo Mann. Die Meldung zu diesen Partisanenregimentern erfolgte freiwillig. Diese Freiwilligen stammten zum Teil aus der Sowjetarmee, zum Teil aus sonstigen Freiwilligen, meist Kommunisten, die als Arbeiter in der Rüstungsindustrie beschäftigt waren. Besonders stark war der Zustrom aus den Komsomolen. Die führenden Stellen wurden mit zuverlässigen Kommunisten, die in der Partei massgeblich gearbeitet hatten, zum Teil mit kommunistischen Ingenieuren besetzt.

2) Die zweite Art von Partisanen-Einheiten setzte sich aus Angehörigen zerschlagener russischer Truppenteile zusammen. Es wurde festgestellt, dass die Soldaten der niedergekämpften Regimenter von ihren Kommandeuren und Kommissaren den Befehl erhalten hatten, sich zu Partisanengruppen zusammenzuschliessen

zuschliessen und hinter den deutschen Linien tätig zu werden.

3) Weitere Partisaneneinheiten setzen sich aus Kommunisten und roten Kommissaren zusammen, die infolge des schnellen Vormarsches der deutschen Truppen keine Möglichkeit mehr gefunden hatten, hinter die russischen Linien zu flüchten. Nachdem sie zunächst ihre Wohnorte verlassen hatten, sammelten sie sich in den Wäldern in der Nähe ihrer bisherigen Wohnorte zu Partisanengruppen in sehr unterschiedlicher Stärke.

4) An verschiedenen Stellen wurden sowjetrussische Fallschirmspringer ergriffen, die ebenfalls als Partisanen eingesetzt worden waren. Bei diesen handelt es sich zum Teil um Rotarmisten, zum Teil um Angehörige der Zivilbevölkerung, die sich teils freiwillig zu diesen Fallschirmtrupps gemeldet hatten, teils unter schärfsten Drohungen in diese Trupps gepresst worden waren.

5) Schliesslich sind noch die sogenannten Zerstörungstrupps zu erwähnen. In den grösseren Städten, insbesondere solchen mit Industrieanlagen, wurden von den Sowjets vor dem Einmarsch der deutschen Truppen sog. Istribitjelni-Bataillone (d.h. Vernichtungsbataillone) gebildet. Ihre Hauptaufgabe sollte die Bekämpfung deutscher Fallschirmjäger sein. Daneben sollten sie alles zerstören, was die Rotarmisten beim Rückgang mangels Zeit nicht vernichten konnten. Nähere Feststellungen über die Zusammensetzung dieser Bataillone wurden in Riga, Dorpat, Petseri und Werro getroffen. Die

Bataillone standen unter der Führung von Reserve-Offizieren oder aktiven Kommunisten. Führende Funktionen waren den Betriebsleitern und anderen Funktionären der Industrieanlagen übertragen worden. Unter den Angehörigen der Vernichtungsbataillone befanden sich zahlreiche Juden. Ausserdem waren den Stäben Frauen als Krankenschwestern, Sekretärinnen usw. zugeteilt. Die bekanntgewordenen Vernichtungs-Bataillone haben sich beim weiteren Vordringen der deutschen Kräfte hinter die deutschen Linien zurückgezogen und betätigen sich nunmehr dort in derselben Weise wie die übrigen Partisanengruppen.

II. Die Ausrüstung und Bewaffnung.

Die Ausrüstung und Bewaffnung der Partisanen-Einheiten ist je nach Art ihrer Zusammensetzung verschieden.

1) Die in Petersburg aufgestellten Partisanen-Regimenter tragen, soweit sie sich aus regulären Rotarmisten zusammensetzen, die vollständige Uniform der Sowjet-Armee, jedoch ohne jegliche Rangabzeichen. Die übrigen Freiwilligen tragen zum Militärrock eine blaue Hose. Die Bewaffnung besteht aus Gewehren, zum Teil aus modernen halbautomatischen Gewehren mit etwa 140 Schuss Munition, 2 - 3 Handgranaten und 1 Flasche Benzin.

2) Die unter I,2 genannten Partisanen sind sehr unterschiedlich ausgerüstet. Zum Teil tragen sie ihre Uniform weiter. Vielfach haben sie sich teilweise oder ganz in Zivil gekleidet. In letzter Zeit

181

sind die Angehörigen dieser Partisanengruppen fast ausnahmslos in Zivil angetroffen worden. Sie führen hauptsächlich die geretteten Waffen ihrer Einheiten, u.a. auch Maschinenpistolen und MG's.

3) Die unter I,3 beschriebenen Partisanen tragen ausnahmslos Zivilkleidung. Ihre Bewaffnung ist uneinheitlich und stammt aus zurückgelassenen Beständen der zurückgewichenen roten Verbände oder aus erbeuteten deutschen Waffen.

4) Die Ausrüstung der Fallschirmspringer besteht normalerweise aus Karabinern mit 120 Schuss Munition, Pistolen mit 36 Schuss Munition, Handgranaten, mehreren Kilogramm Sprengstoff mit Zündkapseln und Schnur. Verpflegung wird in Form von Fleischkonserven und Schokolade mitgeführt. Ausserdem hatten die ergriffenen Fallschirmpartisanen bis zu 1.000 Rubel Bargeld und stellenweise auch deutsche Reichskreditkassenscheine bei sich.

5) Die Angehörigen der Vernichtungs-Bataillone tragen Zivilkleidung oder dunkelblaue Kleidung und Mützen nach Art der Skimützen. Sie sind mit LMG's, automatischen Gewehren und Handgranaten ausgerüstet.

III. Die Aufgaben und die Kampfesweise

der verschiedenen Partisanengruppen ist teils aus den Erfahrungen der Bekämpfung, teils aus den erfassten Kampfanweisungen der Partisanen selbst bekannt geworden.

-7-

Bezeichnend ist die Aussage eines gefangenen Partisanen eines in Petersburg aufgestellten Bataillons: "der Partisan muss alles vernichten, was er erreichen kann." So lautet nach seiner Aussage der grundlegende, den Partisaneneinheiten erteilte Befehl. In einer vom Befehlshaber für das rückwärtige Heeresgebiet Nord übermittelten "Kampfanweisung für Partisanengruppen" heisst es, dass "in den vom Feind besetzten Gebieten für ihn und seine Mithelfer unerträgliche Bedingungen zu schaffen sind. Alle Massnahmen des Gegners sind zu stören." Insbesondere sollen die Partisanen Brücken sprengen, Strassen zerstören, Telefon- und Telegrafenanlagen unbrauchbar machen, Waldbrände anlegen und Vorräte vernichten. Über die Taktik der Kampfpartisanen heisst es in dieser Anweisung: "Nur brutale und entschlossene Handlungen der Partisanenabteilungen verbürgen einen Erfolg und bringen der Armee Hilfe".

IV. Bekämpfung der Partisanen.

Neben der Sicherung der marschierenden und ruhenden Truppe gegen die Überfälle und Sabotageakte der Partisanen, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, ergab sich die Notwendigkeit, gegen das Partisanenunwesen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln aktiv vorzugehen. Es wurde hierbei von dem Grundsatz ausgegangen, dass es nicht genügt, angreifende Partisanen abzuwehren und unschädlich zu machen, sondern den obersten Grundsatz der Partisanen, den Gegner zu

beunruhigen und in jeder nur denkbaren Weise zu stören und zu schädigen, gegen die Partisanen selbst anzuwenden. Bei zahlreichen Aktionen gegen Partisanengruppen zeigte es sich, dass diese sich sorgfältig entsprechend den "Kampfanweisungen für Partisanengruppen" verhalten. Dies muss beim Einsatz gegen die Partisanen immer berücksichtigt werden.

Die ersten Versuche, die Partisanen durch systematisches Durchkämmen und Säubern der von ihnen verseuchten Räume zu erfassen, brachte zunächst verhältnismässig geringe Erfolge. Dies war insbesondere darauf zurückzuführen, dass den Partisanen nicht nur die genaue Kenntnis des Geländes zugute kam, sondern dass sie von der Bevölkerung, zumindest im altrussischen Raum, im stärksten Masse unterstützt wurden. Ein Herankommen an die gut getarnten und durch Beobachtungsposten gesicherten Unterkünfte der Partisanen war nur in seltenen Fällen möglich. Hinzu kam, dass die Partisanen sich tagsüber fast ausschliesslich in ungangbaren Waldgebieten versteckt halten und ihre Aktionen meist nur im Schutze der Dunkelheit durchführen.

Die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei gingen daher frühzeitig zur Errichtung eines Nachrichtennetzes über und setzten zur Erkundung der Schlupfwinkel der Partisanen Zivilerkunder ein. Die von den als Späher vorgeschickten Landeseinwohnern gebrachten Nachrichten waren in der ersten Zeit kaum brauchbar und zum Teil bewusst falsch. Der russischen Bevölkerung war nämlich beim Zurückgehen der roten Armeen von Politruks und Politkommissaren unter schärfsten Strafandrohungen

-9-

zur Pflicht gemacht worden, jede Unterstützung der deutschen Wehrmacht zu unterlassen. Es wurde angedroht, dass jeder, der dem Feind Hilfe leistet, nach der in kurzer Zeit zu erwartenden Rückkehr der Roten erschossen wird. Zum Teil auf Grund dieser Drohungen, zum Teil aus innerer Überzeugung, führten die zunächst angesetzten Vertrauenspersonen ihre Auftraggeber absichtlich irre. Da es jedoch dringend notwendig erschien, durch Aussagen und Nachrichten aus der Bevölkerung Hinweise über Aufenthalt und Marschweg der Partisanen zu erlangen, musste sie durch Anwendung schärfster Massnahmen gezwungen werden, brauchbare Nachrichten und Meldungen zu bringen. Aus der Erkenntnis, dass der Russe seit jeher an ein schonungsloses Durchgreifen der Autorität gewöhnt ist, wurde zu den härtesten Mitteln gegriffen. Wer den Partisanen bei der Beschaffung von Unterkunft und Verpflegung behilflich war, für sie Meldedienste leistete oder bewusst falsche Auskünfte gab, wurde erschossen oder erhängt. Häuser, in denen Partisanen Unterkunft oder Verpflegung gewährt wurde, wurden niedergebrannt. Sofern eine grössere Anzahl von Ortseinwohnern den Partisanen in dieser Weise behilflich war, wurde zur Strafe und gleichzeitig zur Abschreckung die ganze Ortschaft niedergebrannt. Die Wirkung dieses Vorgehens zeigte sich sehr schnell. Die scharfen Massnahmen der Sicherheitspolizei sprachen sich über die Grenzen der Einsatzräume der einzelnen Teilkommandos hinaus schnell herum. Schon wenige Tage nach den ersten Strafaktionen

-10-

brachten freiwillige Meldungen aus der Zivilbevölkerung wertvolle Hinweise über den Aufenthalt von Partisanen, so dass deren Vernichtung möglich wurde. Beim weiteren Kampf gegen die Partisanen muss erreicht werden, dass die Bevölkerung sich nicht nur jeder Unterstützung der Partisanenbanden enthält, sondern zum eigenen aktiven Vorgehen gegen diese veranlasst wird. Die Bereitwilligkeit hierzu ist stellenweise bereits vorhanden, weil die Partisanen der Bevölkerung vielfach äusserst rücksichtslos gegenübertreten und z.B. die Verpflegung, die ihnen nicht freiwillig gegeben wird, mit vorgehaltener Pistole erpressen. Die brutale und hinterlistige Kampfesweise der Partisanen rechtfertigt jedes Abwehrmittel, auch die schärfste kollektive Gewaltmassnahme, um diese Bereitwilligkeit notfalls zu erzwingen. Als Grundsatz muss gelten "Terror wird mit Terror bekämpft". Wer dem Feind hilft, stellt sich auf dessen Seite und wird entsprechend behandelt.

Um die Erkundungstätigkeit gegen die Partisanen weiter auszubauen, wurden die den Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei zugeteilten lettischen und estnischen Dolmetscher als Zivilerkunder eingesetzt. Sie wurden als Bauern verkleidet in die Dörfer vorgeschickt. Da sie fliessend russisch sprechen, wurden sie von der Bevölkerung nicht als Erkunder erkannt und erhielten wertvolle Auskünfte. Stellenweise werden diese Dolmetscher als Partisanen getarnt und [illegible] sich der Bevölkerung gegenüber als solche aus. Während sie zunächst bere[illegible], [illegible] [illegible]stützt und

verpflegt wurden, nahm die Bevölkerung ihnen gegenüber nach dem Bekanntwerden der ersten Strafaktionen eine schroff ablehnend und zum Teil sogar drohende Haltung ein. Auf Grund der auf diese Weise gesammelten Erfahrungen und der erzielten Erfolge kann als Grundsatz für die Partisanenbekämpfung beibehalten werden, dass dem militärischen Vorgehen eine sorgfältige Erkundungstätigkeit vorausgehen muss. Der Einsatz stärkerer Kräfte zur Umstellung oder zur Durchkämmung der Aktionsbereiche der Partisanengruppen ist nur dann lohnend und erfolgversprechend, wenn Aufenthaltsort und Stärke der Partisanen vorher möglichst genau festgestellt worden ist. Ohne diese Kenntnis wird es in den meisten Fällen wohl kaum gelingen, der Partisanen in dem unwegsamen und unübersichtlichen Gelände, in dem sie ihre Quartiere zu beziehen pflegen, habhaft zu werden.

Besonders sei darauf hingewiesen, dass die Partisanen sich in ständig zunehmendem Masse äusserst geschickt tarnen. Es wurde vielfach festgestellt, dass die Partisanen sich als Bauern verkleidet im Gelände bewegen und sich beim Näherkommen deutscher Einheiten mitFeldarbeiten beschäftigen. Eine genaue Kontrolle der Zivilbevölkerung hat häufig zur Erfassung derart getarnter Partisanen geführt. Hinzu kommt, dass geflüchtete Rotarmisten, die den Weg durch die deutschen Linien gefunden haben, sich so schnell wie möglich Zivilkleidung verschaffen und Verbindung zu den Partisanengruppen aufnehmen. Es ist festgestellt worden, dass gerade diese Rotarmisten den kämpferischen Rückhalt der

-12-

Partisanengruppen bilden. Es erscheint daher nicht angebracht, in Zivil angetroffene Rotarmisten ohne weiteres als Kriegsgefangene zu behandeln und in Gefangenenlager zu überstellen. Vielmehr muss eine möglichst eingehende Vernehmung und Überprüfung durchgeführt werden. Ferner wird in jedem Einzelfalle zu erwägen sein, ob in Zivil angetroffene Rotarmisten von den regulären Kriegsgefangenen abgesondert und in die Sammellager für Zivilhäftlinge zu bringen sind. Ausserdem erscheint es zweckmässig, durch öffentlichen Anschlag den entlaufenen Rotarmisten aufzugeben, sich kurzfristig etwa innerhalb 3 Tagen nach erfolgtem Maueranschlag bei der nächsten Wehrmachtseinheit zu melden. Für den Fall der Nichteinhaltung dieses Befehles müssten sie als Partisanen behandelt, das heisst erschossen werden, ohne dass dies von dem Einzelnachweis, dass sie den Befehl tatsächlich gekannt haben, abhängig zu machen ist

Abschliessend sei noch darauf hingewiesen, dass es erforderlich ist, ergriffene Partisanen vor der Liquidierung eingehend zu vernehmen, um unsere Kenntnis von Organisation, Aufenthalt, Stärke, Bewaffnung und den Plänen der Partisanen zu erweitern. Hierbei wird gelegentlich von der Möglichkeit der verschärften Vernehmung Gebrauch gemacht werden müssen. Besonders sorgfältig muss darauf geachtet werden, dass etwa bei den Partisanen gefundene Nachrichtengeräte, insbesondere Funkgeräte, nach Möglichkeit in den Dienst der Partisanenbekämpfung gestellt werden. Falls Funkgeräte erfasst werden, muss [illegible] werden, gegebenenfalls mit Hilfe

gefangenen Partisanen, einen Funkverkehr mit den bisherigen Funkpartnern herzustellen.

Die von den Einsatzkommandos erstatteten Einzelberichte lassen den Schluss zu, dass der Kampf gegen die Partisanen z.Zt. auf seinem Höhepunkt angelangt ist. Es ist anzunehmen, dass die grossen deutschen Erfolge der letzten Zeit die Einsatzfreudigkeit der Partisanen beeinträchtigen werden. Hinzu kommt ausserdem, dass mit dem Aufhören der sommerlichen Witterung die Unterkunfts- und Verpflegungsmöglichkeiten für die Partisanen immer schlechter werden. Schliesslich wird die Unterstützung der Partisanen durch die Bevölkerung immer geringer werden, da das scharfe Vorgehen gegen die Partisanenhelfer immer weiter bekannt wird

gez. Dr.Stahlecker
SS-Brigadeführer

F.d.R.

[illegible]
Kanzleiangestellte

Einsatzgruppe A   Den 17.8.1941

der Sicherheitspolizei und des SD

S t a b

Tätigkeits- und Erfahrungsbericht
über die Partisanenbekämpfung.

Nachdem die Entscheidung ergangen war, dass Petersburg in den Bereich der deutschen Operationen hineingenommen wird und der Einsatz der Gruppe A sich zusätzlich auch auf diese Stadt zu erstrecken hat, habe ich am 18.7.1941 Teile der EK 2 und 3 und des Gruppenstabes nach Novosselje vorgezogen, um diesen Einsatz vorzubereiten und möglichst frühzeitig in den Raum um Petersburg und in die Stadt selbst vorstossen zu können. Das Vorziehen der für Petersburg vorgesehenen Kräfte der Einsatzgruppe A erfolgte gemäss Vereinbarung und auf ausdrücklichen Wunsch der Panzergruppe 4.

Dieses für den Einsatz nach Petersburg gebildete Kommando wurde während der ersten Tage nach dem Vorziehen nach Novosselje für den Einsatz in Petersburg geschult. Da jedoch nach der militärischen Gesamtlage ein Vorgehen auf Petersburg zu dem ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt nicht zu erwarten ist, wurden die in Novosselje zusammengezogenen Teile des EK 2 und 3 gemäss Vereinbarung mit der Panzergruppe 4 zu umfangreichen Säuberungs- und Befriedungsaktionen im Gebiet der Panzergruppe eingesetzt. Es handelt sich hauptsächlich um den Raum, der von der Verbindungslinie zwischen Pog-Gora - Novosselje -

-2-

Osjerjewo - Szossjednow begrenzt wird.

Durch diesen Einsatz sollten zunächst die etwa noch zurückgebliebenen kommunistischen Funktionäre und sonstigen aktiven Kommunisten und Juden erfasst werden. Da die Juden und kommunistischen Funktionäre bei dem Rückzug der Sowjettruppen fast sämtlich geflohen waren, wurden nur 6 Juden und 1o Kommunisten ergriffen und exekutiert.

Schon bei den ersten Teilaktionen wurde durch Vernehmung der Zivilbevölkerung und einer grösseren Anzahl (insgesamt 86) aufgegriffener Rotarmisten, die zu einem Teil ihre Waffen weggeworfen hatten und sich in den Dörfern und Wäldern herumtrieben, festgestellt, dass sich in dem gesamten Raum, der durchgekämmt werden sollte, eine Reihe von Partisanengruppen befanden. Ausserdem wurde durch diese Vernehmungen festgestellt, dass weitere Partisanengruppen ihren Marschweg durch diesen Bereich nahmen. Gleichzeitig wurde bekannt, dass von Partisanengruppen fast täglich Überfälle auf einzeln fahrende Kraftfahrzeuge, sowie Sprengungen an den Brücken im Zuge der Rollbahn Pleskau - Luga und Sprengungen und Überfälle an der Eisenbahnstrecke Pleskau - Strugi - Krassnyje verübt wurden.

Da sich die Aktivität der Partisanengruppen täglich verstärkte, wurde das in Novosselje liegende Kommando immer stärker in die systematische Bekämpfung der Partisanen eingespannt. Da in dem oben beschriebenen Raum, ausser geringen in Novosselje selbst liegenden Teilen der Sicherungsdivision, Kräfte der Wehrmacht für die Durchführung dieser Aufgabe

191

nicht zur Verfügung standen, war das Kommando der Einsatzgruppe A fast ausschliesslich auf seine eigenen Kräfte angewiesen. Der Sicherungsbereich wurde in verschiedene Abschnitte eingeteilt und in täglich aufeinander folgenden Einsätzen auf diese Teilabschnitte angesetzt. Die Durchführung dieser Massnahmen war besonders dadurch erschwert, dass bei der Durchkämmung des Gebietes Strassen und Wege befahren werden mussten, die bisher von Kraftfahrzeugen überhaupt noch nicht befahren worden sind. An zahlreichen Stellen waren Brücken zerstört oder unpassierbar und mussten mit eigenen Mitteln provisorisch instandgesetzt werden. In dem Raum zwischen Sapolje und Bobowischtsche waren mehrere Wege vermint und daher unpassierbar. Da entsprechend ausgebildete Kräfte zur Beseitigung der Minen nicht zur Verfügung standen, wurden die Minenfelder gesperrt und gekennzeichnet und beim weiteren Vorgehen umgangen. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich dadurch, dass für die Verständigung mit der Bevölkerung im Rahmen der Erkundungstätigkeit nur eine geringe Zahl von Dolmetschern zur Verfügung stand.

Die Orientierung im Gelände war wegen der Ungenauigkeit und des zu grossen Massstabes des Kartenmaterials weiter erschwert. Trotzdem gelang es, durch fortgesetztes Befragen der Bevölkerung die Orientierungsschwierigkeiten zu beheben.

Das Verhalten der Bevölkerung bei der Erkundungstätigkeit war sehr unterschiedlich. Stellenweise wurden brauchbare Angaben gemacht, die es ermöglichten, den Marschweg,

-4-

Stärke und Bewaffnung der Partisanengruppen festzustellen. In anderen Ortschaften wurden dagegen offensichtlich irreführende Aussagen gemacht.

Nach Durchführung der ersten grösseren Streifen ergab sich folgendes Bild:

In dem zu sichernden Raum haben sich verschiedene kleinere Einheiten der Partisanen festgesetzt, meist in schwer passierbaren Waldgebieten in der Nähe von Dörfern. Diese Partisanengruppen setzen sich aus aktiven Kommunisten zusammen, die nicht zur roten Armee eingezogen waren. Sie verändern ihre Standorte in kurzen Zeitabständen, haben aber keine zentral gesteuerten Aufgaben zu erfüllen und bewegen sich nicht auf vorgeschriebenen Marsch- [illegible]. Sie sind nicht einheitlich bewaffnet und tragen keine Uniform. Ihre Waffen stammen aus irgendwelchen nicht näher feststellbaren Beständen und sind aus zurückgelassenen Waffen der zurückweichenden roten Armee ergänzt worden.

Ein Teil der Mannschaft ist vollauf mit der Beschaffung der Verpflegung beschäftigt. Die übrigen Teile verüben Überfälle auf einzeln fahrende Kraftfahrzeuge und Sabotageakte an Brücken, Eisenbahnlinien und dergleichen. Sowohl die Terrortrupps als auch die Gruppen, die zur Beschaffung der Verpflegung angesetzt werden, bewegen sich im Gelände äusserst vorsichtig und benützen jede nur erdenkliche Möglichkeit der Tarnung. Die Verpflegungstrupps gehen nur bis in die Nähe der Dörfer vor und legen den Hauptteil des Trupps in Deckung. Nur 1 oder 2 [illegible] [illegible] in das Dorf selbst vor.

Da sie äusserlich als Partisanen nicht zu erkennen sind (keine Uniform, Waffen unter dem Rock versteckt und zum Teil sogar als Bauern mit Sensen oder sonstigem Arbeitsgerät getarnt) ist es bei der Durchführung einer blossen Streifentätigkeit so gut wie ausgeschlossen, die Partisanen als solche überhaupt zu erkennen. Stellenweise ist es möglich, brauchbare Anhaltspunkte durch Vernehmung der Bevölkerung zu erhalten, wenn diese in der erforderlichen scharfen Form angesprochen und behandelt wird. Die Zurückhaltung der Bevölkerung bei der Auskunftserteilung ist einerseits darauf zurückzuführen, dass sich bei den Partisanengruppen frühere Einwohner der überholten Dörfer befinden, zum Teil darauf, dass die Partisanen bei der Verpflegungsbeschaffung die Dorfbevölkerung im stärksten Masse unter Druck setzen. Vielfach wurden Frauen, die sich weigerten, Verpflegung herauszugeben, von Partisanen mit Erschiessen bedroht. Ausserdem wurden der Dorfbevölkerung Vergeltungsmassnahmen angedroht für den Fall, dass man sie an die Deutschen verraten würde. Es wurde daher zunächst folgendermassen vorgegangen:

In Dörfern, in deren Bereich bisher das Auftreten von Partisanen nicht schon vorher ermittelt worden war, wurde der Bevölkerung freundlich gegenübergetreten. Bei dem allgemein bekannten Mangel an Brot gelang es meistens sehr schnell, einen oder einige Dorfbewohner als Vertrauenspersonen zu gewinnen. Es wurde ihnen versprochen, dass sie Brot erhalten, wenn sie irgendwelche Angaben über

die Partisanen machen oder künftig auftretende Partisanen den nächstgelegenen deutschen Wehrmachts- oder Polizeieinheiten melden. Aus dem auf diese Weise aufgebauten Nachrichtennetz gelangten zahlreiche Nachrichten an die Einsatzgruppe, die es ermöglichten, den Standort der Partisanen näher einzukreisen.

Insbesondere gingen Meldungen über Dorfbewohner ein, die Partisanen beköstigt oder ihnen vorübergehend Unterschlupf gewährt hatten. Auf der Grundlage dieser Meldungen wurde nacheinander eine grosse Anzahl von Dörfern überholt. Nach Umstellung des Dorfes wurden alle Bewohner auf einen Platz zusammengetrieben. Durch Vernehmung der durch die vertraulichen Meldungen belasteten Personen und Befragung weiterer Dorfbewohner gelang es in den meisten Fällen, die Helfer der Partisanen zu ermitteln. Sie wurden entweder an Ort und Stelle erschossen oder, falls ihre weitere Vernehmung verwertbare Aussagen erwarten liess, zum Standort mitgenommen. Nach Durchführung der Vernehmung wurden sie exekutiert.

Um eine abschreckende Wirkung zu erzielen, wurden mehrfach die Häuser der Helfer der Partisanen niedergebrannt. Der versammelten Bevölkerung wurde der Grund der Strafmassnahmen bekanntgegeben. Gleichzeitig wurde angedroht, das ganze Dorf abzubrennen, falls noch einmal Partisanen unterstützt werden und falls nicht weitere im Dorf auftauchende Partisanen auf dem schnellsten Wege gemeldet würden.

Die Taktik, Terror gegen Terror zu setzen, hat sich ausgezeichnet bewährt. Aus Angst vor Vergeltungsmassnahmen kamen Bauern aus 2o.km

-7-

195

und mehr Entfernung zu Fuss oder zu Pferd zum Standort des Teilkommandos der Einsatzgruppe A, um Meldungen über Partisanen zu überbringen, die sich in den meisten Fällen als zutreffend erwiesen. Im Zuge der auf Grund dieser Meldungen durchgeführten Säuberungsaktionen wurden bisher 48 Partisanenhelfer, darunter 6 Frauen, erschossen.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang ein Einzelfall, der die Richtigkeit des Grundsatzes "Terror gegen Terror" bestätigt. Im Dorf Jachnowa wurde auf Grund einer vertraulichen Meldung durch den Bauern Jemeljanow und nach Durchführung weiterer Vernehmungen und Ermittlungen festgestellt, dass Partisanen im Hause der Anna Prokoffjewa Verpflegung erhalten hatten. Das Haus wurde am 8.8.1941 gegen 21 Uhr niedergebrannt und die Bewohner festgenommen. Kurz nach Mitternacht zündeten Partisanen das Haus des Anzeigers Jemeljanow an. Ein am folgenden Tage in Jachnowa eingesetztes Teilkommando stellte fest, dass die Bäuerin Ossipowa den Partisanen verraten hatte, dass Jemeljanow die Meldung gemacht hatte, die unser Einschreiten veranlasst hatte.

Die Ossipowa wurde erschossen, ihr Haus niedergebrannt. Ausserdem wurden zwei 16 jährige Burschen aus dem Dorf Jachnowa erschossen, da sie nach eigenem Geständnis für die Partisanen Melde- und Kurierdienste geleistet hatten. Offenbar wegen dieser Strafmassnahmen haben die Partisanen das in der Nähe des Dorfes gelegene Waldlager verlassen. Dies Lager konnte im Zuge der Aktion ermittelt werden.

-8-

Die Partisanen hatten es kurz zuvor verlassen und lediglich einige Handgranaten zurückgelassen. Seither sind Partisanen weder in Jachnowa noch in der Umgebung dieses Dorfes aufgetaucht.

Auf Grund der während der ersten Streifen gesammelten Erfahrungen erschien es dringend geboten, die nachrichtendienstliche Ermittlungsarbeit weiter auszubauen, um nicht nur der Helfer der Partisanen, sondern auch dieser selbst habhaft zu werden. Es wurden daher dem Einsatzkommando am 9.8. lettische Dolmetscher zugeteilt, die aus der Hilfspolizei Riga herausgezogen worden waren und als Zivilerkunder eingesetzt. Sie wurden als Bauern verkleidet in die Dörfer vorgeschickt und zogen Erkundigungen ein. Da sie fliessend russisch sprechen, wurden sie von der Bevölkerung nicht als Erkunder erkannt und erhielten wertvolle Auskünfte. In einige bereits überholte Dörfer wurden die Dolmetscher als Partisanen verkleidet und entsprechend bewaffnet entsandt, um die Wirkung der vorher getroffenen Massnahmen zu überprüfen. In Dörfern, in denen bereits Vergeltungs- oder Strafmassnahmen durchgeführt worden waren, nahm die Bevölkerung ihnen gegenüber eine drohende Haltung ein. Der Einsatz der Zivilerkunder wird angesichts der bisherigen guten Ergebnisse weiterhin verstärkt werden.

Durch den Einsatz der Zivilerkunder wird das aufgestellte Nachrichtennetz weitgehend ergänzt und die Möglichkeit des Zugriffes auf die Partisanen selbst geschaffen. Es hat sich nämlich gezeigt, dass ein Herankommen

an die Partisanengruppen nur auf diese Weise möglich ist. Einige unter Einsatz sämtlicher Kräfte der in Novosselje liegenden Teile der Einsatzgruppe durchgeführten Umstellungsaktionen, verbunden mit der Durchkämmung und Absperrung von Geländestreifen, die bei der ersten Säuberungsaktionen stellenweise durchgeführt wurde, blieben erfolglos. Nur in einem Falle gelang es einem Umstellungstrupp, einen bewaffneten Partisanen, der in Zivilkleidung auf dem Wege in das Dorf Gorista war, zu ergreifen. Eine lückenlose Einkreisung kann angesichts des urwaldartigen Charakters der Waldgebiete nur unter Einsatz stärkster Kräfte auf kleine Räume erzielt werden. Die erforderlichen Kräfte stehen aber weder der Einsatzgruppe noch der Sicherungsdivision zur Verfügung.

Als Beispiel für die nachrichtendienstliche Angriffstaktik möge das Vorgehen auf eine Gruppe von Partisanen dienen, die am 16.8.1941 durch Dorfbewohner in Poskino gemeldet wurde.

Ein vor einigen Tagen eingesetzter Vertrauensmann in Poskino meldete am 16.8.1941 um 6 Uhr 2o, dass sich eine Gruppe von Partisanen im Dorfe befinde und Verpflegung verlange. Die sofort nach Eingang der Meldung in Marsch gesetzten zwei Gruppen der der Einsatzgruppe A zugeteilten Kompanie Waffen-SS gingen in das Dorf vor. Die mitgenommenen Zivilerkunder erhielten von den Dorfbewohnern weitere Hinweise auf den Standort der Partisanen. Vier Partisanen wurden beim Verlassen des Dorfes gesichtet und in der Verfolgung unter

Feuer genommen, das von den Partisanen erwidert wurde. Diese Gegner wurden ohne eigene Verluste bezwungen. Ein Trupp von weiteren neun Partisanen lag am Ortsausgang ausgezeichnet getarnt im Hinterhalt und nahm von dort aus die beiden ausschwärmenden Gruppen der Waffen-SS unter Feuer. Bei der Niederkämpfung dieser Gruppe wurde SS-Mann Polster durch Kopfschuss tödlich getroffen. Der SS-Mann Isbaner erhielt einen Bauchschuss und starb bei der Operation im Lazarett in Pleskau. Zwei SS-Männer wurden durch Oberschenkelschüsse leicht verletzt. Die Partisanen hatten insgesamt 12 Tote. Lediglich einem Partisanen gelang es zu entkommen.

Bei dieser Partisanengruppe handelt es sich um eine Gruppe der in Petersburg aufgestellten 1o Partisanenregimenter, wie auf Grund schriftlicher Aufzeichnungen festgestellt wurde, die bei den Toten gefunden wurden.

Diese Partisanengruppe steht offenbar in einer Verbindung mit weiteren Gruppen, die sich zur Zeit in der Nähe von Novosselje aufhalten.

In der Nacht von 16. zum 17.8.1941 wurde das Unterkunftsgebäude der Einsatzgruppe in Novosselje gegen 1 Uhr von drei Seiten zugleich beschossen. Da von der Wache auf 3 Partisanen, die sich an die Unterkunft heranschleichen wollten, sofort geschossen wurde, zogen sich die Angreifer wieder zurück.

gez. Dr. Stahlecker
SS Brigadeführer u.Gen.Maj.d.Pol.

F.d.R.
[illegible]
Kanzleiangestellte

202

A n l a g e 1o

Organisations- und Geschäftsverteilungsplan
der Kriminalpolizei in Lettland.

203

ORGANISATION UND ARBEITSEINTEILUNG DER KRIMINALVERWALTUNG

IN LETTLAND

K r i m i n a l v e r w a l t u n g
/ Sitz Riga, Von der Goltz Ring 14 /

Chef der Kriminalverwaltung........1

Bekämpfung der Straftaten in der Stadt Riga. Kontrolle über die Bekämpfung der Straftaten im ganzen Gebiet des ehemaligen Freistaates durch die Kriminalbezirke, im Kreise Riga und den Kreisen Wenden, Modohn, Wolmar und Walk durch die Assistenten der Kreispolizei /Gesamtzahl 15 Personen/
....15

Die Kriminalabteilung umfasst 5 Abteilungen.

I Kriminalabteilung.

Bekämpfung von Kapitalverbrechen.
Abteilungsleiter................. 1
Die Abteilung umfasst 3 Gruppen.

1 A Gruppe.

Mord, Raub, Brandstiftung, Eisenbahnkatastrophen und Erpressungen.
Personal: Gruppenältester-Unterinspektor.............. 1
Oberassistenten.......................... 3
Assistenten................................ 3

1 B Gruppe.

Geld- und Dokumentenfälschungen, Scheck- und Wechselangelegenheiten, Betrug, Aneignung, mancherlei Affären, Vereins- und Presseangelegenheiten, Konterbande und Valutaschiebungen.
Personal: Gruppenältester-Unterinspektor.............. 1
Oberassistenten.......................... 3
Assistenten................................ 4

Übertrag [illegible]2

Übertrag.........32

1 C Gruppe

Vergewaltigung, Abortus und mancherlei Sexualverbrechen.

Personal: Gruppenältester-Unterinspektor............ 1
Oberassistent................................ 1
Assistent.................................... 1

Bemerkung:
Die Prostitution wurde von der 1 C Gruppe nicht bekämpft, denn laut den Gesetzen des ehemaligen Freistaates Lettland wurde dieselbe von der Bewachungskompanie der Ordnungspolizei bekämpft.

II Kriminalabteilung.

Bekämpfung des Diebstahls.

Abteilungsleiter................ 1

Die Abteilung umfasst 3 Gruppen.

2 A Gruppe.

Einbruchsdiebstahl. Diebstahl in Geldschränken.

Personal: Gruppenältester-Unterinspektor............ 1
Oberassistenten.............................. 3
Assistenten.................................. 1
Unterassistenten............................. 2

2 B Gruppe.

Kleinere Diebstähle und Taschendieberei.
Diese Gruppe umfasst 2 Untergruppen, die je einen bestimmten Stadtbezirk bedienen.

Personal: Gruppenältester-Unterinspektor............ 1
Unterinspektor............................... 1
Oberassistenten..............................18
Assistenten.................................. 8
Unterassistenten.............................12

Übertrag...... 83

205

Übertrag.........83

2 C Gruppe.

Fahrzeugdiebstahl / Kraftwagen, Motor- und Fahrräder / Pferdediebstahl.

Personal: Gruppenältester-Unterinspektor............ 1
Oberassistenten........................... 2
Assistenten............................... 3
Unterassistenten.......................... 2

III Kriminalabteilung.
Untersuchungsabteilung.

Abteilungsleiter................ 1

Die Abteilung umfasst 2 Gruppen.

3 A Gruppe.

Ermittlungsregister. Terminkontrolle. Durchsicht und Prüfung der geschlossenen Vorgänge. Verbesserungen. Beschlüsse. Übersendung der Vorgänge den zuständigen Behörden.

Personal: Gruppenältester-Unterassistent........... 1
Assistenten............................... 2
Sachführer................................ 1
Maschinenschreiberinnen................... 2
Kanzleibeamten............................ 7

3 B Gruppe.

Straftaten der Polizeibeamten. Sonderaufträge der Militärbehörden, der Staatsanwälte, des Chefs der Kriminalverwaltung u.a. Untersuchungen auf Grund eingelaufener Agenturmeldungen. Personalfeststellung.

Personal: Gruppenältester-Unterinspektor............ 1
Unterinspektoren.......................... 2
Oberassistenten........................... 3
Assistenten............................... 2
Unterassistenten.......................... 1

Übertrag......114

Übertrag..........114

IV Kriminalabteilung.

Geheime Abteilung.

Abteilungsleiter............. 1

Die Abteilung umfasst 3 Gruppen.

4 A Gruppe

Organisation der geheimen Agentur. Agenturmeldungen.

Personal: Gruppenältester-Unterinspektor....... 1
Oberassistenten..................... 2
Unterassistenten.................... 1

4 B Gruppe

Geheimer Beobachtungsdienst. Polizeiliche Aufsicht.

Personal: Gruppenältester-Unterinspektor....... 1
Ober-Assistenten........................ 1
Assistenten......................... 2
Unterassistenten.................... 2

4 C Gruppe

Karteien.

1) Strafregister / Gerichts-u.administrative Strafen.
2) Kartei derjenigen, die in Sicherheitshaft oder im Arbeitshause gewesen sind.
3) Kartei der Bestrafungen mit Bewährungsfrist.
4) Kartei der gefahndeten Personen.
5) Kartei der Straftaten.
6) Kartei der Arbeitsmethoden (der Verbrecher)
7) Kartei der Photographien (der Verbrecher)
8) Kartei der Körperbeschreibungen (d.Verbr.)
9) Kartei des Alters (der Verbrecher)

Übertrag......125

-5-

Übertrag.........125

10) Kartei der charakteristischen somatischen Kennzeichen
11) Kartei der Spitznamen
12) Kartei der falschen Namen

Sonstige Karteien, z.B. die Karteien der gestohlenen Gegenstände, der Verbrecherhöhlen, der verdächtigen Restaurants, der verbrecherischen Hebammen, der Aufhäufer von Diebesgut u.a. befinden sich noch im Organisationsstadium:
Verbrecherregister. Personallisten (der Verbrecher)

Personal: Gruppenältester-Unterinspektor.......... 1
Assistenten.............................. 6
Kanzleibeamten erster Kategorie........ 3
Kanzleibeamten........................... 3

V Kriminalabteilung.

Kriminaltechnische Untersuchung.

Abteilungsleiter................... 1

Diese Abteilung befindet sich noch im Organisationsstadium. Voraussichtlich wird sie die kriminaltechnische Untersuchung, das Photolaboratorium, das daktyloskopische Kabinett und die Expertise umfassen.
In Tätigkeit sind einstweilen nur das daktyloskopische Kabinett und das Photolaboratorium.

Personal (voraussichtlich):

Referent-Sachverständiger...................... 1
Referent-Daktyloskop........................... 1
Unterinspektoren............................... 3
Oberassistenten................................ 2
Assistenten.................................... 5
Technischer Daktyloskop........................ 1

Übertrag......152

208

Übertrag..........152

Sekretariat

Korrespondenz. Wirtschaftswesen. Personal-angelegenheiten.

Personal: Referent............................... 1
Erster Dolmetscher(Übersetzer)....... 1
Sachführer........................... 1
Assistent............................ 1
Dolmetscher.......................... 1
Maschinenschreiberinnen mit Sprachkenntnissen.................... 2
Asserwatsverwahrer................... 2
Fahrer............................... 2
Bedienerinnen........................ 2
Boten................................ 1

Kriminalbezirk Libau

Bekämpfung der Straftaten in der Stadt Libau. Kontrolle über die Bekämpfung der Straftaten in den Kreisen Libau-Hasenpoth, Goldingen und Windau.

Personal: Bezirkschef......................... 1
Inspektor............................ 1
Unterinspektor....................... 1
Oberassistenten...................... 5
Assistenten.......................... 3
Unterassistenten..................... 3
Sachführer........................... 1
Maschinenschreiberin(mit Sprachkenntn.) 1
Photograph........................... 1
Kanzleibeamtinnen erster Kategorie... 2
Kanzleibeamtinnen.................... 3
Bedienerin........................... 1

Übertrag......189

Übertrag.........189

Kreiskriminalassistenten

Kreis Libau-Hasenpoth

1.Polizeibezirk - Libau.........1
2.Polizeibezirk - Preekullen....1
3.Polizeibezirk - Hasenpoth.....1 3

Kreis Goldingen

1.Polizeibezirk - Goldingen.....1
2.Polizeibezirk - Frauenburg....1 2

Kreis Windau

1.Polizeibezirk - Windau........2
2.Polizeibezirk - Dondangen.....1 3

Kriminalbezirk Mitau
(Semgallen)

Bekämpfung der Straftaten in der Stadt Mitau. Kontrolle über die Bekämpfung der Straftaten in den Kreisen Mitau, Tuckum, Talsen, Bauske, Jakobstadt und Illuxt.

Personal: Bezirkschef............................ 1
Inspektor............................ 1
Unterinspektor........................ 1
Oberassistenten...................... 5
Assistenten.......................... 3
Unterassistenten..................... 3
Sachführer........................... 1
Maschinenschreiberin(mit Sprachkenntn.) 1
Photograph........................... 1
Kanzleibeamten.1.Kategorie........... 2
Kanzleibeamten....................... 3
Bedienerin........................... 1

Übertrag..........220

Übertrag..........220

Kreiskriminalassistenten.

Kreis Mitau.

1.Polizeibezirk - Mitau........................... 1
2.Polizeibezirk - Mitau........................... 1
3.Polizeibezirk - Doblen.......................... 1
4.Polizeibezirk - Autz............................ 1

Kreis Tuckum.

1.Polizeibezirk - Tuckum.......................... 2

Kreis Talsen.

1.Polizeibezirk - Talsen.......................... 1

Kreis Bauske.

1.Polizeibezirk - Bauske.......................... 1
2.Polizeibezirk - (Veemuiza) Neugut............... 1

Kreis Jakobstadt.

1.Polizeibezirk - Jakobstadt...................... 1
2.Polizeibezirk - Friedrichstadt.................. 1
3.Polizeibezirk - Ekengraf........................ 1
4.Polizeibezirk - Kreuzburg....................... 1

Kreis Illuxt.

1.Polizeibezirk - "Griva".......................... 1
2.Polizeibezirk - Subbat.......................... 1

Kriminalbezirk Dünaburg (Lettgallen).

Bekämpfung der Straftaten in der Stadt Dünaburg. [illegible]trolle über die Bekämpfung der Straftaten in [illegible]eisen Dünaburg, Rositten, Ludsen und [illegible]".

Übertrag..........235

211

Übertrag........235

Personal:	Bezirkschef..........................	1
	Inspektor............................	1
	Unterinspektor.......................	1
	Oberassistenten......................	5
	Assistenten..........................	3
	Unterassistenten.....................	3
	Sachführer...........................	1
	Maschinenschreiberin(m/Sprachkenntn.).	1
	Photograph...........................	1
	Kanzleibeamten erster Kategorie......	2
	Kanzleibeamten.......................	3
	Bedienerin...........................	1

Kreiskriminalassistenten.

Kreis Dünaburg.

1.Polizeibezirk - Dünaburg....................	1
2.Polizeibezirk - Kraslau.....................	1
3.Polizeibezirk - "Preili"....................	1
4.Polizeibezirk - "Dagda".....................	1
5.Polizeibezirk - "Aglona"....................	1

Kreis Rositten.

1.Polizeibezirk - Rositten....................	1
2.Polizeibezirk - Rositten....................	1
3.Polizeibezirk - "Vilani"....................	1
4.Polizeibezirk - "Rozentava".................	1
5.Polizeibezirk - "Varaklani".................	1

Kreis Ludsen.

1.Polizeibezirk - Ludsen......................	1
2.Polizeibezirk - "Karsava"...................	1
3.Polizeibezirk - "Zilupe"....................	1
4.Polizeibezirk-"Vecslabada"..................	1

Übertrag.......272

211

Übertrag.........235

Personal:	Bezirkschef..........................	1
	Inspektor............................	1
	Unterinspektor.......................	1
	Oberassistenten......................	5
	Assistenten..........................	3
	Unterassistenten.....................	3
	Sachführer...........................	1
	Maschinenschreiberin(m/Sprachkenntn.).	1
	Photograph...........................	1
	Kanzleibeamten erster Kategorie.......	2
	Kanzleibeamten.......................	3
	Bedienerin...........................	1

Kreiskriminalassistenten.

Kreis Dünaburg.

1.Polizeibezirk - Dünaburg.....................	1
2.Polizeibezirk - Kraslau......................	1
3.Polizeibezirk - "Preili".....................	1
4.Polizeibezirk - "Dagda"......................	1
5.Polizeibezirk - "Aglona".....................	1

Kreis Rositten.

1.Polizeibezirk - Rositten.....................	1
2.Polizeibezirk - Rositten.....................	1
3.Polizeibezirk - "Vilani".....................	1
4.Polizeibezirk - "Rozentava"..................	1
5.Polizeibezirk - "Varaklani"..................	1

Kreis Ludsen.

1.Polizeibezirk - Ludsen.......................	1
2.Polizeibezirk - "Karsava"....................	1
3.Polizeibezirk - "Zilupe".....................	1
4.Polizeibezirk-"Vecslabada"...................	1

Übertrag.......272

Übertrag.........272

Kreis "Abrene".

1.Polizeibezirk - "Abrene"...................... 1
2.Polizeibezirk - "Balvi"....................... 1
3.Polizeibezirk - "Baltinava"................... 1
4.Polizeibezirk - "Liepna"...................... 1

276

Von den Beamten der Kriminalverwaltung betätigen sich:

in Riga	151
in Libau	23
in Mitau	23
in Dünaburg	23
in den verschiedenen Kreisen	56
Insgesamt	276

Riga, den 18.Oktober 1941

gez. Ozolins
Chef der Kriminalverwaltung.

gez. Ed. Brisko
Referent

F.d.R.
[illegible]
Kanzleiangestellte

199

Anlage 11

Tätigkeitsübersicht der lettischen Kriminalpolizei.

Statistik

über die Tätigkeit der lettischen Kripo.

Art der Delikte	Juli aufgeklärt:	Juli unaufgekl.:	August aufgekl:	August unaufgekl:	September aufgekl:	September unaufgekl.:
Mord	6	-	5	-	2	-
Versehentliche Tötung	3	-	-	-	-	-
Raub	-	1	-	1	-	1
Vergewaltigung	4	1	3	-	-	-
Brandstiftung	1	-	-	-	-	1
Urkundenfälschg.	1	-	1	-	-	-
Dienstvergehen	6	-	8	1	-	-
Eigenmächtigkeit	1	-	-	-	-	-
Verschiedene	-	-	2	-	-	-
Einbruchsdiebstahl	3	-	17	1	37	13
Fahrraddiebstahl	1	9	22	47	45	51
Taschendieberei	1	-	4	2	7	2
Mancherlei Diebstahl	1oo	38	1o4	4o	198	92
Aneignung	31	7	6o	5	85	8
Betrug	5	1	6	3	13	1
Verschiedene Verbrechen	7	-	6	-	12	-

F.d.R.

[signature]

Kanzleiangestellte

Organisation der Kriminalverwaltung im Gebiet des ehemaligen Freistaates Lettland seit dem Einzuge der deutschen Truppen /am 1. Juli 1941/.

Referent — Sekretariat

- Allgemeine Abteilung
- Wirtschaftsabteilung

Leiter der I Abt. — I Abteilung
- Gr.-F. — Gr. A
- Gr.-F. — Gr. B
- Gr.-F. — Gr. C

Leiter der II Abt. — II Abteilung
- Gr.-F. — Gr. A
- Gr.-F. — Gr. B
- Gr.-F. — Gr C

Leiter der III Abt — III Abteilung
- Gr.-F. — Gr. A
- Gr.-F. — Gr. B

Leiter der IV Abt. — IV Abteilung
- Gr.-F. — Gr. A
- Gr.-F. — Gr. B
- Gr.-F. — Gr. C

Leiter der V Abt. — V Abteilung
- Gr.-F. — Gr. A
- Gr.-F. — Gr. B
- Gr.-F. — Gr. C

Bezirk Riga

Kreiskriminalassistenten
- Kreis Riga — I Pbk, I Pbk, II Pbk, III Pbk, IV Pbk
- Kreis Wolmar — I Pbk, II Pbk, III Pbk
- Kreis Walk — I Pbk, II Pbk, III Pbk
- Kreis Wenden — I Pbk, II Pbk
- Kreis Madohn — I Pbk, II Pbk

Bezirkschef — Bezirk Dünaburg

Kreiskriminalassistenten
- Kreis Dünaburg — I Pbk, III Pbk, IV Pbk, V Pbk, VI Pbk
- Kreis Rositten — I Pbk, II Pbk, III Pbk, IV Pbk, V Pbk
- Kreis Ludsen — I Pbk, II Pbk, III Pbk, IV Pbk
- Kreis Abrene — I Pbk, II Pbk, III Pbk, IV Pbk

Bezirkschef — Bezirk Mitau

Kreiskriminalassistenten
- Kreis Mitau — I Pbk, II Pbk, III Pbk, IV Pbk
- Kreis Jakobst — I Pbk, II Pbk, III Pbk, IV Pbk
- Kreis Bauske — I Pbk, II Pbk
- Kreis Tuckum — I Pbk, I Pbk
- Kreis Illuxt — I Pbk, II Pbk
- Kreis Talsen — I Pbk

Bezirkschef — Bezirk Libau

Kreiskriminalassistenten
- Kreis Libau — I Pbk, II Pbk, III Pbk
- Kreis Goldingen — I Pbk, II Pbk
- Kreis Windau — I Pbk, I Pbk, II Pbk

Anlage 12

Organisations- und Geschäftsverteilungsplan der Kriminalpolizei in Estland.

311

Organisations- u.Geschäftsverteilungsplan.
der Abteilung Kriminalpolizei
der deutschen Sicherheitspolizei in Reval.

A.) Sachbearbeitung.

1.) Ausschliessliche Bearbeitung aller Delikte, bei denen Deutsche als Beschuldigte auftreten.

2.) Beteiligung, soweit Bedürfnis gegeben, bei allen Kapitalverbrechen.

3.) Aufsicht bei Bearbeitung von Delikten durch die estnische Kriminalpolizei, durch die Deutsche im besonderen Masse geschädigt wurden.

4.) Dienstaufsicht über die estnische Kriminalpolizei in allen Fachfragen.

5.) Regelung und Aufbau der zu ergreifenden Vorbeugungsmassnahmen gegen Berufs-und Gewohnheitsverbrecher.

B.) Geschäftsverteilung.

Abteilung V - Geschäftsstelle

Verteilung und Auszeichnung der Eingänge, Tagebuchführung, Aktenhaltung und Statistik.

Abteilung V/1

Leichen - Vermissten Sachen, Brand, Raub, Erpressung und tödliche Verkehrsunfälle, Jagdvergehen.

Abteilung V/2

Abtreibung, Rassenschande, Notzucht, widernatürliche Unzucht, Dirnen-Angelegenheiten.

Abteilung V/3

Einbruch, Diebstahl, Betrug, Unterschlagung, Untreue, Münzverbrechen, Falschspiel, Rauschgiftvergehen, Übertretungen.

Abteilung V/4

Erkennungsdienstliche Karteien, phototechn.Atelier, kriminalpol.Meldewesen, kriminalpol.Strafakten, Bearbeitung der Vorbeugungssachen, ferner Zigeunerwesen und Zehnfingerkartei.

Daneben werden aus dem vorhandenen Beamtenstande von Fall zu Fall Sonderkommissionen gebildet für:

1.) Mord
2.) Katastrophen
3.) Korruption

F.d.R.
[signature]
Kanzleiangestellte

DAS VOLKSTUM DER BALTISCHEN LÄNDER 1935

LETTLAND

INSGESAMT
1.950.502
100 %

75,50 %
10,59
3,19
0,51
4,79
2,51
1,38
1,17
0,35

LITAUEN

INSGESAMT
2.028.971
100 %

83,88 %
0,73
1,44
0,43
7,58
3,23
2,49
0,22

DEUTSCHE
LETTEN
ESTEN
LITAUER
GR.-RUSSEN
WEISSRUTHENEN
POLEN
JUDEN
ÜBRIGE

Kartographisches Institut, Riga, Gärtnerei Str. 31. 61. 50.

BESCHÄFTIGTE NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN IN DEN BALTISCHEN LÄNDERN 1935.

HELSINKI

ESTLAND

INSGESAMT
708.370
100 %

62,7 %
22,7 %
14,6 %

LETTLAND

INSGESAMT
1.192.517
100 %

67,8 %
17,4 %
14,8 %

Kartographisches Institut, Riga, Gärtnerei Str. 31. 61. 50.

ZAHL DER BESCHÄFTIGTEN DER HAUPTWIRTSCHAFTS-GRUPPEN IN DEN BALTISCHEN LÄNDERN 1935

LETTLAND

INSGESAMT
117.529
100 %

18,2 %
23,4 %
7,1 %
12,9 %
10,6 %
11,7 %

LITAUEN

INSGESAMT
28.538
100 %

20,7 %
29,2 %
11,3 %
10,0 %
18,4 %
10,4 %

METALLINDUSTRIE
NAHRUNGSMITTEL
TEXTILINDUSTRIE
BAUMATERIALIEN
HOLZINDUSTRIE
BAUINDUSTRIE
SONSTIGE

ZAHL DER JÜDISCHEN BEVÖLKERUNG NACH KREISEN (1935)

MAßSTAB 1:1,500.000

HELSINKI
I. WORMS
I. DAGÖ
HAPSAL
I. ÖSEL
ARENSBURG
2290
300
34
WEISSENSTEIN
PERNAU
260
425
FELLIN
941
DORPAT
275
115
WERRO
PETSCHUR
5
292
615
WOLMAR
GEBIET LIVLAND
WENDEN
285
1557
571
ABREN
GEBIET KURLAND
1475
WINDAU
1045
TALSEN
674
GOLDINGEN
1089
HASENPOTH
TUCKUM
1002
GEBIET RIGA-STADT
GEBIET RIGA-LAND
2198
MITAU
645
LIBAU
GEBIET SEMGALEN
MOSCHEIKEN
1020
BAUS
1721
JAKOBSTADT
5749
GEBIET LETTGALEN
ROSITTEN
LUDSEN
3003

GEBIET KURLAND
1475
WINDAU
1045
TALSEN
074
GOLDINGEN
1089
HASENPOTH
TUCKUM
1002
LIBAU
GEBIET RIGA-STADT
GEBIET RIGA-LAND
645
2198
MITAU
GEBIET SEMGALEN
BAUSK
GEBIET LIVLAND
292
WOLMAR
WALK
615
WERRO
PETSCHUR
5
WENDEN
285
571
MODOHN
1557
ABREN
GEBIET LETTGALEN
5749
ROSITTEN
LUDSEN
3063
1721
JAKOBSTADT
MOSCHEIKEN
GEBIET SCHAULEN
13499
SCHAULEN
5816
KROTTINGEN
TELSCHEN
6308
BIRSEN
4945
5108
ROKISCHKEN
ILLUXT
DÜNABURG
17604
PONEWECH
12455
OSSERSEE
3402
UTEMA
8043
8149
RASEINEN
TAUROGGEN
5404
KEDAINEN
8174
WILKOMIR
2978
SCHAKEN
31428
KAUEN
GEBIET KAUEN-LAND
WILKOWISCHKEN
7181
6407
MARIAMPOL
OLITA
GEBIET WILNA-LAND
WILNA
TRAKEN

Anteil der Juden an Wirtschaftszweigen.
LETTLAND
Anteil d. Juden a.d. Gesamtbevölkerung 4,8%
LITAUEN
Anteil d. Juden a.d. Gesamtbevölkerung 7,6%
ESTLAND
Anteil d. Juden a.d. Gesamtbevölkerung 0,4 %
LANDWIRTSCHAFT
717 0,1%
4996 0,4%
38 0,0%
INDUSTRIE
13.881 7,9%
18 107 21,3%
656 0,6%
TRANSPORT UND VERKEHR
726 2,8%
2.348 18,1%
10 0,0%
HANDEL
18.370 47,3%
25.132 77,3%
702 2,3%
SONSTIGE
5.672 13.2%
33,208 16,2%
551 0,3%

ANTEIL DER JUDEN AN DER
DER LETTISCHEN HANDELSBET

(NACH WERTKATEGORIEN)
1938

ANTEIL DER JUDEN AN DER GESAMTBEVÖLKER

I. KATEGORIE
47,3%
JÄHRL. UMSATZ
ÜBER 200.000 LAT

II. KATEGORIE
44,4%
JÄHRL. UMSATZ
100.000 - 200.000 LAT

III. KATEGORIE
41,1%
JÄHRL. UMSATZ
50.000 - 100.000 LAT

IV. KATEGORIE
32,6%
JÄHRL. UMSATZ
10.000 - 50.000 LAT

TEIL DER JUDEN AN DER ZAHL
LETTISCHEN HANDELSBETRIEBE
(NACH WERTKATEGORIEN)
1938

ANTEIL DER JUDEN AN DER GESAMTBEVÖLKERUNG (4,8%)

...GORIE	III. KATEGORIE	IV. KATEGORIE	V. KATEGORIE	
...,4%	41,1%	32,6%	24,1%	29%
... UMSATZ ...200.000 LAT	JÄHRL. UMSATZ 50.000 - 100.000 LAT	JÄHRL. UMSATZ 10.000 - 50.000 LAT	JÄHRL. UMSATZ BIS 10.000 LAT	INSGESAMT

ЦЕНТРАЛЬНЫЙ ГОСУДАРСТВЕННЫЙ АРХИВ
ГЛАВАРХИВА СССР

В настоящем деле № 93 опись № 4 фонд № 500

Пронумеровано 221 (двести двадцать один) листов.

Примечание л. 1-а 143-а литер

Аннотация на 1-ом листе л. 174 пропуск.

Сотрудник [signature]
(подпись)

14.10.91 [signature]

« 15 » 02 1991 г.

133—20 000

Центральный Государственный Архив СССР

В настоящем деле № 93 опись № 4 фонд № 500

Пронумеровано 222 (двести двадцать два) листов

Примечание Из них 1а, 143а – литерные

Аннотация на 1ом листе

Сотрудник [signature] л 174 – отсутствует.

20 декабря 1958 г. Итого 221 л (двести двадцать один)

Проверил 26.1982 [signature]

Проверено с 3.07.86 Доброво